



Bayerisches EnergieForum
2. April 2025, Stadthalle Gunzenhausen
Veranstalter: Bayerischer Gemeindetag und Bayerische GemeindeZeitung



Das Bayerische Energieforum – eine gemeinsame Veranstaltung von Bayerischem Gemeindetag und Bayerischer GemeindeZeitung ist Fachforum und Marktplatz zugleich. Schwerpunktthemen sind erneut die Wärmeplanung mit Fokus auf Umsetzung und Wertschöpfung vor Ort durch erneuerbare Energien. Erstmals wird der neue Kooperationspartner der Kommunal GmbH des Gemeindetags, die enPORTAL, mit seinem Team vor Ort sein. Das Bayerische Wirtschaftsministerium stellt die Rechtsverordnung zur Wärmeplanung und das Umsetzungspaket vor. Einen Überblick über die Veranstaltung bietet unser QR-Code.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Fraktionsinitiativen zum Haushalt 2025:

90 Mio. Euro für ein vielfältiges Bayern

Für bayernweite Akzente und regionale Projekte haben die Regierungsfractionen von CSU und Freien Wählern zusätzlich zum diesjährigen Haushaltsentwurf der Staatsregierung 90 Mio. Euro eingeplant, 10 Mio. Euro weniger als im vergangenen Jahr. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Förderung des ländlichen Raums, die Unterstützung der Inneren Sicherheit sowie Aufstokungen bei den Themen Jugend und Wissenschaft gelegt.

Mit rund 11,3 Mio. Euro liegt ein Schwerpunkt der Fraktionsinitiativen heuer auf der Inneren Sicherheit. So fließen allein 3,8 Mio. Euro in den Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Besonders wichtig ist CSU und Freien Wählern die Förderung des sicherheitsrelevanten Ehrenamts: So wird etwa der Neubau des Landeschulungszentrums der DLRG im mittelfränkischen Scheinfeld (500.000 Euro) unterstützt. Zudem erhalten die Landkreise Aichach-Friedberg und Günzburg nach dem Vorbild der Gemeinde Ergoldsbach ein mit 450.000 Euro gefördertes Hochwasserwarnsystem. Für Dorferneuerungsmaßnahmen wie eine Erinnerungstafel an „500 Jahre Bauernaufstand“ am Mässinger Haufen in Greding, über einen Zuschuss zum Ankauf des oberfränkischen Kleindors „Nassangers“, bis hin zu zahlreichen Dorfgemeinschaftshäusern wird ein Betrag von 5,6 Mio. Euro aufgewendet. Insgesamt werden in das Segment „Ländlicher Raum, Heimat, Dorfgemeinschaftshäuser“ 8,95 Mio. Euro investiert.

Förderung von Bildung, Wissenschaft ...

Erfolge in Bildung und Wissenschaft entscheiden die Zukunft unseres Landes. Mit 14,4 Mio. Euro stocken die Fraktionsinitiativen diese Bereiche im Staatshaushalt deutlich auf. So sind für sonderpädagogische Förderschulen 2 Mio. Euro veranschlagt und weitere 1,7 Mio. Euro für die Sanierung einzelner Schulgebäude, die vom Pflingsthochwasser 2024 betroffenen waren. Auch 375.000 Euro für die Leseförderung an Bayerns Schulen sind gut angelegtes Geld

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

der Klaus Holetschek darlegte, „stärken wir mit unseren Fraktionsinitiativen über 400 Projekten in allen Regionen Bayerns kräftig den Rücken. Ob die Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum, mehr Geld für sonderpädagogische Schulen oder unsere Unterstützung der Bahnmissionsmissionen: Wir wissen, wo den Menschen in Bayern der Schuh drückt und wo wir mit zusätzlichen Mitteln bestehendes Engagement „pushen“ können. Besonders Jugendlichen müssen wir Mut machen und Orientierung geben. Mehr als vier Mio. Euro für Projekte der Jugendarbeit sind ein starkes Signal und unser Bekenntnis, jungen Menschen in Bayern neue Chancen zu eröffnen. Allein die wertvolle Arbeit des Bayerischen Jugendrings unterstützen wir mit zusätzlichen 1,9 Mio. Euro.“

Neue Schwerpunkte

„Mit den vorgestellten Initiativen unserer Regierungsfractionen setzen wir neue Schwerpunkte für den Nachtragshaushalt 2025 und stärken wichtig (Fortsetzung auf Seite 2)

Bayerischer Ministerrat:

Freiräume kann nur eine Verwaltung schaffen, die selbst Freiraum hat. Deshalb ist die Zahl der Verwaltungsvorschriften in Bayern deutlich reduziert worden, wie Staatskanzleichef Florian Herrmann nach einer Ministerratssitzung in München vor Pressevertretern bekanntgab. Bis zum Stichtag 31. Dezember 2024 strichen die Ministerien 519 entsprechende Vorschriften. Verglichen zum Beginn der Legislaturperiode entspreche dies einer Reduzierung von mehr als 15 Prozent, betonte Herrmann. Er sprach von einem „vollen Erfolg“, die notwendige Dynamik sei in allen Ministerien angekommen.

Im Juni 2024 hatte das Kabinett beschlossen, bis Ende 2024 mindestens zehn Prozent der Verwaltungsvorschriften abzubauen. Stand 1. Januar 2025 gab es in Bayern davon noch 2.867. Außerdem gilt im Freistaat bis Ende 2026 ein Moratorium, das neue Verwaltungsvorschriften verhindern soll.

Weniger Gesetze und Verordnungen

Auch die Zahl der Gesetze in Bayern ist nach Angaben des Staatskanzleichefs seit 2002 kontinuierlich gesunken: „Wir hatten 2002 den Höchststand von 321 Gesetzen und mittlerweile sind es nur noch 242.“ Zudem nahm die Zahl der Rechtsverordnungen deutlich ab: von 1.209 Rechtsverordnungen im Jahr 2002 auf nunmehr 530.

Passend dazu hat das Kabinett laut Herrmann auch das dritte Modernisierungsgesetz in die Verbandsanhörung gegeben. Damit soll die Entbürokratisierung weiter vorangebracht werden. Unter anderem sieht das Gesetz vor, dass Nachweispflichten im Zuwendungsrecht reduziert werden – zunächst in Form eines auf fünf Jahre angelegten Verwaltungsversuchs.

Für Kleinförderungen bis 10.000 Euro und Kommunalförderungen von bis zu 100.000 Euro sind keine Nachweise über die Verwendung des Geldes

Deutscher Landkreistag zum Investitionspakt:

„Wer die Backen spitzt, der muss auch pfeifen“

Der Deutsche Landkreistag hat auf die Ankündigung neuer milliardenschwerer Investitionspakete des Bundes mit einer ersten Bewertung reagiert. Präsident Landrat Dr. Achim Brötel sagte: „CDU, CSU und SPD haben mit ihrer schnellen Teileinigung zu den geplanten Sondervermögen in den Sondierungsgesprächen ein Signal gesetzt, das für die weiteren Verhandlungen, aber auch für den dringend notwendigen Stimmungsumschwung in der Wirtschaft durchaus hoffen lässt. Angesichts der weltpolitischen Lage, aber auch der drängenden Herausforderungen im eigenen Land braucht Deutschland jetzt nämlich schnell eine stabile und handlungsfähige Regierung.“

Dass der erste Weg ausgeht über neue Schulden in gigantischer Höhe laufen soll, ist für Brötel gleichwohl überraschend. Die deutschen Landkreise haben deshalb vor allem drei Erwartungen für die noch bevorstehenden Koalitionsverhandlungen:

Konkrete Erwartungen

1. Wer die Backen spitzt, der muss auch pfeifen. Wenn das Geld seinen Zweck erfüllen soll,

dann muss es zügig, in vollem Umfang und ohne überbürokratisierte Zuteilungsverfahren einfach und schnell dorthin kommen, wo es tatsächlich gebraucht wird, nämlich in den Kommunen vor Ort. Förderprogramme, in denen zwar Geld bereitgestellt, dann aber durch umständliche Vorgaben so gesichert wird, dass es am Ende für viele unerreichtbar ist, helfen niemand.

2. Der Bund darf die neue Freiheit nicht dazu nutzen, um sich selbst aus bestehenden Investi-

tionsprogrammen zurückziehen und mit dem dort eingesparten Geld weitere konsumtive Ausgaben zu finanzieren. Wenn die kreditfinanzierten Milliarden tatsächlich die Wirtschaft ankurbeln sollen, muss es vielmehr definitiv zusätzliches Geld sein. 3. Wir dürfen nicht schon wieder in den Fehler verfallen, Probleme mit Geld zuzudecken, statt sie endlich beherzt anzugehen und vor allem auch zu lösen. Die aktuellen Herausforderungen der Landkreise, Städte und Gemeinden lassen sich nämlich nicht nur auf die Infrastruktur allein reduzieren. Unser Grundproblem ist die drohende finanzielle Handlungsunfähigkeit unserer Kommunalhaushalte, die schlicht und ergreifend daher rührt, dass der Staat den Kommunen in den letzten Jahren immer mehr, immer kompliziertere und vor allem auch immer teurere Aufgaben übertragen hat, ohne für eine ausreichende Gegenfinanzierung zu sorgen. Neue Schulden im investiven Bereich lösen dieses Problem aber ganz sicher nicht. Im Gegenteil. Die finanzielle Konsolidierung des Staates wird da-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Tierschutz mit Maß und Mitte – oder doch mit der ganz großen Kelle? Warum Katzen jetzt kaserniert werden, Gänse plötzlich Namen haben und Bauern sich fühlen wie angeklagte Massentierhalter. Rat- hauskater Pino liefert ein Plädoyer für Vernunft – und gegen lebensfremden Aktivismus.
Seite 13

Sie lesen in dieser Ausgabe

Sachverständige im Landtag: Schutz vor Hochwasser und Sturzfluten2
Landtag lobt Bürgerpreis 2025 aus. 2
Nachhaltigkeit in Kulturförderung und Kreativwirtschaft 2
EU-Bürokratie erdrückt Bayern 2

GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Kommunen in den Fokus der Sondierungsgespräche! 3

Eine starke Kommunalpolitik braucht starke Frauen!. 3
VKB-Stiftung: Bevölkerungsschutz im Visier. 3

Kommunale Finanzthemen 5-8
Wasser • Abwasser 9
Kommunale Bauthemen. 10-11

Aus den bayerischen Kommunen. 12-14

Sachverständigenanhörung im Bayerischen Landtag:

Schutz vor Hochwasser und Sturzfluten

Eine Sachverständigenanhörung zum Thema Hochwasserschutz fand auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und SPD im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz des Bayerischen Landtags statt. Aus Sicht der Landtags-Grünen ist eine grundlegende Reform notwendig, um die Bevölkerung besser vor Überschwemmungen und Sturzfluten zu schützen. Die Sozialdemokraten mahnten, Hochwasserschutzmaßnahmen schneller fertigzustellen. Noch immer würden die Gefahren vielerorts unterschätzt.

Laut Tobias Kunz, Erster Bürgermeister von Nordendorf im Landkreis Augsburg, wurde seine Gemeinde im Zuge des letztjährigen Hochwassers überflutet. Ein aus Kunz’ Sicht vermeidbarer Vorgang, habe man sich doch bereits vor über zehn Jahren entschieden, einen Deich zu bauen. Da das Wasserwirtschaftsamt jeden Schritt mit der Regierung in Schwaben abstimmen müsse, werden bis zur Fertigstellung wohl noch mindestens fünf Jahre ins Land gehen, mutmaßte der Rathauschef und forderte mehr Entscheidungs- und Budgetkompetenz für Kommunen.

Abgestimmte Konzepte und solidarisches Handeln

Prof. Dr. Harald Kunstmann, Inhaber des Lehrstuhls für Regionales Klima und Hydrologie an der Universität Augsburg, plädierte für abgestimmte Konzepte zwischen den Kommunen und in punkto Investitionen für ein solidarisches Handeln. So sollten, falls nötig, kleinere Kommunen vom Freistaat Bayern finanziell besser unterstützt werden. Auch müsse das Pegelmessnetz weiter ausgebaut werden.

Für eine eindeutige Definition des Begriffs Sturzflut oder Starkregen sprach sich die Direktorin des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Juliane Thimet, aus. Während bei Hochwasserereignissen die Zuständigkeit geregelt ist, sei diese bei Sturzfluten oder Starkregen unklar. Handlungsbedarf besteht laut Thimet auch mit Blick auf die um 21 Prozent gesunkene Grundwasserneubildungsrate.

Auf eine steigende Anzahl von Schäden durch Extremwetter wies Anja Käfer-Rohrbach, stell-

vertretende Hauptgeschäftsführerin des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft, hin. Gleichwohl sei eine Pflichtversicherung der falsche Weg. Wichtiger wäre es, Bauherren nach österreichischem Vorbild verpflichtend aufzuklären, wenn sie in einer Gefahrenzone bauen.

Hochwasserschutz und Naturschutz im Einklang

Nach Auffassung von Georg Loy, Vorsitzender der Projektgruppe „Wasserkraft“ des Verbandes der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft, sollten Naturschutz und Hochwasserschutz miteinander verbunden werden. Daher sei gesetzlich zu verankern, dass Maßnahmen zum Hochwasserschutz von übergeordnetem Interesse sind. Andernfalls habe derjenige, der ökologisch wirtschaftet, ein Problem, bemerkte Loy.

Dr. Bernhard Böhm vom DWA-Landesverband Bayern betrachtet Hochwasserschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch die Land- und Forstwirtschaft sei hier gefordert. Zumindest bei kleineren oder mittleren Extremwetterereignissen seien Schwammlandschaften, Notentlastungsräume und resiliente Bauwerke wesentliche Bausteine beim Hochwasserschutz.

Starkregenmanagement

Da Starkregen im Gegensatz zu Hochwasser Menschen oft völlig unvorbereitet trifft, ist Kommunikation laut Prof. Dr. Wolfgang Günthert von der Universität der Bundeswehr in München umso wichtiger. So habe man zur besseren Vorbereitung etwa Flugblätter an Kommunen und Hausbesitzer

verschickt. Kritik äußerte Günthert daran, dass seit 2017 nur zehn Prozent der über 2. 000 Gemeinden im Freistaat am Starkregenmanagement teilgenommen hätten.

80 Millionen Euro zusätzlich

In der anschließenden Aussprache verwies Tanja Schorer-Dremel (CSU) darauf, dass der Landtag im aktuellen Nachtragshaushalt für Hochwasserschutz zusätzlich 80 Millionen Euro bereitgestellt habe. Zudem kritisierte sie die mit 10 Prozent geringe Beteiligung der Gemeinden beim Sturzflutenmanagement.

Bauen muss nach Ansicht von Benno Zierer (Freie Wähler) unkomplizierter werden. Spezielle Auflagen beim Hausbau seien nicht förderlich, „sonst ist die Baugenehmigung eines Tages so teuer wie das Bauwerk“. Harald Meußeiger (AfD) vertrat die Meinung, dass sich das Klima bereits seit Milliarden Jahren wandle und der Mensch nicht dafür verantwortlich sei. Allerdings räumte er beim Hochwasserschutz durchaus menschliche Fehler, wie etwa das Teeren von Flurbereinigungswegen oder das Zuschütten von Straßengräben, ein.

Schnell umsetzbare Maßnahmen

Christian Hierneis (Bündnis 90/Die Grünen) zufolge wurde bayernweit zu viel in den technischen und zu wenig in den natürlichen Hochwasserschutz investiert und gleichzeitig in den Wasserwirtschaftsämtern Personal abgebaut. Erforderlich seien zuallererst flächendeckend schnell umsetzbare Maßnahmen zum Schutz der Menschen im Freistaat. „Und das ist der natürliche Hochwasserschutz, mit dem wir das Wasser zurückhalten, bevor es unsere Dörfer und Städte überschwemmt. Und dort, wo es nicht reicht, können wir technische Hochwasserschutzprojekte umsetzen. Aber nicht nur an wenigen Stellen große und teure Maßnahmen und der Rest bleibt ungeschützt.“ Die Mittel, so Hierneis, flössen weiterhin vor allem in langwierige Polderbauprojekte, die nur bei extremen Hochwasserereignissen wirken: „Diese Großprojekte sind nicht genug. Besonders nach den verheerenden Überschwemmungen im Juni 2024, die Schäden von 1,8 Milliarden Euro verursachten, ist es höchste Zeit, dass wir endlich effektivere und nachhaltigere Lösungen umsetzen.“

Projekte zügig umsetzen

Das nächste Hochwasser kommt bestimmt und jeder jetzt schon vorbeugend investierte Cent zahle sich später doppelt und dreifach aus. Diesen Schluss zog Anna Rasehorn (SPD) aus der Anhörung im Bayerischen Landtag. „Schnell muss es gehen, viel schneller als bisher“, mahnte die Augsburger Abgeordnete. Sie fühlt sich durch die Aussagen der Expertinnen und Experten in ihrer Position bestätigt: „Es dauert einfach viel zu lange, bis die Staatsregierung in die Puschen kommt.“

Beispiel Wertach: Die Renaturierungsmaßnahmen nach dem Pfingsthochwasser 1999 sind Rasehorn zufolge bis heute nicht abgeschlossen. Noch immer warteten Günzburg und Leipheim auf ihre Flutpolder, schwäbische Bürgermeister müssten 16 Jahre auf den Baubeginn ihrer Deichprojekte warten. „Das Hochwasser letztes Jahr wäre viel glimpflicher ausgegangen, wenn die Pro-

jekte schon fertig gewesen wären“, urteilte die Abgeordnete und plädierte für eine klare Aufteilung der Zuständigkeiten in Verwaltung und Politik. Zudem brauche es für wirksame Prävention belastbare Daten.

Rückhaltekapazitäten für den Ernstfall

„Starkregenereignisse wie im Sommer 2024 sind nicht vorher-sagbar. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Rückhaltekapazitäten sind im Ernstfall eine wichtige Notbremse. Deshalb bauen wir sie in engem Schulterschluss mit der Bevölkerung vor Ort aus. Allein sind sie aber kein Allheilmittel. Viele Stimmen aus der Landespolitik machen es sich hier schlicht zu einfach“, hatte CSU-Fraktionsvorsitzender Klaus Holetschek im Vorfeld der Expertenanhörung betont.

Die CSU setze auf einen effektiven Maßnahmenmix, bei dem technischer und natürlicher Hochwasserschutz sowie Planung und Vorsorge Hand in Hand gehen, so Holetschek. „Im Ernstfall lassen wir die Bevölkerung nicht im Regen stehen: Die großzügigen Hochwasserhilfen für Landwirte im Riedstrom sind dafür ein Beispiel. Grüne Absichtserklärungen bringen hingegen wenig. Gefragt ist aktives Anpacken und Überzeugungsarbeit vor Ort, um unsere Klima-Resilienz zu stärken und auf den Ernstfall vorbereitet zu sein.“ Der umweltpolitische Sprecher der CSU-Fraktion Alexander Flierl ergänzte: „Hochwasserschutz heißt zuallererst mehr Raum für unsere Flüsse. Insgesamt vier Milli-



V.l.: Oliver Wittmann (Leiter Bayerisches Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft), Dr. Christine Fuchs (Leitung STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.), Prof. Dr. Julia Lehner (Nürnberger Kulturbürgermeisterin und Vorsitzende des Kulturausschusses des Bayerischen Städtetags), Dr. Ralf Weiß (Culture4Climate). Bild: STADTKULTUR, Netzwerk Bayerischer Städte e. V.

Übergabe an den Bayerischen Städtetag:

Abschlussbericht zur Klimapartnerschaft

Nachhaltigkeit und Klimaschutz in Kulturförderung und Kreativwirtschaft

Das Netzwerk STADTKULTUR Bayern, das Bayerische Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft in Trägerschaft der Bayern Innovativ GmbH und der Bayerische Landesverband für Kultur- und Kreativwirtschaft haben sich 2024 an dem SDG-Tandem-Programm der Initiative Culture4Climate beteiligt und eine innovative Klimapartnerschaft begründet, um Synergien zwischen Kultur und Wirtschaft für Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu erschließen. Der gemeinsame Abschlussbericht der Verbände wurde nun am Rande der Kulturausschusssitzung des Bayerischen Städtetags an Prof. Dr. Julia Lehner, Nürnberger Kulturbürgermeisterin und Vorsitzende des Kulturausschusses des Bayerischen Städtetags übergeben.

„Klimaschutz und kulturelle Nachhaltigkeit sind für alle Kommunen Themen von hoher Relevanz“, meinte Prof. Lehner in ihren Dankesworten. Die im vorliegenden Bericht vereinigte Expertise sei für Bayerns Städte „eine mehr als hilfreiche Handreichung“.

Die Tandempartner erklären in ihrem Bericht: „Wir sind überzeugt, dass der Austausch zwischen Kulturverwaltungen und Akteur*innen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft hilfreich ist, um gemeinsam die notwendige Entwicklung in eine nachhaltige und klimaverträgliche Kultur- und Kreativwirtschaft zu vollziehen. Der Bericht soll da-

Bayerischer Landtag lobt Bürgerpreis 2025 aus

Die Ausschreibung für den Bürgerpreis des Bayerischen Landtags 2025 hat begonnen. Mit dem Preis, der sein 25-jähriges Jubiläum feiert, werden herausragende ehrenamtliche Projekte im Freistaat gewürdigt. Das Leitthema lautet diesmal: „FRIEDEN FÖRDERN, FREIHEIT LEBEN, BRÜCKEN BAUEN – Ehrenamtliches Engagement für den Frieden“.

Bis zum 30. April 2025 können sich Vereine, Institutionen und Einzelpersonen bewerben, die mit ihren Projekten den Erhalt und die Festigung eines friedlichen Zusammenlebens in Freiheit fördern. Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie erfordern das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, die sich mutig für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt einsetzen. Mit dem Bürgerpreis möchten wir Menschen würdigen, die durch ihr Ehrenamt gegenseitiges Verständnis fördern und Verantwortung für ein friedliches Miteinander übernehmen. Gerade in Zeiten voller Unsicherheiten senden sie ein Zeichen der Hoffnung und Zuversicht.“

Die aktuelle geopolitische Lage zeigt, dass der Einsatz für den Frieden dringlicher denn je ist. Der Bürgerpreis richtet sich daher an Projekte, die sich für eine Friedensinitiative engagieren, Erinnerungsarbeit leisten, gewaltfreien Umgang fördern oder Präventionsarbeit für eine friedliche Zukunft betreiben.

Das Preisgeld, das auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden kann, beträgt insgesamt 50.000 Euro. Es ist zweckgebunden für die Förderung oder Weiterentwicklung der prämierten Projekte.

Informationen: www.buergerpreis-bayern.de oder über Petra Thielen | Bayerischer Landtag | Landtagsamt | Maximilianeum | 81627 München | Telefon 089 4126-2685 | E-Mail: buergerpreis-bayern@bayern.landtag.de.

arden Euro sind in unsere bayerischen Gewässer-Aktionsprogramme geflossen – bundesweit beispiellos. Bis 2030 investieren wir weitere zwei Milliarden Euro in Hochwasserschutz und Gewässerökologie. Denn ein natürlicher Wasserhaushalt speichert Regenwasser und dämpft damit Hochwasserspitzen. Auch unsere Kommunen unterstützen wir kräftig bei der Starkregen-Prävention – mit hohen Förde-

rungen bis zu 75 Prozent beim Sturzflut-Risikomanagement. Der große Zuspruch der Kommunen zeigt: Unser Programm ist ein echtes Erfolgsmodell. Außerdem brauchen wir endlich eine flächendeckende Elementarschadenversicherung, die für die Eigentümer auch bezahlbar ist. Hier muss der Bund eine deutschlandweite Regelung schaffen, um die Eigenvorsorge zu verbessern.“ **DK**

Umweltminister Glauber:

EU-Bürokratie erdrückt Bayern

Kaum Mehrwert für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt

Das Bayerische Umwelt- und Verbraucherschutzministerium setzt sich gegen übermäßige EU-Regulierungen ein. Ziel sind weniger Bürokratie und schlankere Verfahren. Minister Thorsten Glauber kritisiert dass Brüssel neue Gesetze schafft, ohne Mehrwert zu bieten. Zudem fehle die finanzielle Ausstattung für deren Umsetzung. Ein Konnexitätsprinzip wie in Bayern könnte Bürokratie abbauen. EU-Vorgaben sollten auf den Prüfstand gestellt werden, um unverhältnismäßigen Aufwand zu vermeiden. Bayern fordert gezielte Entbürokratisierungsmaßnahmen. Konkret sollen Umwelt- und Verbraucherschutzvorschriften vereinfacht werden. Mit dem Dritten Modernisierungsgesetz will Bayern unter anderem das Umweltrecht deregulieren. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden bereits 15 Prozent der Verwaltungsvorschriften gestrichen. Ein Moratorium soll verhindern, dass neue Bürokratie entsteht.

Die Tandempartner empfehlen:

- Erstens, die Förderpraxis anzupassen und dabei kulturelle Qualität stärker als Quantität zu berücksichtigen.
- Zweitens plädieren sie dafür, Vergabeverfahren anzupassen, indem nachhaltiges Handeln als Vergabekriterium eingeführt und Budgets dafür bereitgestellt werden.
- Drittens sprechen sich die Tandempartner für die Förderung von kommunalen Kulturkooperationen und von lokalem Austausch aus.
- Sie empfehlen viertens, Dialogprozesse und Beratungen anzubieten und führen dafür beispielhafte Pilotprojekte auf.
- Die fünfte Handlungsempfehlung beschäftigt sich mit der Schaffung von Anreizen, die sowohl monetärer Art sein können als auch auf mehr Sichtbarkeit durch öffentliche Auszeichnungen zielen können.

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Neubauer
Markt Essenbach
am 17.3.

Bürgermeister
Wolfgang Haberberger
Stadt Neustadt am Kulm
am 17.3.

Bürgermeister Josef Schäffler
Gemeinde Moorenweis
am 19.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thilo Wagner
Gemeinde Stegaurach
am 16.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Franken
Markt Reichertshofen
am 25.3.

Bürgermeister Christian Pröbst
Markt Wartenberg
am 26.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Gesche
Gemeinde Burglengenfeld
am 14.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Max Höcherl
Gemeinde Hunderdorf
am 17.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

90 Mio. Euro ...

(Fortsetzung von Seite 1) tige Bereiche im Alltag der Menschen“, stellte FW-Fraktionschef Florian Streibl fest. „Beispielsweise fließen zusätzliche Mittel in den Gesundheits- und Pflege-sektor sowie in den Bereich der Jugendförderung. Bildungsprojekte, die Erinnerungskultur und die Sanierung von Kirchen und Kapellen werden ebenso stark unterstützt wie Projekte im Bereich der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz. All diese Maßnahmen sind uns Freien Wählern im Bayerischen Landtag echte Herzensanliegen.“ Nach Angaben des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier, „gehen fast zwei Drittel unserer Fraktionsinitiativen in den ländlichen Raum. Damit unterstützen wir besonders Projekte, die unmittelbar vor Ort wirken. Oft sind es gerade kleinere Initiativen in den Kommunen, bei denen der Staat mit vergleichsweise wenig Geld neue Kräfte für das Gemeinwohl entfesseln kann. Deshalb nutzen wir unsere Fraktionsinitiativen ganz gezielt, um die oftmals ehrenamtliche Arbeit in lokalen Projekten wertzuschätzen. Wenn wir Bayerns Spitzenposition halten möchten, brauchen wir den Einsatz der Menschen für unsere Gemeinschaft.“ Die Fraktionsinitiativen werden im Haushaltsausschuss beraten und sollen am 9. April mit dem Nachtragshaushalt 2025 vom Landtag beschlossen werden. **DK**



Kompetente Frauen für die Kommunalpolitik! Die CSU-Frauen verfügen über Kompetenz, Netzwerk, Mut und einen langen Atem.
Bild: Franz

Starker Auftritt der CSU-Kommunalpolitikerinnen:

Eine starke Kommunalpolitik braucht starke Frauen!

„Frauen müssen sichtbarer werden, mehr Verantwortung übernehmen, sich gegenseitig stärker unterstützen und selbstverständlich müssen sich auch die Männer für kompetente Frauen stark machen.“ Dies war die zentrale Botschaft beim 3. Kongress der CSU-Kommunalpolitikerinnen in der CSU-Landesleitung genau ein Jahr vor den nächsten Kommunalwahlen.

Für den Landesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV), Landrat Stefan Rößle, ist ganz klar, dass der Frauenanteil in der Politik – und explizit auch in der Kommunalpolitik – deutlich gesteigert werden muss. Carmen Pepuik, Erste Bürgermeisterin von Traitz und stellvertretende KPV-Landesvorsitzende, betonte in ihrer Eröffnungsrede die zentrale Rolle von Frauen im öffentlichen Leben. Sie unterstrich, dass Frauen durch ihre vielfältigen Perspektiven zu besseren und gerechteren Entscheidungen beitragen können. Ein höherer Anteil von Frauen in der Politik sei ein entscheidender Schritt für eine repräsentative Demokratie. Zudem appellierte sie an alle Anwesenden, aktiv weitere Frauen für die kommenden Kommunalwahlen 2026 zu gewinnen.

Fundament der politischen Landschaft

Stefan Rößle zeigte sich selbstkritisch bezüglich der Dominanz von Männern in politischen Spitzenpositionen, insbesondere in der CSU. Er betonte, dass Frauen oft anderen Herausforderungen begegnen: „Es gibt immer noch viele Wählerinnen und Wähler, die Frauen weniger politische Kompetenz zuschreiben.“ Zudem seien traditionelle Rollenbilder weiterhin tief verankert. Dennoch zeigte er sich zuversichtlich, dass eine schrittweise Veränderung möglich ist. Sein Appell an die Frauen: „Lasst euch nicht entmutigen, übernehmt Verantwortung und baut euren Einfluss innerhalb der CSU weiter aus!“

Europaabgeordnete Angelika Niebler stellte in ihrem Impulsvortrag die Bedeutung der Kommunalpolitik heraus. „Entscheidungen auf kommunaler Ebene sind maßgeblich für das politische Klima auf Landes-, Bundes- und Europaebene,“ so Niebler. Frauen seien in der Kommunalpolitik unverzichtbar, da sie durch ihre pragmatischen Ansätze oft entscheidend zur Lösung lokaler Probleme beitragen.

Niebler warnte zudem vor geopolitischen Herausforderungen und dem wachsenden Einfluss von Desinformation durch soziale Medien. Sie appellierte an die CSU, entschlossen gegen populistische Strömungen einzutreten und Frauenrechte sowie demokratische Werte aktiv zu verteidigen.

Sebastian Franz, KPV-Landesgeschäftsführer, gab den Teilnehmerinnen wertvolle Einblicke in die strategische Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2026. Er betonte, dass ein erfolgreicher Wahlkampf auf Bürgernähe, klare Themen und eine

starke digitale Präsenz setzen müsse. Besonders hob er die Bedeutung von Haustürwahlkampf und direkter Wähleransprache hervor. Gleichzeitig sei es essenziell, mehr Frauen für die Kandidatur zu gewinnen, um langfristig eine stärkere weibliche Präsenz in den kommunalen Gremien zu erreichen. „Nutzen Sie die Zeit bis zur Wahl strategisch, setzen Sie auf Bürgernähe und machen Sie Kommunalpolitik erlebbar“, lautete sein abschließender Appell.

Unter der Moderation von GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel diskutierten Cornelia Trinkl (Referentin für Schule und Sport in Nürnberg), Tanja Renner (Gemeinderätin und Zweite Bürgermeisterin in Schlammersdorf und Kreistagsfraktionsvorsitzende) und Hannelore Langwieser (Stadträtin, Zweite Bürgermeisterin in Mainburg und Bezirksrätin) über ihre Erfahrungen in der Kommunalpolitik.

Fehlender Antrieb oder fehlende Unterstützung?

Dass viele Frauen nicht von selbst in die Politik gehen, sondern ermutigt werden müssen, war ein zentrales Tagungsthema. „Politik ist für viele Frauen wie eine Party, zu der sie eingeladen werden müssen – und selbst dann überlegen sie noch, ob sie wirklich hingehen“, stellte von Hassel fest. Dabei sei es gerade die Kommunalpolitik, die direkte Gestaltungsmöglichkeiten biete.

Ein besonderer Fokus lag auf den persönlichen Erfahrungen von Frauen in der Politik. Cornelia Trinkl berichtete von ihrem Werdegang und forderte mehr Mut und Durchhaltevermögen von Frauen: „Politik ist kein Sprint, sondern ein Marathon! Es gibt Rückschläge, aber wer dranbleibt, kann viel bewegen.“ Sie hob hervor, dass Frauen oft unterschätzt werden – nicht nur von Männern, sondern auch von anderen Frauen. Umso wichtiger sei es, dass sich Frauen gegenseitig unterstützen und Netzwerke aufbauen.

Tanja Renner berichtete, dass sie seit 2014 die einzige Frau im Gemeinderat sei. „Das Klima hat sich durch meine Anwesenheit positiv verändert, aber es ist manchmal schwierig, weibliche Perspektiven zu vertreten, wenn das Gegenüber nur mit Stirnrunzeln reagiert.“ Ihre Forderung: Mehr Frauen müssen sich trauen, sich einzubringen.

Hannelore Langwieser teilte ihre persönliche Geschichte: Viermal kandidierte sie als Bürgermeisterin, viermal verlor sie. „Aber das hielt mich nicht davon ab, weiterzumachen. Man darf sich von Rückschlägen nicht entmutigen lassen!“

Zum Abschluss des Kongresses fasste Kathrin Alte, Bürgermeisterin von Anzing und Sprecherin der ARGE „Frauen führen Kommunen“ des Bayerischen Gemeindetags, die wichtigsten Erkenntnisse zusammen:

- Bessere Rahmenbedingungen: Hybrid-Sitzungen und familienfreundliche Strukturen sind notwendig, um mehr Frauen in die Kommunalpolitik zu bringen.
- Mehr Respekt und eine sachliche Debatte: Frauen in der Politik sind oft Anfeindungen ausgesetzt. Dies dürfe nicht hingenommen werden.
- Sichtbarkeit und Netzwerke: Frauen müssen ihre Erfolge sichtbarer machen und sich gegenseitig stärker unterstützen.
- Zusammenarbeit mit Männern: Der Wandel gelingt nur gemeinsam. Männer müssen eingebunden werden, um Frauen gezielt zu fördern.
- Mit einem klaren Appell beendete sie den Kongress: „Eine starke Kommunalpolitik braucht starke Frauen! Jetzt ist die Zeit, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen.“

Jubiläum der Versicherungskammer Stiftung – Fachtagung FUNKE 2025:

Bevölkerungsschutz im Visier

„Die Bedrohungslage und die europäische Sicherheitsordnung haben sich grundlegend geändert. Die zu bewältigenden Aufgaben erfordern ein Umdenken in der Sicherheits- und Krisenvorsorge, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich“, unterstrich Bayerns Innen- und Katastrophenschutzminister Joachim Herrmann auf der FUNKE, der Fachtagung des Führungsunterstützungszentrums für Katastrophenschutz, in München. Zu ihrem fünfjährigen Jubiläum fand die Tagung der Versicherungskammer Stiftung in diesem Jahr unter dem Motto „Bevölkerungsschutz 360° – 5 Jahre Einsatzberichte von gestern, Erfahrungen und Lösungen von heute, Perspektiven für morgen“ und unter der Schirmherrschaft des Innenministers statt.

Herrmann zufolge sind die Herausforderungen im Katastrophen- und Zivilschutz vielfältig und komplex. Die Vernetzung sowie ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch seien deshalb unverzichtbar für ein möglichst reibungsloses Zusammenwirken aller Akteure. Der Minister hob die Relevanz von Investitionen in den Katastrophenschutz, aber auch den Zivilschutz hervor: „Wir haben Sachmittel im Umfang von 90 Millionen Euro für zwei Jahre bereitgestellt und auch zukünftig werden wir aus Überzeugung kräftig in den Katastrophenschutz sowie die Sicherheit der Einsatzkräfte und der Bevölkerung investieren.“

Enttäuscht zeigte sich Herrmann von den zuletzt mehrfach erfolgten Kürzungen auf Bundesebene im Bereich des Bevölkerungsschutzes: „Die Sicherheit unserer Bevölkerung ist kein Luxus. Sie ist unerlässliche Voraussetzung unserer Demokratie. Deshalb brauchen wir einen Stärkungspakt Bevölkerungsschutz und Investitionen des Bundes von zehn Milliarden Euro binnen zehn Jahren für einen raschen Aufbau belastbarer Strukturen im Zivilschutz.“

Vorträge zu Strategien im Katastrophenschutz sowie zu

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl 2025 ist vorbei und die Union ist klar die stärkste Kraft bei der Wahl geworden. Die politische Arbeit des neuen Bundestags beginnt in Kürze und aktuell laufen die Sondierungsgespräche zwischen Union und SPD. In den nächsten Tagen und Wochen werden die Leitlinien der künftigen Bundesregierung für unser Land gesetzt. Doch was bedeutet dies für die Kommunen in Bayern?

Die Herausforderungen auf lokaler Ebene sind immens – insbesondere in den Bereichen Bürokratieabbau, Migration und kommunale Finan-

Kommunen in den Fokus der Sondierungsgespräche!

zen. Die KPV fordert daher von der neuen Regierung klare Weichenstellungen, die den Handlungsspielraum der Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke stärken und die Kommunen massiv entlasten.

Bürokratieabbau und kommunale Entlastung

Ein zentrales Anliegen bleibt der dringend benötigte Abbau von Bürokratie. In den letzten Jahren wurden die kommunalen Verwaltungen mit immer neuen Aufgaben und Regularien durch den Bund belastet. Förderprogramme waren häufig zu kleinteilig und kompliziert, Vergabeverfahren überreguliert und langwierige Genehmigungsprozesse lähmten die kommunalen Investitionsbemühungen. Die KPV fordert daher eine konsequente Vereinfachung des Vergaberechts, höhere Schwellenwerte für öffentliche Vergaben und die Reduzierung kommunaler Standards. Die Kommunen brauchen mehr Freiräume und dürfen nicht weiter durch überbordende Vorschriften in ihrer Gestaltungskraft beschnitten werden.

KOLUMNE Stefan Rößle



Ohne eine solide finanzielle Basis können Kommunen ihre Aufgaben nicht bewältigen. Die finanzielle Schieflage zahlreicher Kommunen zeigt sich besonders in der steigenden Sozialausgabenlast, während gleichzeitig die kommunalen Einnahmen nicht im gleichen Maß wachsen. Die KPV fordert daher eine Anhebung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer auf 6 Prozent, die dauerhafte Sicherstellung aller kommunalen Steuerquellen sowie eine klare Regelung nach dem Prinzip: „Wer bestellt, bezahlt!“ – also eine verlässliche Finanzierung aller durch den Bund oder die Länder übertragenen Aufgaben.

Migrationspolitik mit klaren Regeln

Die Aufnahme- und Integrationskapazitäten der Kommunen sind vielerorts an ihrer Grenze angelangt. Eine unkontrollierte Migration führt zu einer Überforderung der sozialen Infrastruktur, des Wohnungsmarktes und der Bildungseinrichtungen. Die neue Bundesregierung muss eine klare Wende in der Migrationspolitik einleiten: Illegale Migration beenden, konsequente Rückführungen durchführen und eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Integrationsleistungen gewährleisten. Eine pragmatische Steuerung der Migration ist nicht nur notwendig, sondern entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Für uns als KPV ist klar: Die Koalitionsverhandlungen müssen die kommunale Ebene in den Mittelpunkt stellen. Die Kommunen sind das Fundament unseres demokratischen Gemeinwesens. Sie brauchen mehr finanzielle Mittel, weniger Bürokratie und klare politische Leitlinien in der Migrationspolitik. Wir erwarten von der neuen Regierung ein klares Bekenntnis zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Denn nur, wenn die Kommunen handlungsfähig bleiben, kann Deutschland als Ganzes erfolgreich sein.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

DeepWaive erlaubt sowohl die Echtzeitsimulation von flächigen Überflutungssituationen als auch die Live-Planung von Maßnahmen sowie deren Evaluation. Hofmann zeigte auf, wie modernste KI-Technologie zu einem proaktiven und effizienteren Krisenmanagement beiträgt.

Über die Mobile Pegelmessung des Technischen Hilfswerks informierte Christoph Schedel. Der Mobile Hochwasserpegel (MHP) ist ein System zur Erfassung von Wasserstandsdaten, das im Einsatz kurzfristig an Gewässern aufgebaut werden kann. Es wird genutzt, um in Hochwassersituationen die Entwicklung eines Wasserstandes an einem Gewässer beobachten zu können. Somit kann die Lage besser eingeschätzt und der Erfolg von schon durchgeführten Maßnahmen überprüft werden.

Über die länderübergreifende Wald- und Vegetationsbrandbekämpfungsübung „Eichkater 2024“ berichtete Johann Eitzenberger, Vorsitzender des LfV Bayern. Die Übung im Landkreis Celle zählt zu den größten ihrer Art. Vier Tage lang übten rund 1.000 überwiegend ehrenamtliche Beauftragte der Feuerwehren aus Niedersachsen und Bayern gemeinsam mit Hubschraubern und Löschflugzeugen verschiedener Organisationen im „Revier Miele“ die Vegetationsbrandbekämpfung am Boden und aus der Luft.

Eitzenberger bezeichnete die Übung „Eichkater“ als eine hervorragende Möglichkeit, miteinander und voneinander zu lernen: Hier würden nicht nur die konkreten Handgriffe bei den Löscharbeiten geübt, sondern auch die behördlichen Wege und Strukturen erprobt. „Damit ist diese Großübung ein wichtiger Baustein, um unser Fähigkeits- und Ressourcenmanagement weiterzuentwickeln.“ **DK**

deswehr in den Dimensionen Land, See, Luft, Weltraum sowie Cyber- und Informationsraum unter Beteiligung ziviler Partnerorganisationen und Behörden sowie Länder und Kommunen.

Oliver Werthes beleuchtete das neu entstehende DRK-Bevölkerungsschutzzentrum in Luckenwalde als bedeutendes Projekt für den Bevölkerungsschutz. Moderne Technik, große Lagerkapazitäten und das Schulungszentrum ermöglichen bessere Vorbereitung und Hilfeleistung in Krisen- und Katastrophenfällen.

In einer Gesprächsrunde präsentierte das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit die Ergebnisse der Studie HIRTE, die akute hitzeassoziierte Gesundheitsbelastungen bei Hitzewellen untersucht, um kurzfristige Aussagen über gesundheitliche Auswirkungen dieser in verschiedenen Regionen Bayerns treffen zu können und Empfehlungen zur Belastungsreduktion zu entwickeln. Ergänzend wurden die ganz praktischen Auswirkungen im Einsatzfall für Einsatzkräfte aufgezeigt. Wie Starkregen aufgrund der Klimaveränderungen entsteht erläuterte Florian Mikschy wie den Entwicklung der Hochwasser- und Starkregengefahrenkarten die es ermöglichen sollen, vor die Lage eines Hochwasser- und Starkregenereignisses zu kommen.

In Zeiten zunehmender Wetterextreme präsentierte Dr.-Ing. Julian Hofmann eine neue KI-gestützte Technologie zur Simulation und Vorhersage von Starkregenereignissen und Überflutungen. Das interaktive System

Neue Online-Wissensplattform:

„Mein ÖGD-Handbuch“

Bayern treibt Modernisierung
des Öffentlichen Gesundheitsdienstes voran

Bayern setzt seine Bemühungen zur Modernisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) konsequent fort. Ein bedeutender Meilenstein auf diesem Weg ist die neu eingeführte Online-Wissensplattform „Mein ÖGD-Handbuch“, die speziell für die Beschäftigten im ÖGD entwickelt wurde. Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach betonte die Bedeutung dieser Initiative: „Ein leistungsfähiger Öffentlicher Gesundheitsdienst ist der Schlüssel für einen nachhaltigen Schutz der Gesundheit unserer Bevölkerung. Dafür müssen wir den ÖGD zukunftsfest und modern aufstellen.“

Die neue Plattform bietet eine benutzerfreundliche Oberfläche und ermöglicht eine einfache, digitale Zusammenarbeit. „Durch unser innovatives Handbuch gehen wir einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Digitalisierung und Vernetzung“, so Gerlach. Eine zentrale Funktion der Plattform ist die Suchmöglichkeit, durch die Informationen schneller auffindbar sind. Zudem können die Nutzer in geschützten Foren Anwendungsfälle diskutieren und Praxisbeispiele austauschen.

„Diese Funktion erleichtert den Mitarbeitenden im ÖGD unter anderem die Umsetzung neuer Verordnungen, insbesondere in den Bereichen Infektionsschutz und Trinkwasserüberwachung“, erklärte die Ministerin weiter. Gerade in Krisenzeiten biete das modernisierte ÖGD-Handbuch umfassende Informationen und unterstützte neue Mitarbeitende durch Prozessmodellierungen bei der schnellen Einarbeitung, beispielsweise bei der Bekämpfung von Tuberkulose oder bei Schuleingangsuntersuchungen.

Beteiligung der Nutzer

Besonderen Wert legt das Gesundheitsministerium auf die aktive Mitwirkung der Nutzer. „Wir möchten, dass alle Mitarbeitenden im ÖGD von den neuen

Informationen profitieren und aktiv an der Weiterentwicklung der Plattform mitwirken“, betonte Gerlach. Dafür steht eine Feedback-Funktion zur Verfügung, mit der Vorschläge direkt eingebracht werden können. In den kommenden Wochen wird die Plattform kontinuierlich mit aktuellen Inhalten und neuen Funktionen erweitert.

Programm NextGenerationEU

Die Entwicklung der Plattform wurde vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit geleitet. Sie entstand im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, einer gemeinsamen Initiative von Bund und Ländern. Dieses Programm, das während der Corona-Pandemie ins Leben gerufen wurde, sieht bis 2026 bundesweit vier Milliarden Euro zur Stärkung des ÖGD vor. Neben personellen Investitionen wird auch die Digitalisierung der Gesundheitsämter gefördert, finanziert durch das europäische Programm NextGenerationEU.

Ministerin Gerlach ist überzeugt: „Ein moderner und zukunftsfähiger ÖGD ist unerlässlich, um auf gesundheitliche Herausforderungen wie Klimaveränderungen oder neue Erreger schnell und evidenzbasiert reagieren zu können.“

Ambitionierte Ziele ...

(Fortsetzung von Seite 1)
fen und den Freistaat Bayern nachhaltig in Forschung, Ausbildung und Technologieentwicklung für die Kernfusion zu stärken. Darauf basierend erarbeitete das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst folgenden Fünf-Punkte-Plan:

1. Errichtung eines Bavarian Fusion Clusters (BFC): Das Auswahlverfahren für das Leitungs- und Geschäftsstellenpersonal des BFC wird gestartet.
2. Start des Kompetenzaufbaus an den Hochschulen: Bis 2028 sind Investitionen von 100 Millionen Euro geplant. Die bereits vorhandenen Kompetenzen werden mit einer großen Ausbildungs-offensive mit bis zu sechs neuen Lehrstühlen, davon drei prioritär, Nachwuchsforscherguppen und einschlägigen Studien- und Graduiertenangeboten deutlich ausgebaut. Zudem wird ein hochschulübergreifender Studiengang Nuclear Fusion Technologies unter Beteiligung der BFC-Leitung eingerichtet.
3. Identifikation und Sicherung eines Fusion Campus: Es werden Bewertungsmaßstäbe für konkrete Nutzungsszenarien entwickelt. Die Suche nach geeigneten Standorten wird fortgeführt.
4. Ausweitung der nationalen Abstimmung und internationalen Vernetzung: Es werden weitere Aktivitäten und Impulse zur länderübergreifenden, nationalen, europäischen und internationalen Kooperation und Abstimmung sowohl im wissenschaftlichen als auch im wirtschaftlichen Bereich gestartet. Zudem wird ein von der Expertenkommission empfohlener unabhängiger Expertenbeirat zur beratenden Begleitung weiterer Aktivitäten eingerichtet.
5. Definition von Kernfusion als nationales Schlüsselprojekt: Die Expertenkommission kommt

zum Schluss, dass für die erfolgreiche Erforschung und Entwicklung der Kernfusionstechnologie deutlich größere Ressourcen notwendig sind, als sie auf baye-rischer Ebene zur Verfügung gestellt werden könnten. Daher ist es neben den vorgenannten regulatorischen Aspekten zentral, die Mission Kernfusion auch im Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung zu verankern.

Pioniere der Zukunft

„Wir sind Pioniere der Zukunft: Bayern setzt voll auf Wissenschaft und Forschung. Wir zünden die nächste Stufe unserer Hightech-Rakete... Wir schaffen sechs Professuren und neue Studiengänge, forschen am Bau eines Kernfusion-Demonstrationsreaktors und gründen das Bavarian Fusion Cluster für den Austausch zwischen Start-ups und Grundlagenforschung“, hob Ministerpräsident Dr. Markus Söder hervor. Der Bedarf an Energie werde durch Digitalisierung, KI und E-Mobilität massiv steigen. Kernfusion sei dabei eine neue Chance für die Energiegewinnung.

Entwicklung neuartiger Technologien

Der Freistaat will sich über die Kernfusion hinaus auch bei der Entwicklung neuartiger Technologien zur Kernspaltung, insbesondere in den Bereichen Small bzw. Advanced Modular Reactors (SMR/AMR) und Transmutation, einbringen. Der neue, noch einzurichtende TUM-Lehrstuhl für Angewandte Kerntechnologien ist daher so gestaltet, dass er auch für AMR und Transmutation wertvolle Beiträge liefern und gleichzeitig Entwicklungen bei diesen Technologien für die Fusion nutzbar machen kann. **DK**

Deutscher Landkreistag:

Die kommunale Finanznot muss in den Koalitionsvertrag

Ange-sichts der dramatischen Finanzlage vieler Kommunen fordert der Deutsche Landkreistag von CDU, CSU und SPD entschlossene Maßnahmen, um die Handlungsfähigkeit der Landkreise, Städte und Gemeinden zu sichern. Die Kommunen stecken in ihrer bisher größten Finanzkrise. Bereits für 2024 war ein Rekorddefizit von -13,2 Mrd. Euro prognostiziert, tatsächlich betrug das Minus jedoch rund 20 Mrd. Euro.

„Setzt sich diese Entwicklung fort, sind viele Landkreise in wenigen Jahren nicht mehr in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen“, erklärte der Vizepräsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Sven Ambrosy. Die Parteien müssten daher in den aktuellen Koalitionsverhandlungen die kommunale Notlage aufgreifen und Lösungen für die Finanzmisere der Landkreise, Städte und Gemeinden fest verabreden. „Nur so bleibt die kommunale Ebene auch künftig handlungsfähig.“

Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Henneke sagte: „Das, was die zukünftigen Koalitionäre vorhaben, kann man mit Fug und Recht als Kühn bezeichnen. Obgleich wir bei der kommunalen Infrastruktur einen großen Nachholbedarf haben, fürchten wir eine Steuerung aus Berlin, die im Ergebnis kontraproduktiv ist, wenn es darum geht, die kommunalen Gestaltungskräfte zu stärken. Die Kommunen sind vor Ort das Gesicht des Staates für die Bevölkerung. Sie müssen für passgenaue Lösungen sorgen.“

Ambrosy ergänzte: „Die Finanzierungslücke zwischen den steigenden kommunalen Ausgaben und den unzureichenden Einnahmen ist nicht mehr tragbar. „Die kommunale Ebene erhält lediglich ein Siebtel (15,5 %) der öffentlichen Steuereinnahmen, während sie für mehr als ein Viertel (28,4 %) der öffentlichen Ausgaben aufkommt. Diese Rechnung geht nicht auf.“

Der Deutsche Landkreistag fordert daher eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer. „Wir brauchen eine Verdreifachung des aktuellen Umsatzsteueranteils für die Kommunen. Das bedeutet eine zusätzliche Entlastung von 11,5 Mrd. € jährlich, von der auch die Landkreise direkt profitieren würden. Diese Mittel müssen nach Einwohnerzahlen und nicht nach Wirtschaftskraft verteilt werden, um strukturschwache Landkreise gezielt zu unterstützen“, forderte Ambrosy.

Rückführung der dynamisch wachsenden Sozialausgaben

Neben einer verbesserten Steuerausstattung fordert der Deutsche Landkreistag eine Rückführung der dynamisch wachsenden Sozialausgaben. „Es kann nicht sein, dass der Bund immer neue gesetzliche Verpflichtungen schafft, die Kommunen aber ohne ausreichende Finanzierung die Lasten tragen“, kritisierte Ambrosy. Besonders im Bereich der Sozialausgaben sieht der Landkreistag dringenden Handlungsbedarf: „Die Kosten für das Bürgergeld, die Eingliederungshilfe und andere Sozialleistungen steigen rasant. Hier braucht es eine strukturelle Reform, um die kommunalen Haushalte zu entlasten.“

Ein wichtiger Schritt sei es, mehr Arbeitsanreize im Bürgergeld zu schaffen. „Wir fordern die Streichung der Karenzzeiten für teure Wohnungen und hohe Vermögen, um Fehlanreize zu vermeiden. Gleichzeitig muss der Steuerfreibetrag für Erwachsene und Kinder deutlich erhöht werden, damit gerade Geringverdiener nicht mehr auf staatliche Hilfen angewiesen sind.“

Die derzeitige Finanzlage bedrohe die Zukunftsfähigkeit vieler Landkreise: „Wenn wir unsere Schulgebäude sanieren, Kitas ausbauen oder die Digitalisierung in Verwaltung und Bildung vorantreiben wollen, brauchen wir eine stabile Finanzbasis“, fasste Ambrosy abschließend zusammen.

Wer die Backen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
durch sogar noch wichtiger. Wir brauchen deshalb auf der Ausgabenseite ein mutiges Bekenntnis zur Aufgabenkritik, zum Standardabbau und vor allem auch zur Entfesselung aus den Klauen einer immer mehr überbordenden, vielfach weitgehend sinnfreien Bürokratie. Und: Die Landkreise erwarten als Soziallastenträger, aber auch für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge in vielen anderen Bereichen endlich eine grundständige, unseren Aufgaben auch tatsächlich gerecht werdende Finanzierung. Im Klartext heißt das: Ohne eine deutliche Erhöhung unseres Anteils am Aufkommen der Umsatzsteuer wird die Sache nicht funktionieren. Das muss deshalb zentraler Inhalt der Koalitionsverhandlungen sein.“

Bislang die größte Krise

Brötel erläuterte dazu, dass die kommunale Ebene finanziell in ihrer bislang größten Krise stecke. „Daher ist es uns gerade vor dem neuerlichen Hintergrund umso wichtiger, eigene zusätzliche Steuermittel zu erhalten. Keine Frage: In die Infrastruktur muss investiert werden, denn es bestehen riesige Bedarfe z. B. in den Bereichen Verkehr, Krankenhäuser oder Bildung. Aber der Einsatz der Investitionshilfen bindet zugleich eben auch weitere kommunale Kapazitäten und Gelder, so dass

der kommunale Handlungsspielraum dadurch weiter begrenzt wird, wenn nicht gleichzeitig auch die strukturelle Schief-lage der Kommunalfinanzen angegangen wird.“ Investitionsprogramme lösen nämlich die kommunalen Finanzprobleme nicht, wenn es etwa um Steigerungen der Personalkosten infolge teurer Tarifabschlüsse, zusätzliche Personalbedarfe durch neue Aufgaben oder aus dem Ruder laufende Sozialausgaben geht.

Zurück zum Konsolidierungspfad

Der Bund muss zudem dafür Sorge tragen, die Bedingungen des Investitionspakets so zu gestalten, dass die Mittel schnell abfließen können. „Das ist eine Frage von Verfahren und Kapazitäten, etwa in der Baubranche.“ Schließlich steige mit den nun getroffenen Entscheidungen aber auch die Notwendigkeit, den Bundeshaushalt an anderer Stelle umgehend auf den dringend notwendigen Konsolidierungspfad zurückzubringen: „Deshalb muss schon jetzt auch die Ausgabenseite in all ihren Facetten auf den Prüfstand.“ Das sei unabdingbar, um Deutschland wieder nachhaltig auf den Wachstumspfad zu führen. Und: Die kommunalen Spitzenverbände müssten zudem die Möglichkeit erhalten, in der Kommission zur Reform der Schuldenbremse mitzuarbeiten. **□**

Deutscher Landkreistag:

„Warnstreiks sind so ziemlich das Letzte“

Der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Dr. Achim Brötel kritisiert die Warnstreiks im öffentlichen Dienst scharf. Er sagte: „Es trifft auf unser völliges Unverständnis, wenn ausgerechnet im Gesundheitswesen, in Kitas und in Sozialeinrichtungen die Arbeit niedergelegt wird. Das ist so ziemlich das Letzte, was Deutschland jetzt braucht. Ich bin mir sicher, die vielen Menschen, die unmittelbar von diesen Maßnahmen betroffen sind, haben dafür ebenso wenig Verständnis.“

Bundesweit wurde in vielen Kliniken, Notaufnahmen und Pflegeheimen gestreikt. Patienten und Hilfsbedürftige mußten sich deshalb auf Einschränkungen einstellen. Ausserdem wurde ein Streiktag etwa für Kitas und Sozialeinrichtungen ausgerufen. „Solche Aktionen schaden den Bürgerinnen und Bürgern und sie belasten insbesondere auch die ohnehin schon stark belasteten Familien noch einmal zusätzlich. Da wird eine Tarifeinseitigkeit auf dem Rücken von Pflegebedürftigen, Patienten, Kindern und Eltern ausgetragen.“

Hintergrund ist der Tarifstreit im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. Die Gewerkschaft ver.di will vor der nächsten Verhandlungsrunde Druck machen. Sie fordert u. a. eine Gehaltssteigerung um 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro mehr monatlich sowie höhere Zuschläge. Die Ausbildungsvergütungen und Praktikantentgelte sollen um 200 Euro monatlich angehoben werden. Außerdem fordert die Gewerkschaft mindestens drei zusätzliche freie Tage.

„Was da im Raum steht, ist eine vollkommen überzogene Forderung“, so Brötel. „Wir wissen es sehr zu schätzen, dass unsere kommunalen Bediensteten eine wirklich hervorragende Arbeit leisten. Zur Wahrheit gehört aber eben auch, dass es gerade erst einen teuren Tarifabschluss gegeben hat und wir in den Kommunen derzeit absolut mit dem Rücken zur Wand stehen,

nachdem wir im letzten Jahr ein historisches Defizit von mindestens 20 Mrd. Euro hatten. Daher müssen die Gewerkschaften ihr Forderungspaket an die Realität in den Landkreisen, Städten und Gemeinden anpassen.“

Durchaus konkurrenzfähig

Aber auch unabhängig von der Frage des finanziell Leistbaren stellte er fest: „Der öffentliche Dienst ist gerade mit Blick auf die Bezahlung im Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsdienst inzwischen durchaus konkurrenzfähig. Dazu kommt noch eine hohe Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung und die Tatsache, dass es sich um sehr sichere Arbeitsplätze handelt. In der Tarifrunde 2023 kam es aber bereits zum bislang teuersten Abschluss mit 200 Euro Sockelerhöhung, einem Lohnplus von 5,5 Prozent sowie einer steuerfreien Einmalzahlung von 3.000 Euro. Das war ein sehr kräftiger Zuwachs. So kann und darf es aber nicht ständig weitergehen.“

Höhere Zuschläge für Überstunden, drei zusätzliche freie Tage im Jahr und einen weiteren freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder hält der Deutsche Landkreistag für völlig überzogen. „Es muss in einer derart herausfordernden Gesamtsituation der öffentlichen Hand viel mehr darum gehen, dass wir uns nicht auch noch gegenseitig in die Ecke drängen, sondern vielmehr konstruktiv nach Lösungen suchen“, so Brötel abschließend. **□**

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach:

Frauengesundheit im Fokus

Anlässlich des Internationalen Frauentags rückt Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach die Gesundheit von Frauen in den gesellschaftlichen Fokus. „Es gibt Krankheiten, die ausschließlich oder häufiger Frauen betreffen, wie Gebärmutterhalskrebs, Endometriose oder Essstörungen“, erklärte Gerlach in München.

Im Rahmen des Schwerpunktthemas Frauengesundheit betrachtet das Gesundheitsministerium verschiedene Aspekte über alle Lebensphasen hinweg – von der Mädchengesundheit über Schwangerschaft bis zu den Wechseljahren. Präventions-spiele dabei eine zentrale Rolle: „Ausreichende Bewegung, gesunde Ernährung, Verzicht auf Alkohol und Rauchen und Stressbewältigung sind essenziell. Gleichzeitig klären wir aber auch über besonders wichtige Vorsorgeuntersuchungen für Frauen und Mädchen in bestimmten Altersgruppen auf. Denn geschlechterspezifische Unterschiede gibt es bereits vom frühen Kindesalter an.“ Ebenso wichtig sind Vorsorgeuntersuchungen, um geschlechterspezifische Risiken frühzeitig zu erkennen“, so Gerlach.

Deutliche Unterschiede

Besonders bei Krebserkrankungen seien Unterschiede deutlich: Brustkrebs ist mit etwa 10.000 Neuerkrankungen pro Jahr die häufigste Krebsdiagnose bei Frauen in Bayern. Gerlach appelliert daher an Frauen, sich über empfohlene Vorsorgeuntersuchungen zu informieren.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Mädchengesundheit mit Themen wie Sport, Körperbild und

Essstörungen. sowie „Mädchensprechstunde (M1)“. Auf der Website des Gesundheitsministeriums stehen hierzu drei Faktenblätter mit weiterführenden Informationen zur Verfügung: <https://www.stmgp.bayern.de/meine-themen/fuer-frauen/>.

Heraus aus der Tabuzone

Zudem startete im Januar eine Kampagne zu den Wechseljahren, um dieses Thema aus der Tabuzone zu holen. „Die Wechseljahre betreffen alle Frauen und stellen besondere gesundheitliche Herausforderungen dar. Wir wollen dazu aufklären und unterstützen“, erklärte die Ministerin. „Die Wechseljahre sind keine reine Privatangelegenheit von Frauen, sondern eine Lebensphase, die jede Frau durchläuft – mit besonderen gesundheitlichen Herausforderungen. Damit sind sie ein Thema für die ganze Gesellschaft.“

Seit Jahren engagiert sich die Staatsregierung mit Projekten für die Frauengesundheit. Dazu zählen Kampagnen wie „Hand aufs Herz“ zur Herzinfarktprävention oder „Schwanger? Null Promille!“. Alle Informationen und Angebote sind auf der Website des Gesundheitsministeriums abrufbar. <https://www.stmgp.bayern.de/meine-themen/fuer-frauen/>. **□**

Mit Energie und Weitblick

Jasmin Ghubbar über Digitalisierung, Nachhaltigkeit und die Stärkung von Nachwuchs und Frauen

Jasmin Ghubbar ist Mitglied der Geschäftsleitung und Bereichsleiterin Konzernvertrieb der DSV-Gruppe. Sie ist ein echtes Sparkassen-Genwächs: Ihre Ausbildung und ihr berufsbegleitendes Studium absolvierte sie bei der Stadtparkasse München. Bereits mit 25 Jahren übernahm sie die Leitung einer Filiale und durchlief danach verschiedene Stationen im Vertrieb, bevor sie unter anderem die Unternehmenskommunikation verantwortete. 2021 wechselte sie zum Deutschen Sparkassenverlag nach Stuttgart, wo sie heute die strategische Weiterentwicklung des Vertriebs und die Digitalisierung der Sparkassenlandschaft vorantreibt. Mit der Bayerischen Gemeindezeitung sprach Jasmin Ghubbar über die Themen Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Nachwuchs- und Frauenförderung.

GZ: Wie schätzen Sie die aktuelle Entwicklung der Digitalisierung in der Sparkassen-Finanzgruppe ein? Welche Rolle spielt die DSV-Gruppe dabei, um Sparkassen sowie ihre Privat- und Firmenkunden mit digitalen Lösungen zu unterstützen?

Jasmin Ghubbar: Die Digitalisierung ist ein strategisches Kernthema der Sparkassen-Finanzgruppe, um zukunftsfit und kundenorientiert zu bleiben. Als Marktführer in Deutschland bieten die Sparkassen ein hohes Digitalisierungsniveau, ohne die persönliche Nähe zu verlieren – ob über die Internet-Filiale oder die Sparkassen-App.



Jasmin Ghubbar.

Bild: Deutscher Sparkassenverlag

Unsere digitale Strategie hat zwei Schwerpunkte:

- **Kundenorientierte Lösungen:** Mobile-first Services, höchste Sicherheitsstandards und smarte digitale Angebote wie der Chatbot Linda, der rund um die Uhr Kundenfragen beantwortet.
- **Interne Automatisierung:** KI-gestützte Prozesse vereinfachen Abläufe, optimieren Analysen und entlasten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sodass sie sich auf wertschöpfende Tätigkeiten konzentrieren können.

Die DSV-Gruppe treibt Innovationen aktiv voran – von digitalen Identifikationsverfahren bis hin zu Forschungsprojekten wie „Flow Factory“, einem Forschungs-Lab für KI-Innovationen in der Finanzpraxis. Ein weiteres Beispiel ist SparkasseGPT, das seit 2024 mit geprüften Sparkassen-Inhalten verständliche Antworten auf komplexe Finanzfragen liefert. So gestaltet die Sparkassen-Finanzgruppe die digitale Zukunft – sicher, effizient und kundenfreundlich.

Nachhaltigkeit und Digitalisierung

GZ: Digitalisierung und Nachhaltigkeit werden oft als zentrale Zukunftsthemen genannt. Wie gelingt es, beides sinnvoll zu verbinden? Welche Lösungen bietet die DSV-Gruppe, um Sparkassen, Unternehmen und Privatpersonen wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig aufzustellen?

Ghubbar: Nachhaltigkeit ist fest in der DNA der Sparkassen verankert – vor allem in ihrer sozialen Verantwortung. Digitalisierung hilft uns, diese noch gezielter wahrzunehmen. Ein Beispiel: finanzielle Bildung. Über digitale Kanäle wie TikTok und zielgruppengerechte Formate lernen junge Menschen den bewussten Umgang mit Geld. Wer früh Finanzwissen aufbaut, ist langfristig finanziell selbstbestimmt – ein nachhaltiger Ansatz.

Auch digitale Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit sind uns wichtig. Unsere Lösungen ermöglichen es Menschen in den verschiedensten Sprachen, Finanzdienstleistungen in ihrem Tempo zu nutzen – ohne sich unwohl an einem Schalter zu fühlen. So schaffen wir mehr Teilhabe für alle.

Und natürlich profitiert die ökologische Nachhaltigkeit, denn digitale Prozesse reduzieren Papierverbrauch und sparen Ressourcen. Die DSV-Gruppe bietet konkrete Lösungen:

- Nachhaltigkeitsmanagement-Software „nawisio“ unterstützt Klimabilanzierung und Berichterstattung.
- Der „Modernisierungsrechner“ hilft bei CO2-sparenden Sanierungen.
- Debit- und Kreditkarten aus 85 Prozent recyceltem Material und virtuelle Karten reduzieren Plastikmüll.
- Die Sparkassen Einkaufsgesellschaft fördert nachhaltige Beschaffung mit dem „Greenbook“.

Mit digitalen Innovationen macht die DSV-Gruppe Nachhaltigkeit für Sparkassen, Unternehmen und Privatkunden wirtschaftlich und ökologisch effizient.

GZ: Der Mangel an Fachkräften ist in vielen Branchen spürbar. Welche Wege sehen Sie, um junge Talente für den Finanzsektor zu gewinnen und langfristig zu halten? Inwiefern können digitale Tools und flexible Arbeitsmodelle dabei eine Rolle spielen?

Ghubbar: Um junge Talente für den Finanzsektor zu begeistern und langfristig zu halten, braucht es vor allem flexible Arbeitsmodelle. Mobiles Arbeiten, Homeoffice, Teilzeit, Gleitzeit, Workation, Sabbatical etc. – all das sind wichtige Faktoren für eine bessere Work-Life-Balance und eine moderne Unternehmenskultur. Besonders für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zurückkehren, etwa Mütter nach der Elternzeit, sind solche Modelle essenziell.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen spielen ebenfalls eine zentrale Rolle. Der Finanzsektor verändert sich rasant, und wir bieten gezielte Schulungen, digitale Lernplattformen und agile Workshop-Formate, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kontinuierlich weiterzuentwickeln. Diversität ist ein Muss! Teams mit unterschiedlichen Perspektiven sind kreativer, innovativer und attraktiver für neue Talente. Wir setzen uns aktiv für eine vielfältige Unternehmenskultur ein – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Behinderung.

Nicht zuletzt sind digitale Tools die Grundlage für moderne Arbeitsmodelle. Sie ermöglichen ortsunabhängige Zusammenarbeit, unterstützen Auszubildende beim Lernen und Erleichtern

durch KI-gestützte Prozesse die Arbeit in vielen Bereichen. Die Zukunft der Finanzbranche ist digital – und genau das macht sie für Fachkräfte interessant.

Mehr Frauen in Führung – ein Erfolgsfaktor

GZ: Sie engagieren sich für mehr Frauen in Führungspositionen. Welche Maßnahmen halten Sie für besonders wirkungsvoll, um Diversität in der Finanzbranche weiter voranzubringen? Und was bedeutet für Sie persönlich das Hashtag #kindundkarriere?

Ghubbar: Mir liegt besonders am Herzen, dass Frauen Karriere und Familie vereinen können, ohne sich für eines entscheiden zu müssen. Dazu braucht es eine Unternehmenskultur, die Führung in Teilzeit, Job-Sharing und flexible Arbeitsmodelle ermöglicht. Entscheidend sind auch Mentoring-Programme und starke Role-Models wie z.B. Karolin Schriever, seit September 2022 geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die zeigen, dass es geht!

Frauen bringen wertvolle Führungskompetenzen mit – gerade als Mütter: Organisationstalent, Kommunikationsstärke und Entscheidungsfähigkeit unter Druck. Deshalb möchte ich Frauen ermutigen, den Schritt in die Führung zu wagen. Lasst euch nicht von der Vorstellung abschrecken, dass Karriere und Kinder nicht vereinbar seien – es geht!

Aus eigener Erfahrung weiß ich: Man muss nicht alles allein machen. Unterstützung annehmen und Prioritäten setzen hilft, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Mehr Frauen in Führung bedeutet mehr Vielfalt, mehr Innovation und eine bessere Zukunft für alle.

Wero und EPI

GZ: Die Bedeutung eines starken europäischen Zahlungssystems wächst. Warum ist eine Lösung wie Wero gerade jetzt besonders wichtig, und welche Vorteile bringt sie für Sparkassen, Unternehmen und Bürger? Was ist die EPI?

Ghubbar: Die European Payments Initiative (EPI) ist ein Zusammenschluss von 16 Banken und Zahlungsdienstleistern aus Deutschland, Belgien und Frankreich mit dem Ziel, eine unabhängige europäische Zahlungslösung zu schaffen. Mit Wero machen wir Europa im Zahlungsverkehr unabhängiger von internationalen Paymentanbietern – die Wertschöpfung bleibt in Europa, Daten werden sicher nach EU-Standards verarbeitet.

Gerade jetzt, in geopolitisch unsicheren Zeiten, ist eine starke europäische Alternative entscheidend. Wero bietet Sparkassen, Kommunen, Unternehmen und Bürgern eine moderne, verlässliche Lösung kombiniert mit einer einfachen Nutzung:

- Freischaltung direkt in der Sparkassen-App
- Echtzeitzahlungen rund um die Uhr
- Schnelle Überweisungen per Handynummer oder E-Mail-Adresse

Ich nutze Wero selbst begeistert und sehe großes Potenzial, dass es sich als neuer Standard im europäischen Zahlungsverkehr etabliert. Ab Mitte 2025 wird Wero noch weiter ausgerollt, dann wird es auch in Onlineshops als Zahlungsmittel integriert. Der nächste wichtige Schritt für die Zukunft des Payments in Europa! Wero wird die Lücke, die durch den Wegfall von GiroPay entstanden ist, mehr als ausfüllen. Daher auch mein dringender Aufruf an alle Kommunen:

Es lohnt sich, auch im Sinne von starken europäischen Strukturen und insbesondere für die geschützten Daten der eigenen Kunden, nicht zu amerikanischen Dienstleistern zu wechseln, sondern noch ein paar Monate durchzuhalten.

GZ: Was wollen Sie unseren Leserinnen und Lesern noch mit auf den Weg geben?

Ghubbar: Vieles, was wir heute für unsere Kunden, die Sparkassen, entwickeln, kann auch von Kommunen genutzt werden, aber das wäre ein eigenes Gespräch wert. Fest steht: Die digitale Transformation bietet enorme Chancen – für Sparkassen, Kommunen, Unternehmen und Bürger. Doch wir dürfen sie nicht nur hinnehmen, sondern müssen sie aktiv mitgestalten.

Appell an Kommunen und Unternehmen

Ein starkes europäisches Zahlungssystem ist dafür essenziell. Mit Wero haben wir die Möglichkeit, uns von außereuropäischen Abhängigkeiten zu lösen und Daten sicher in Europa zu halten. Ich appelliere an Unternehmen und Kommunen, sich bewusst für europäische Lösungen zu entscheiden – denn unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit steht auf dem Spiel. Gleichzeitig müssen wir die Arbeitswelt zukunftsfähig machen: Diversität und flexible Arbeitsmodelle sind kein Luxus, sondern ein Wettbewerbsvorteil. Mehr Frauen in Führung und moderne Strukturen machen den Finanzsektor innovativer und attraktiver.

Lassen Sie uns gemeinsam an einer digitalen, nachhaltigen und souveränen Finanzwelt arbeiten – für eine starke Zukunft Europas!

GZ: Vielen Dank für das Gespräch! **CH**

Komunicus – Dienstleistungen und Zukunftsexpertise für Kommunen

„Wie es unserem Land geht, entscheidet sich maßgeblich in den Kommunen und wird dort auch sichtbar“, weiß Josef Glasl, Geschäftsführer der itslive GmbH. „Kommunen verantworten die Entwicklung sozialer Infrastruktur von Bildung bis Wohnen. Sie müssen nachhaltige Energielösungen entwickeln, die immer komplexer werdenden Verwaltungsaufgaben meistern, die Digitalisierung vorantreiben und eine vielseitige Mobilität ermöglichen. Mit all diesen Herausforderungen werden kommunale Entscheider jedoch oft allein gelassen.“ An genau diesem Punkt setzt die Dienstleistung von Komunicus an.

„Mit Komunicus entlasten wir kommunale Entscheider und stärken die kommunale Resilienz“, führt Glasl weiter aus. „Mit uns können Kommunen in jedem relevanten Bereich sofort nachhaltige und wirtschaftlich erfolgreiche Lösungen entwickeln... Unser Beratungsansatz fokussiert darauf, Kommunen so aufzustellen, dass sie sich schnell mit den für sie relevanten Partnern im Markt verbinden und loslegen können.“

Zu den Themen, zu denen Komunicus berät, gehören die Fachbereiche Finanzierung, Kommunalentwicklung, Steuern, Recht, Unternehmensgründungen, Kommunikation und öffentliche Ausschreibungen. Egal, ob eine Kommune ein neues Feuerwehrhaus, Kindertagesstätten, Flüchtlingsunterkünfte oder bezahlbaren Wohnraum entwickeln muss: Komunicus hilft Gemeinden dabei, ganzheitliche Lösungen zu entwickeln, die finanzierbar und schnell umsetzbar sind.

„Zu unserem Geschäftsfeld gehört außerdem die Revitalisierung oder Gründung von kommunalen Unternehmen, die am Markt erfolgreich agieren können.“ Ziel von Komunicus sei es darüber hinaus, Kommunen und Gemeinden zu befähigen, für sie relevante Zukunftsthemen proaktiv anzugehen. Hauptzielgruppe von Komunicus sind mittelgroße Gemeinden und Städte mit 5.000 bis 30.000 Einwohnern sowie Landkreise.

Der Strategie- und Kommunikationsexperte Glasl repräsentiert dabei eine von vier Säulen, auf denen das Netzwerk von Komunicus aufbaut. Neben ihm bringen weitere Top-Berater und Mitgründer des Netzwerks wie Dr. Stefan Detig, Altbürgermeister und Rechtsanwalt bei der DETIG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Luitpold Grabmeyer, Geschäftsführer des Beratungsunternehmens Bavaria Consult und Dr. Rafael K. Hörmann, Fachanwalt für Steuerrecht und Geschäftsführer und Geschäftsführer der Kanzlei CHP, ihre Expertise und Erfahrung in die neu gegründete Allianz ein. □

Starke Partnerschaft.

Wir sind für Bayerns Kommunen da

Von der nachhaltigen Kapitalanlage bis zur Fortschrittsfinanzierung – gemeinsam mit den Sparkassen bieten wir Kommunkunden ein lückenloses Leistungsspektrum. Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderprogramme der BayernLabo ergänzen unsere Leistungen.

Erfahren Sie mehr unter bayernlb.de/oeffentliche_hand

Bayern LB

Wir finanzieren Fortschritt.

Finanzgruppe

Vereinfachung als Schlüssel zum Politikwechsel

Die Chance des Friedrich Merz`
Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 hat sich über Wochen weitgehend abgezeichnet. Die Unionsparteien als Wahlsieger, die AFD an zweiter Stelle und die Ampelparteien in unterschiedlichem Maße abgestraft für ihr politisches Missmanagement in den letzten Jahren. Das alles kam also nicht überraschend.

Wenig überraschend ist leider auch das, was ab dem 24. Februar bislang folgte. Siegesfreude hier, wenig Selbstkritik da, viel politische Rhetorik ohne Handlung



Dr. Jürgen Gros. Bild: Barbara Obermaier

allen Ortes, Abstecken von Positionen, Formulierung von Forderungen an den potenziellen Koalitionspartner, Aufbau von Drohk-

lissen, Austesten von Themen über die Medien, Start der geübten Routinen von Koalitionsgesprächen. Politisches Nach-Wahl-Business as usual also.

Inhaltlich, personell und strukturell lässt der Politikwechsel freilich auf sich warten – wohl noch mindestens bis Ostern und damit – vom Wahltag an gerechnet – nicht weniger als acht üppige Wochen, vielleicht auch mehr. Ob er dann wirklich kommt – und in welchem Umfang – wird sich weisen. Dabei hat Deutschland nichts dringender notwendig als Veränderung und mutige Politikgestaltung. Politische Leadership wird erwartet und ist dringlich nach Jahren der politischen Führungslosigkeit.

Sicher, die politischen Gestalter sind um ihre Aufgabe kaum zu beneiden. Der Gordische Knoten, den es für eine Neuaufstellung Deutschlands zu durchschlagen gilt, ist immens groß und die diversen Stränge, die ihn bilden, haben sich über die Jahre fest verzurrt und sind verfilzt. Wo anfangen, wo ansetzen sind Kernfragen im Umfeld limitierter Finanzressourcen, grundgesetzlicher Anforderungen, wirtschaftlicher, außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen. Irgendwie

scheint alles mit allem zusammenzuhängen. Und weil es so ist, hilft letztlich wohl nur mutige Vereinfachung.

Drei schlichte Fragen klären die Grundlagen: Wo erleben die Menschen in Deutschland Politik unmittelbar, wie entsteht das Bruttosozialprodukt und wer finanziert die Investitionen derer, die es produzieren? Die Antworten helfen womöglich weiter, konstruktiv und zukunftsgerichtet Politik in Deutschland zu gestalten. Handlungsfähige und sichere Kommunen sorgen für positive politische Naherfahrung und stärken das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ein funktionierendes politisches System. Der Mittelstand ist Motor und Beschäftigungsanker der deutschen Wirtschaft und die Regionalbanken mit dem Kern der Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken ihr wichtigster Finanzier.

Daran ausgerichtet könnte das politische Grundkonzept für eine Politikwechsel formuliert werden, zumal eines, dessen Blaupause kaum mehr als drei Seiten eines Koalitionsvertrages benötigt. Denn was dazu notwendig ist, haben kommunale Spitzenverbände, Mittelstandsvertreter und Bankenverbände längst erarbeitet und niedergeschrieben, in Bayern und im Bund. Nicht alles in ihren Papieren muss als wohlfeil gelten, aber der überwiegende Teil ist durchdacht und hilf-

reich. Ihn können, ja sollten sich die politischen Akteure zu eigen machen – ideologiefreies Praktikerwissen als Grundlage dafür, sich nicht wieder in Verhandlungen über Spiegelstriche zu verheddern. Die Zeiten abgehobener Politik müssen ein Ende finden. Politische Erdung durch fachliche Expertise tut Not und wäre ein echter Politikwechsel.

Unbestritten würde das in vielen Politikfeldern zur Rosskur und auch deutlichen Einschnitten in über Jahrzehnten aufgebauten wohlfahrtsstaatlichen Besitzständen führen. Ein weniger an Staat in der Breite und dafür Fokussierung auf staatliche Kernleistungen wären die positive Folge. Zugleich eröffnet das Spielräume, den Deutschen Sorgen im Bereich der inneren wie äußeren Sicherheit, Zuwanderung und Wirtschaftsentwicklung zu nehmen. Der Handlungsbedarf bei diesen Metathemen ist drängend und immens.

Der wohl künftige Bundeskanzler Friedrich Merz ist bei alledem womöglich freier als mancher seiner Vorgänger. Er muss – schon altersbedingt – nicht auf seine Wiederwahl zielen. Die Amtszeiten von Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Angela Merkel wird er kaum toppen (wollen). In eine Reihe mit Adenauer und Kohl treten kann er dagegen sehr wohl. Jedenfalls dann, wenn er einen epochalen Politikwechsel einleitet, gestaltet und sich damit um Deutschland und Europa verdient macht. Mit ihm wird sich zudem ganz wesentlich entscheiden, ob es gelingt, bei der nächsten Bundestagswahl wieder vermehrt Wähler und Wählerinnen von den Rändern in die politische Mitte zu holen. □

Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunktmäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen. □

hen wollen, hat die LBS einen Tarif mit höheren Guthabenzinsen im Programm. Hier steht das Sparen mit Unterstützung durch staatliche Förderungen im Vordergrund. Angeboten wird zudem erstmals auch eine Tarifvariante, welche die Verwendung für bestimmte energieeffiziente Maßnahmen mit einem aktuell um 0,3 Prozentpunkte vergünstigten Darlehenszins belohnt. Die bezuschussten energieeffizienten Maßnahmen sind an den gesetzlichen Vorgaben der Taxonomieverordnung orientiert.

Das vorläufige Betriebsergebnis 2024 der LBS Süd liegt bei rund 55 Mio. Euro und damit etwa zehn Prozent unter dem Vorjahreswert. Belebung am Immobilienmarkt

Nach dem Einbruch infolge der Zinswende 2022 hat sich der Markt für Wohnimmobilien im vergangenen Jahr wieder leicht erholt. Gründe dafür sind unter anderem die Stabilisierung der Bauzinsen und die Beruhigung der Inflation, die den Schritt ins Eigenheim für die Menschen wieder berechenbarer machen. Darüber hinaus erhöhen die steigenden Mieten die Attraktivität von Wohneigentum. Dies hat zu einer leichten Belebung insbesondere im Bestandsmarkt geführt.

Angesichts der aktuell herausfordernden wirtschaftlichen und weltpolitischen Rahmenbedingungen rechnet die LBS Süd für das Geschäftsjahr 2025 mit einem Neu- und einem Finanzierungsgeschäft, das sich etwa auf Höhe des Vorjahres bewegen wird. □

LfA-Förderbilanz 2024:

Mittelstand investiert trotz herausfordernder Umstände

2024 war für die LfA Förderbank Bayern ein verhaltenes Förderjahr. Das Kreditvolumen für die Unternehmen und Kommunen in Bayern lag insgesamt bei knapp über 1,7 Milliarden Euro. Davon wurden 1,35 Milliarden im Rahmen des Kerngeschäfts der LfA, den programmgebundenen Förderkrediten, vergeben – gegenüber dem Vergleichswert aus dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 15,5 Prozent. Insgesamt haben über 3.500 Unternehmen und Kommunen im vergangenen Jahr auf Angebote der LfA zurückgegriffen.

Dabei führten vor allem die durch die herausfordernde konjunkturelle Lage bedingte Investitionszurückhaltung und ein hoher EU-Referenzzinssatz zu einer gegenüber dem Jahr zuvor insgesamt rückläufigen Fördernachfrage 2024. Die Senkung des EU-Referenzzinssatzes zu Jahresbeginn macht Förderkredite jetzt wieder attraktiver und dürfte sich positiv auf die Fördernachfrage auswirken. Bereits gegen Jahresende ging der Trend wieder nach oben. Die Fördernachfrage in den letzten beiden Quartalen war im Jahresverlauf am höchsten. Über das gesamte Jahr 2024 hinweg stabil entwickelt hat sich insbesondere die Gründungsförderung. Im Vergleich zu 2023 gab es dabei einen leichten Anstieg der Darlehenszusagen auf über 470 Millionen Euro. Mehr als 40 Prozent davon flossen in die Finanzierung von Unternehmensnachfolgen.

Zuwachs beim Innovationskredit 4.0

Einen Zuwachs um über 7 Prozent gab es auch beim Innovationskredit 4.0, dem Spezialkredit der LfA zur Innovationsförderung. Diese Förderdarlehen von insgesamt knapp 200 Millionen Euro haben knapp 500 Unternehmen in erster Linie zur Finanzierung von Innovations- und Digitalisierungsvorhaben genutzt. Mit einem Zusagevolumen von knapp 550 Millionen Euro lag ein weiterer Schwerpunkt der LfA-Förderung 2024 auch wieder auf der Finanzierung von Wachstums- und Modernisierungsmaßnahmen.

Nachdem das Förderangebot der LfA bereits 2024 an mehreren Stellen optimiert wurde, sind für dieses Jahr deutliche Erweiterungen geplant: So werden die Darlehenshöchstbeträge bei Förderkrediten deut-

lich erhöht, die Risikoentlastungen aufgestockt und der Antragstellerkreis in vielen Förderprogrammen deutlich vergrößert.

Mut zur Veränderung

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger zur LfA-Förderbilanz 2024: „Unternehmen und Kommunen, die im vergangenen Jahr Förderungen in Anspruch genommen haben, zeigen den Mut zur Veränderung und investieren – genau das, was wir heute brauchen. Gleichzeitig macht die rückläufige Nachfrage deutlich, wie herausfordernd die aktuelle Investitionslage ist. Damit Bayern auch weiterhin Spitzenreiter bleibt, bauen wir das Unterstützungsinstrumentarium der LfA deutlich aus. Ein Beispiel dafür ist die angestoßene VC4Start-ups-Initiative, mit der wir neue Fondsgenerationen für Start-ups ins Leben rufen. Durch den Ausbau wird die LfA künftig noch mehr Unternehmen attraktive Finanzierungslösungen bieten können.“

Attraktive Förderangebote

Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA: „Die zahlreichen Unsicherheiten haben 2024 viele Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen zögern lassen. Erfreulicherweise konnten wir mit unseren Förderangeboten trotzdem mit dazu beitragen, dass insbesondere das Gründungsgeschehen in Bayern nicht nachgelassen hat. Auch mit Blick auf die mittlerweile günstigere Entwicklung des EU-Referenzzinssatzes sowie den anstehenden Ausbau des LfA-Förderangebots setzen wir darauf, dass in diesem Jahr die Förderzahlen und damit das Investitionsgeschehen auch insgesamt wieder steigen.“ □

Geschäftsentwicklung 2024:

LBS Süd gewinnt Marktanteile

Im vergangenen Jahr konnte die LBS Landesbausparkasse Süd ihr Bausparneugeschäft in einem herausfordernden Marktumfeld stabil halten. 2024 schlossen die Menschen in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz mehr als 223.000 LBS-Verträge über eine Bausparsumme von knapp 16,3 Mrd. Euro ab. Mit diesem Ergebnis hat die LBS Süd den Marktanteil in ihrem Geschäftsgebiet auf 37,2 Prozent ausgebaut (Vorjahr: 33,7 Prozent). Der Bestand an Bauspareinlagen lag zum Ende des Jahres 2024 bei 32,4 Mrd. Euro.

„Wir sind zwar mitten in den Fusionsprojekten, aber bereits heute lässt sich sagen, dass der Zusammenschluss der LBS Südwest und der LBS Bayern zur größten Landesbausparkasse Deutschlands ein voller Erfolg ist“, zeigt sich Stefan Siebert, Vorsitzender des Vorstands der LBS Süd, zufrieden. „Mit einem Neugeschäft von 16,3 Mrd. Euro konnte die LBS Süd in ihrem zweiten Geschäftsjahr an das Vorjahresergebnis anknüpfen und damit in einem herausfordernden Umfeld Marktanteile hinzugewinnen. Die Ergebnisse

vor der Zinswende 2022 wurden sogar übertroffen.“

Das gesamte Finanzierungsgeschäft (Bewilligungen) der LBS Süd ist 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent auf gut 3,1 Mrd. Euro gestiegen. Mit 1,5 Mrd. Euro entfiel knapp die Hälfte des Neugeschäftsvolumens auf Bauspardarlehen. Rund 1,6 Mrd. Euro der LBS-Bewilligungen waren Kredite für Vor- und Zwischenfinanzierungen sowie sonstige Baudarlehen.

Die Kreditauszahlungen der LBS Süd beliefen sich 2024 auf knapp 3,3 Mrd. Euro. Inklusive der Bau-

sparguthaben stellte die LBS Süd ihren Kundinnen und Kunden im vergangenen Jahr rund 7,8 Mrd. Euro (+0,6 Prozent) zur Verfügung. Der Kreditbestand betrug zum Jahresende 24,4 Mrd. Euro.

Besonders gefragt sind im aktuellen Zinsumfeld weiterhin Bauspardarlehen. Die Summe der Auszahlungen stieg 2024 um rund 29 Prozent auf 1,5 Mrd. Euro. Bausparen erfüllt damit wieder seinen ursprünglichen Zweck als verlässlicher Finanzierungsbaustein mit langfristig festen und günstigen Zinsen. Wer einen zuteilungsfähigen Bausparvertrag hat, kann jetzt bei der Baufinanzierung davon profitieren.

Knapp 40 Prozent des bewilligten Darlehensvolumens wurden zur Entschuldung bestehender Kredite eingesetzt. Der Kauf einer Wohnung, eines Eigenheims oder eines Mehrfamilienhauses ist mit gut 30 Prozent der zweitgrößte Verwendungszweck, gefolgt von Modernisierungen mit knapp 20 Prozent. Nur knapp sechs Prozent des bewilligten Darlehensvolumens wurden zur Finanzierung von Neubauten genutzt.

Neues Tarifangebot

Einer der wichtigsten Meilensteine im Rahmen der Fusionsaktivitäten der LBS Süd war die Einführung einer neuen einheitlichen Tarifgeneration für das gesamte Geschäftsgebiet. Seit Oktober vergangenen Jahres können Kundinnen und Kunden in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz aus insgesamt sechs Tarifvarianten wählen, die auf unterschiedliche Kundenbedürfnisse ausgerichtet sind – vom Eigenkapitalaufbau über die Finanzierung der eigenen vier Wände bis hin zu Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen. Insbesondere für junge Menschen, die noch nicht genau wissen, ob und wann sie in die eigenen vier Wände zie-

Bayerns Finanzpolitik erhält erneut Spitzenrating

„Wir führen unsere Finanzpolitik in Bayern auf Spitzenniveau fort. Der Freistaat erhält dafür auch 2025 von Standard & Poor's erneut das Bestenrating ‚AAA/A-1+‘ mit stabilem Ausblick. Die renommierte Ratingagentur bewertet damit Bayerns Haushaltsführung und Finanzpolitik weiterhin auf der höchstmöglichen Stufe“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Föderer anlässlich der Veröffentlichung des aktuellen Ratingberichts.

„Das Rating zeigt: Trotz der Vielzahl an Herausforderungen und Unsicherheiten in Deutschland, insbesondere auf Bundesebene, bleibt Bayerns Ruf als Garant für politische und finanzielle Stabilität ungebrochen. Der Freistaat steht seit jeher für finanzpolitische Stabilität. Mit seriöser Planung, zielgerichteter Priorisierung und effizientem Haushaltsvollzug werden wir auch künftig die Weichen für eine attraktive, prosperierende und generationengerechte Zukunft stellen“, so Föderer weiter.

Nach Angaben des Finanzministeriums beruht das Spitzen-

rating für Bayern insbesondere auf den stabilen politischen Rahmenbedingungen, dem soliden Finanzmanagement sowie der nach wie vor widerstandsfähigen Wirtschaft im Freistaat. Zudem ist auch die starke Liquiditätssituation und niedrige Verschuldung im nationalen wie auch internationalen Vergleich ein wesentlicher Faktor. Standard & Poor's gehört zu den weltweit führenden Ratingagenturen, die jährlich Wirtschaftsunternehmen, Banken, Staaten und Länder hinsichtlich ihrer Bonität analysieren und bewerten. □

Münchener Hypothekenbank:

Hypothekendarlehen setzt Akzente am Kapitalmarkt

Die erste Benchmark-Emission der Münchener Hypothekenbank in diesem Jahr stieß auf eine sehr große Nachfrage bei den Investoren. Der Hypothekendarlehen mit einem Volumen von 500 Mio. Euro hat eine Laufzeit von zehn Jahren und einen Kupon von 2,75 Prozent. Das Orderbuch wurde bei einem Gesamtvolumen von rund 930 Mio. Euro geschlossen.

Das starke Investoreninteresse spiegelt sich auch in der Preisgestaltung wider: Die Emission wurde mit 49 Basispunkten über Swap-Mitte angekündigt, jedoch mit einem Spread von 44 Basispunkten über Swap-Mitte begeben. Insgesamt wurden 45 Orders aus acht Staaten eingereicht. Der regional größte Anteil des Emissionsvolumens kam mit über 80 Prozent aus Deutschland, gefolgt von Südeuropa sowie Investoren aus Österreich und der Schweiz. Größte Investorengruppe waren mit 77 Prozent des Emissionsvolumens Banken.

„Das begrenzte Angebot an Pfandbriefen in den letzten Wochen eröffnete ein günstiges Zeitfenster für die Platzierung einer zehnjährigen Anleihe, die hervorragend in unser Fälligkeitsprofil auf der Passivseite passt“, sagte Rafael Scholz, Leiter Treasury der Münchener Hypothekenbank.

Die Transaktion begleiteten BNP Paribas, Commerzbank, DZ Bank, Landesbank Baden-Württemberg, NORD/LB und UniCredit. Die Ratingagentur Moody's bewertet Hypothekendarlehen der Münchener Hypothekenbank mit der Höchstnote Aaa. □

Es geht um viel mehr als nur die Mehrwertsteuer

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich diskutiert neue Ansätze mit Dehoga-Bezirkschefin Rose Marie Wenzel

Mainkofen. Vereinsheime, Bürgerhäuser und die zunehmende Zahl an Firmenkantinen setzen der Gastronomie in Niederbayern zu. Mit dem Rückgang geht nicht nur ein großes Stück an Lebensqualität in den Ortschaften verloren, die langfristigen Auswirkungen gehen weit darüber hinaus – und viele Folgen sind noch gar nicht abzuschätzen.

Um über dieses Thema zu sprechen und einen neuen Vorschlag zu diskutieren, suchte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich kürzlich das Gespräch mit Rose Marie Wenzel. Sie betrieb nicht nur viele Jahre das Rudershaus und das Café Wiedemann in Deggendorf (wo sie zu Spitzenzeiten 75 Mitarbeiter be-

häuser kaum mehr halten können.

Seit einigen Jahren stellt die Dehoga-Bezirksvorsitzende einen weiteren Trend fest: „Nun werden leerstehende Wirtshäuser mit hohen staatlichen Förderquoten zu Bürgerhäusern umgebaut. Damit die Gemeinde einen passenden Betreiber findet, wird

tinen einrichten, was wiederum die Gastronomiebetriebe schwächt. „Es gibt Modelle, bei denen der Arbeitgeber bewusst auf eine Kantine verzichtet und stattdessen seinen Mitarbeitern Essensgutscheine für die lokale Gastronomie anbietet“, erklärte er und bat Rose Marie Wenzel um eine Einschätzung, ob dies aus ihrer Sicht sinnvoll ist.

Prinzipiell befürwortet sie solch ein Modell, gibt jedoch zu bedenken, dass mittlerweile die Wege zwischen Firmen und Wirtshäusern länger geworden sind, weil sich vor allem größere Unternehmen außerhalb der Zentren ansiedeln. „Da die Menschen aber gerade in der Mittagspause wenig Zeit haben, würde sich hier eher eine Belieferung anbieten, als die Einkehr vor Ort.“

Marktverzerrende Wirkung

Manche Kantinen bieten ihr sehr günstiges Essen aber nicht nur für die eigenen Mitarbeiter an, sondern öffnen sich auch für die Öffentlichkeit. Dies zu ändern, wäre schon mal ein erster Schritt. „Ein Mittagessen für 4,50 Euro ist hoch subventioniert, da kann ein Wirt einfach nicht mithalten. Es muss nicht sein, dass Kantinen öffentlich zugänglich sind.“ Dass dies teilweise in öffentlichen Behörden der Fall sei, habe ebenfalls eine marktverzerrende Wirkung.

Für die Gastronomie geht es um weit mehr als nur um die Senkung der Mehrwertsteuer, da waren sich beide einig. „In den vergangenen Jahren gab es für sehr viele Vorhaben staatliches Geld, nun sehen wir die Leistungsfähigkeit des Staates gefährdet und es ist Zeit, bei den Subventionen den Rotstift anzu-

setzen“, ist Olaf Heinrich überzeugt. Auch Rose Marie Wenzel plädiert dafür, dass die Politik den Menschen wieder mehr die Möglichkeit geben solle, sich selbst zu entfalten und etwas zu erwirtschaften. „Dann floriert auch die Wirtschaft“, ist sie überzeugt.

Die Zeit drängt jedenfalls, denn die Gastronomie ist ein zentraler Hebel, um den ländlichen Raum attraktiv zu halten. Die Auswirkungen fehlender Einkehrmöglichkeiten in den Ortschaften auf den Tourismus seien noch gar nicht abschätzbar. Genauso sieht Heinrich die Funktion von Wirtshäusern als traditionellem Begegnungsort. „Wo diese immer häufiger fehlen und die Menschen sich in ihren unterschiedlichen Meinungen und Biografien nicht mehr begegnen können, wird auch die Demokratie zunehmend gefährdet.“ Noch dazu kommt, dass die Attraktivität der Innenstädte weiter leiden wird, wenn es dort immer weniger gastronomische Angebote gibt. „Welchen Vorteil hat dann ein Büro in der Innenstadt noch?“, stellte Heinrich in Frage. „Lebendige Ortskerne sind ohne Gastronomie nicht vorstellbar.“

Die Auswirkungen für einzelne Orte und ganze Regionen seien sehr bedenklich, darin waren sich beide einig und Rose Marie Wenzel bedankte sich beim Bezirkstagspräsidenten für den Anstoß, einen Bewusstseinswandel auf verschiedenen Ebenen einzuleiten: „Denn es geht um viel mehr als nur die Mehrwertsteuer – es geht um Lebensqualität und Stadtentwicklung bis hin zum Erhalt unserer Demokratie.“ Der Bezirkstagspräsident ergänzte: „Und es geht auch um die Rückkehr oder die Stärkung des Leistungsprinzips.“

Bund der Steuerzahler in Bayern:

Kritik an geplantem Schulden-Exzess des Bundes

Der Bund der Steuerzahler in Bayern kritisiert die Pläne der Union und SPD, neue Schulden von 500 Mrd. Euro für Infrastrukturmaßnahmen aufzunehmen sowie die geplante Ausnahme von der Schuldenbremse auf das Heftigste: „Zur Erinnerung: Alles was über 1 Prozent des BIP für die Verteidigung ausgegeben wird, soll nicht mehr unter die Schuldenbremse fallen, dies sogar ohne Obergrenze. Experten sprechen hier von 400 Mrd. bis 1.000 Mrd. Euro! Das, was jetzt im Raum steht und ab dieser Woche im Bundesrat verhandelt wird, ist ein wahrer Schuldenexzess“, teilt der BdSt mit.

„Man sollte sich dabei nicht vom zeitlichen Horizont von fünf Jahren täuschen lassen, denn am Schluss droht uns alleine beim Bund durch diese Sonderschulden ein zusätzlicher Schuldenberg in Billionenhöhe! Es ist deshalb höchste Zeit, das Kind beim richtigen Namen zu nennen: Es sind ‚Sonderschulden‘ und kein ‚Sondervermögen‘, unterstreicht Steuerzahlerpräsident Rolf von Hohenhau.

Die Schuldenbremse sei eines der elementaren Wahlkampfthemen gewesen. Die Bürger hätten sich für deren Beibehaltung ausgesprochen. Dies nun zu hintergehen, wäre aus Sicht des Steuerzahlerbundes ein klarer Bruch eines Wahlversprechens. Präsident von Hohenhau weiter: „Die geplante Verschuldung ist exorbitant, gefährdet die finanzielle Stabilität und nimmt uns die Handlungsfähigkeit in der Zukunft. Ich warne deshalb ausdrücklich vor diesen langfristigen Zinslasten und potenziellen Steuererhöhungen. Statt neuer Schulden sollten Einsparungen und effizientere Investitionen priorisiert werden. Bürokratische Hürden verzögern Infrastrukturprojekte, daher braucht es ein ‚Investitionsbeschleunigungsgesetz‘.“

Der Bund der Steuerzahler zeigt sinnvolle Gegenvorschläge auf: Einsparungen und Umschichtungen im Haushalt, die Privatisierung von Bundesvermögen und Nutzung von Goldreserven könnten Alternativen sein. Eine gemeinsame EU-Verteidigungspolitik könnte Kosten senken. Die militärische Effizienz sollte gesteigert werden, statt nur auf teure Waffensysteme zu setzen. Ukraine-Hilfen sollten stärker konditioniert und mit Gegengeschäften verknüpft werden. Transparenz und klare Tilgungspläne seien essenziell, um finanzielle Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Ein Politikwechsel sei notwendig, um langfristige wirtschaftliche Stabilität zu sichern.

Weitere Vorschläge siehe: <https://steuerzahler.de/bayern/presseinbayern/news/statement-zum-geplanten-schuldenpaket-der-groko/>



Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich mit Rose Marie Wenzel.

Bild: Bezirk Niederbayern, Manuela Lang

schäftigte), sondern ist auch seit fast 30 Jahren Bezirksvorsitzende des Dehoga (Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband) in Niederbayern.

„Seit ich Bezirksvorsitzende bin, hat die Staatsregierung immer mehr Vereinsheime gefördert – mittlerweile in einem Ausmaß, dass es in manchen Orten mehrere Vereinsheime gibt, aber keinen Wirt mehr“, blickt Wenzel zurück. Die Folgen seien im ländlichen Raum auch in den Nachbarorten spürbar, wo sich Wirts-

die Pacht niedrig angesetzt, was wiederum den Wettbewerb verzerrt.“ Auch Olaf Heinrich sieht die Förderung von Bürgerhäusern skeptisch. „Das macht dort Sinn, wo sich die Bürger selbst mit Anteilen etwa in Form einer Genossenschaft einbringen und das Haus dann auch wirklich belebt ist.“ Es sei aber nicht in jedem Fall eine wirklich intensive Nutzung zu verzeichnen.

Folgenreich ist aus Sicht von Heinrich auch, dass immer mehr Firmen für ihre Mitarbeiter Kan-

BayernLB-Jahresergebnis 2024 übertrifft das Vorjahr

Mit solider Eigenkapitalausstattung für herausforderndes Umfeld gerüstet

Die BayernLB hat auf Basis vorläufiger Ergebniszahlen im Jahr 2024 ein Ergebnis vor Steuern von 1.579 Mio. Euro erreicht und damit das Vorjahr leicht übertroffen (Vj.: 1.441 Mio. Euro). Zum Jahresergebnis haben alle Segmente einen positiven Ergebnisbeitrag geleistet.

„Das Jahresergebnis 2024 haben wir mit einem ausgewogenen Geschäftsmodell und unserer starken Tochter DKB erzielt. Hilfreich dabei war für uns wie für die gesamte Branche der Rückenwind aus der Zinssituation. Mit unserer soliden Kapitalausstattung von mehr als 18 Prozent gehen wir gut gerüstet in geopolitisch und konjunkturell herausfordernde Zeiten und bleiben als verlässlicher Partner an der Seite unserer Kunden“, so Stephan Winkelmeier, CEO der BayernLB.

Der Zinsüberschuss des BayernLB-Konzerns lag bei 2.720 Mio. Euro (Vj.: 2.919 Mio. Euro), wobei der Wert wesentlich durch das Einlagengeschäft der DKB begünstigt war. Der Provisionsüberschuss stieg auf 531 Mio. Euro (Vj.: 473 Mio. Euro) und war geprägt durch Erträge aus dem Kartengeschäft der DKB, dem Kreditgeschäft im Konzern sowie dem Fondsgeschäft der Asset-Management-Gesellschaften.

Aufgrund der anhaltenden konjunkturellen Schwäche insbesondere im Heimatmarkt Deutschland sowie der zögerlichen Entwicklung auf den Immobilienmärkten bildete der BayernLB-Konzern mit -491 Mio. Euro deutlich mehr Risikoversorge als im Vorjahr. Bei der Bay-

ernLB wurde Risikovorsorge vor allem im Geschäftsfeld Immobilien gebildet, was im Wesentlichen auf Einzelfälle bei Projektentwicklungen in Deutschland und Bestandsbüroimmobilien in den USA zurückzuführen ist. Zuführungen bei der DKB betrafen sowohl den Bereich „Privatkunden“ als auch Einzelfälle im Bereich „Geschäftskunden“. Die NPL-Quote, die den Anteil notleidender Kredite am Gesamtkreditvolumen abbildet, erhöhte sich dadurch auf 1,2 Prozent (Vj.: 0,9 Prozent).

Das Fair-Value-Ergebnis stieg auf 360 Mio. Euro (Vj.: 226 Mio. Euro) und war unter anderem geprägt vom Geschäft mit Emissionszertifikaten und mit Edelmetallen. Die sonstigen Ergebnisbestandteile betrugen 159 Mio. Euro (Vj.: -159 Mio. Euro) und wurden von außerordentlichen Ergebniseffekten, u.a. Beitragserstattungen und Rückstellungsaufhebungen, begünstigt. Das negative Ergebnis im Vorjahr ging insbesondere auf Belastungen aus dem Abbau von Non-Core Portfolien sowie aus Wertpapier- und Zinssicherungsgeschäften aufgrund des Zinsanstiegs zurück.

Der Verwaltungsaufwand des BayernLB-Konzerns blieb mit 1.602 Mio. Euro stabil (2023: 1.617 Mio. Euro). Die Aufwän-

de aus Bankenabgabe und Einlagensicherung reduzierten sich im Konzern auf 51 Mio. Euro (Vj.: 128 Mio. Euro). Dies entspricht den Pflichtbeiträgen zur Einlagensicherung i.H.v. 51 Mio. Euro (Vj.: 58 Mio. Euro), da durch das bereits geleistete Beitragsvolumen die Bankenabgabe wegfiel.

Die Bilanzsumme des BayernLB-Konzerns lag bei 267,7 Mrd. Euro (31.12.2023: 273,4 Mrd. Euro). Die risikogewichteten Aktiva (RWA) stiegen aufgrund von strategischem Wachstum und vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung auf 70,0 Mrd. Euro (31.12.2023: 64,5 Mrd. Euro).

Der Konzern verfügt mit einer CET1-Quote von 18,6 Prozent (31.12.2023: 19,3 Prozent) weiterhin über eine auch im Branchenvergleich solide Kapitalausstattung.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) verbesserte sich im Jahr 2024 auf 42,5 Prozent (Vj.: 46,8 Prozent), während die Eigenkapitalrentabilität (RoE) 12,8 Prozent betrug (Vj.: 12,7 Prozent).

Für das Jahr 2025 erwartet der BayernLB-Konzern ein Ergebnis vor Steuern von mehr als einer Milliarde Euro. Die Prognose ist angesichts hoher geopolitischer Risiken sowie der Inflations- und Zinsentwicklung mit einem erhöhten Maß an Unsicherheit behaftet.

Weitere Details werden im Rahmen der Bilanzpressekonferenz am 11. April veröffentlicht.



www.pluspunktrente.de

Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der PlusPunktRente!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand



Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!

Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.



BVK Bayerische Versorgungskammer
Zusatzversorgung



Jetzt anmelden!
UNSER NEWSLETTER
www.bvk-zv.de/Newsletter



Jetzt lesen!
UNSER MAGAZIN
www.bestens-abgesichert.de



Folgen Sie uns!
UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS
[bvkgk.de](https://www.bvkgk.de)

Bayerische Sparkassen 2024:

Jahr der Normalisierung und Stabilität

Vergangenes Jahr haben die 56 bayerischen Sparkassen ihre Erträge weiter stabilisiert. „Damit können sie ihre Rolle als Finanzierungspartner Nummer eins in den bayerischen Regionen weiterhin zuverlässig ausfüllen“, stellte Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, bei der Präsentation der Geschäftsergebnisse 2024 in München fest.

Nachdem der massive Einlagenzustrom der Negativzinsjahre 2023 unterbrochen wurde, nahmen die Einlagen 2024 insgesamt wieder um 3,6 Prozent auf 203,4 Mrd. Euro zu. Über 80 Prozent davon kommen von privaten Kunden, die sogar 3,9 Prozent mehr bei ihren Sparkassen einlegten und jetzt für einen Einlagenbestand von 154,9 Mrd. Euro stehen. Dießl zeigte sich erfreut, dass die Menschen ihrer Sparkasse wieder deutlich mehr Anlagen anvertrauen: „Das sind Mittel aus der Region, die wir wieder in der Region für Kredite einsetzen. Damit bleibt der regionale Geldkreislauf in Schwung.“

Ein Großteil der Einlagen floss in Termingelder und Eigenemissionen (Festgeld, Spareinlage und Sparbrief), doch auch die Sichteinlagen stiegen wieder leicht an (2024: +1,9 Prozent, 2023: -12,1 Prozent). Spareinlagen hingegen wurden auch 2024 wieder reduziert (-3,3 Mrd. Euro), allerdings nicht mehr im selben Ausmaß wie 2023 (-7,1 Mrd. Euro).

Zuwachs beim Wertpapiergeschäft

Fortgesetzt hat sich auch das Wachstum des Wertpapiergeschäfts: Der Umsatz im Kundenwertpapiergeschäft stieg um 22,3 Prozent auf 36,6 Mrd. Euro. Gehandelt wurden vor allem festverzinsliche Wertpapiere und erstmals wieder vermehrt Investmentfonds (+37,9 Prozent). Trotz hoher Lebenshaltungskosten bildeten die Kunden im vergangenen Jahr 9,5 Mrd. Euro an neuem Geldvermögen, davon 8,1 Mrd. bei privaten Kunden (+248 Prozent). Der Einlagenüberhang der bayerischen Sparkassen wuchs 2024 auf nunmehr 32 Mrd. Euro. Damit konnten sie auch im dritten Jahr nach der Zinswende wieder

steigende Zinserträge erzielen. Der Kreditbestand nahm leicht zu (+0,9 Prozent auf 171,8 Mrd. Euro), aufgrund der wirtschaftlichen Stagnation in Deutschland gehört das Kreditjahr 2024 aber mit dem vorigen zu den schwächsten der vergangenen 15 Jahre. Die Zinswende in 2022 und die wirtschaftliche Unsicherheit im Jahr darauf hatten zu geringerer Darlehensnachfrage geführt, was zusammen mit anstehenden Tilgungen ein verlangsamtes Wachstum im Kreditbestand nach sich zieht.

Das Kreditneugeschäft erholte sich 2024 leicht: Nach einem Einbruch um knapp ein Drittel (-32,2 Prozent) im Jahr 2023 wuchsen die Darlehenszusagen ausgehend von diesem niedrigen Niveau um 7,3 Prozent. Die Darlehenszusagen an Unternehmen und Selbstständige, die über die Hälfte der Neukredite ausmachen, nahmen dabei um nur 0,2 Prozent zu, sie betrugen 14 Mrd. Euro. Im Neugeschäft mit privaten Kunden zeigt sich hingegen ein Zuwachs von 20,7 Prozent (2023: -41,6 Prozent).

Trendwende im Immobiliengeschäft

Eine leichte Trendwende erlebte 2024 das Immobiliengeschäft der bayerischen Sparkassen: Ausgehend vom niedrigen Niveau der Vorjahre (2023: -43 Prozent, 2022: -12 Prozent) wurden insgesamt 21,7 Prozent mehr Wohnungsbaufinanzierungen abgeschlossen als 2023, davon fast zwei Drittel von Privatkunden. Der größte Teil fließt allerdings nicht in den Neubau, sondern in den Erwerb und die Sanierung von Immobilien.

SVB-Präsident Dießl zufolge „liegt hier eine große gesellschaftspolitische Verantwortung für die neue Bundesregierung:

Die Zahl der Baugenehmigungen ist 2024 wieder gesunken, mit Blick auf den Wohnungsmarkt und die Altersvorsorge muss die Wohneigentumsquote in Deutschland aber steigen. Die Förderung des Wohnungsbaus und der Abbau von Bürokratie sollten weit vorne auf der Agenda stehen. Die Standards und infolgedessen die Kosten müssen sinken – ein Neubau mit etwas geringeren Klimaschutzstandards dürfte oft mehr bringen als so mancher wenig sanierter Altbau.“

Nach einem Jahrzehnt der Null- bis Negativzinsen stabilisierte sich der Zinsüberschuss auf einem auskömmlichen Niveau (-1,8 Prozent nach +33 Prozent in 2023). Das deutliche Wachstum im Provisionsüberschuss von 6,5 Prozent wurde allein durch einen Anstieg im Verwaltungsaufwand verbraucht. Die Cost-Income-Ratio stieg leicht auf 53,1 Prozent (2023: 51,2 Prozent). Nicht erreicht wurde 2024 mit 2,97 Mrd. Euro das 2023 erzielte Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 3,065 Mrd. Euro. Die Bilanzsumme erhöhte sich von rund 254,9 (2023) auf 260,5 Milliarden Euro (+ 2,2 Prozent).

Stabile Partner

Matthias Dießl ordnete das „gut auskömmliche Ergebnis“ als wichtigen Schritt für die kommunal getragenen Sparkassen in Bayern ein: „Unsere mittelständischen Kunden müssen wissen, dass sie in uns stabile Partner haben, die ihnen in Transformations- und Stagnationszeiten den Rücken stärken können. Gerade für die kommende Zeit liegt hier ein Schwerpunkt unserer Arbeit und wir werden diese Aufgabe erfüllen.“ Besonders bedeutsam werde das Ergebnis mit Blick auf die finanzielle Resilienz und Krisenvorsorge der Sparkassen. Angesichts der aktuellen hohen makroökonomischen und geopolitischen Unsicherheiten hätten auch die BaFin und die Deutsche Bundesbank die deut-

schen Kreditinstitute nachdrücklich dazu aufgefordert, ihre Widerstandsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern. Dazu gehöre auch, die verbesserte Ertragslage weiterhin für eine angemessene Risikovorsorge zu nutzen und die Mittel nicht anderweitig zu verwenden.

Der Aufbau von Eigenkapital sei daher jetzt schon deshalb notwendig, um dem unsicheren Marktumfeld – voraussichtlich sinkende Zinsergebnisse und rezessionsbedingte Kreditausfälle – begegnen zu können. Hinzu kämen kontinuierlich ansteigende bankaufsichtsrechtliche Eigenmittelanforderungen wie die Erhöhung der Kapitalanforderungen durch Basel III/CRR III seit Jahresbeginn 2025.

Geringere Kreditvergabe

Die Verschärfungen der Bankenaufsicht belasten laut Dießl potenziell die Kreditvergabe, denn aufsichtsrechtliche Kapitalquoten und die vorgeschriebene Eigenmittelbindung für Kredite wirkten sich hier direkt aus. Insgesamt würden sie eine potenziell geringere Kreditvergabe von rund 50 Milliarden Euro bedeuten. Eigenkapital werde also immer mehr zum Engpassfaktor. Deshalb warnte der SVB-Präsident: „Vor diesem Hintergrund müssen wir die aktuelle Ertragslage dringend zu Stärkung des Eigenkapitals nutzen, damit wir auch künftig Kreditklemmen ausschließen können. Sparkassen müssen ihre Rolle als stabile und verlässliche Finanzpartner weiter festigen, sowohl für die mittelständische Wirtschaft als auch für die Privatkunden ihrer Heimatregion.“

Modern, flexibel, nahbar

Dass die bayerischen Sparkassen nach wie vor trotz zunehmendem Mobile- und Online-Banking modern, flexibel und nahbar seien, darauf verwies Stefan Proßer, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern. Jährlich investierten die Kreditinstitute mindestens 50 Mio. Euro in ihr Geschäftsstellennetz, für 2025 seien sogar Investitionen von deutlich mehr als 70 Mio. Euro geplant. Dazu zählten jährlich ca. 10 neu gestaltete Geschäftsstellen und Beratungscenter, bis zu 10 komplett neue SB-Fillialen, Geldautomatenstandorte sowie über 20 Renovierungen bestehender Geschäftsstellen.

Darüber hinaus würden im Zahlungsverkehr Innovationen vorangetrieben, die ihren Kunden zeitgemäße Bezahlverfahren sichern. Als aktuelle Neuerung nannte Proßer die Einführung des europäischen Bezahlsystems Wero (European Payments Initiative), mit dem in Echtzeit Geld gesendet und empfangen werden kann. Im Juli 2024 wurde Wero für P2P-Zahlungen gestartet, zur Jahresmitte 2025 ist die Freischaltung weiterer Funktionalitäten wie E- und M-Commerce geplant. „Mit

se Amberg, damals noch „Bezirkssparkasse“, wurden am 17.05.1843 genehmigt. Die Eröffnung fand vermutlich im Dezember 1843 statt. Im Laufe der Zeit kamen 17 Zweigstellen hinzu.

Gemeinwohlorientierung und regionale Verbundenheit

Die Stadt- und Kreissparkasse Sulzbach-Rosenberg, früher auch „Stadtsparkasse“ und „Stadt- und Bezirkssparkasse“ genannt, wurde am 14. oder 21. November 1825 ihrer Bestimmung übergeben. Im Unterschied zur Stadtsparkasse Amberg waren in Sulzbach nur die „minderbemittelten Einwohnerklassen“ und Kinder der „hiesi-

Wero bauen wir bereits ein europaweit funktionierendes sicheres Zahlungssystem auf“, ergänzte Präsident Dießl. „Insofern sehen wir keinen Nutzen eines Digitalen Euro für Endkunden, der letztlich auch nur genauso als digitales Zahlungssystem dienen würde. Die EZB sollte nicht als Aufsicht und Marktteilnehmerin gleichzeitig agieren.“

Im laufenden Jahr 2025 erwarten die bayerischen Sparkassen ein stabiles operatives Geschäft. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Wirtschaftslage dürfte allerdings abermals eine wachsende Risikovorsorge erforderlich werden, hob Dießl hervor. Nach der Neuwahl des Deutschen Bundestags seien jetzt verlässliche Rahmenbedingungen und ein politischer Aufbruch unabdingbar. Deutschland stehe vor großen Aufgaben, die nur im engen Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Banken bewältigt werden können.

Regulierung und Bürokratie abmildern

„Regulatorische Lasten, die unsere Kunden und die Wirtschaft insgesamt belasten, haben immer weiter zugenommen. Mit Blick auf unsere Leistungsfähigkeit in Europa und die Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft fordern die bayerischen Sparkassen neue Impulse: Regulierung, Bürokratie und die Eigenkapitalunterlegung von Krediten müssen überdacht und abgemildert werden. Denn die EU braucht massiven Kapitaleinsatz, um ihren Investitions- und Innovationsrückstand gegenüber den USA und China aufzuholen. Hierzu können und wollen die Sparkassen wesentliche Beiträge leisten, brauchen aber Bedingungen, die einen Vorwärtsschub zulassen“, unterstrich der SVB-Chef.

Angesichts der aktuellen Investitionszurückhaltung der Wirtschaft forderte er vor allem einen deutlich spürbaren Bürokratieabbau: „Bürokratie ist ein echtes Investitionshemmnis. Viele Mittelständler wären bereit, mehr unternehmerische Verantwortung zu übernehmen, werden aber durch fesselnde Bürokratie am Handeln gehindert. Mittlerweile wird das sogar in Brüssel so gesehen, die EU-Kommission sieht ein, dass sie mit ihrem ‚Mikromanagement‘ zu weit gegangen ist.“

Der Bürokratieaufwand belastete Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen. Gute Chancen für mehr Effizienz in der Wirtschaft sieht Dießl in der Omnibus-Initiative und dem Clean Industrial Deal der EU-Kommission: „Bürokratieabbau für europäische Unternehmen macht Europa handlungs- und wettbewerbsfähiger. Die Initiative kommt spät, aber als erster Schritt auf einem konsequenten Weg zur Entlastung der Unternehmen ist sie wichtig. Die Vereinfachungen sind sicher kein Kurzstreckenlauf, dürfen aber auch nicht zum Marathon

gen Einwohner“ zur Sparkasse zugelassen. Im Laufe der Jahre eröffnete die Stadt- und Kreissparkasse Sulzbach-Rosenberg 13 Zweigstellen und unterhielt zusätzlich eine fahrbare Filiale, mit der man 29 Ortschaften des Geschäftsbezirks bediente.

Fusion

Am 01. Mai 1994 fusionierten die Stadtsparkasse Amberg, die Kreissparkasse Amberg, die Stadt- und Kreissparkasse Sulzbach-Rosenberg und deren Gewährträger, der Landkreis Amberg-Sulzbach, die Stadt Amberg und die Stadt Sulzbach-Rosenberg, zur Sparkasse Amberg-Sulzbach. Ziel war es, die Kräfte zur Bewältigung

werden.“ Der Präsident merkte jedoch an, dass es weiterhin Handlungsbedarf gibt, um auch die Bankenregulierung besser mit dem ESG-Regelwerk in Einklang zu bringen.

Dießl betonte, dass die EU-Kommission konsequent bleiben müsse und die umfangreichen Erleichterungen nun auch in der Bankenregulierung Eingang finden müssten: „So ist die Umsetzung nicht nur eine Frage der Gesetzgebung, sondern insbesondere der Bankenaufsicht, deren Interpretation und Anwendung vor Ort in den Prüfungen. Andernfalls droht die Umsetzung der hohen Dokumentationspflichten unseres Mittelstands indirekt über die Anforderungen an die Kreditwirtschaft und deren Weitergabe an die Kunden.“

Private Altersvorsorge

Mit Blick auf die demografische Entwicklung plädierte Dießl für eine Reform der privaten Altersvorsorge. Mit einem staatlich geförderten privaten Altersvorsorgedepot, das es Bürgern ermögliche, kostengünstig in verschiedene Anlageformen zu investieren, könnten gleichzeitig die Kapitalmarktkultur in Deutschland gestärkt und Mittel für private Investitionen aufgebaut werden. Da das pAV-Reformgesetz jedoch völlig auf Eis liege, sollte die Gesetzesidee schnellstmöglich wieder aufgegriffen werden, um die steuerlich geförderte private Altersvorsorge langfristig auf ein stabiles Fundament zu stellen. Hinzukommen sollten weitere steuerliche Erleichterungen und speziell auch die staatliche Förderung privaten Wohneigentums.

EDIS-Vergemeinschaftung

Erneut griff Dießl auch die Haltung der deutschen Regionalbanken zu einer Vergemeinschaftung der Europäischen Einlagensicherung auf: „Wir werden nicht müde zu betonen, dass eine Vergemeinschaftung der EU-Einlagensicherung (EDIS) und damit vergemeinschaftete Risiken zu falschen Anreizen und einer Destabilisierung führt. Diese Haftungsgemeinschaft würde auch zu einer Einschränkung der Kreditvergabemöglichkeiten der Regionalbanken führen.“

Die nationalen und als Einlagensicherungssysteme anerkannten Institutssicherungssysteme der Regionalbanken verhinderten Abwicklungen und griffen, bevor europäische Mittel eingesetzt werden müssen. Weder ein europäisches Einlagensicherungssystem noch ein Abwicklungsregime (CMDI) kämen damit bei Sparkassen zum Tragen, machte Dießl deutlich und forderte: „Aufgebaute Mittel müssen im nationalen System bleiben, um die dezentrale Struktur zu stärken, denn Sparkassen sind ein unverzichtbarer Teil der kommenden Savings and Investments Union!“ **DK**

von Zukunftsaufgaben zu bündeln und die nachhaltige Versorgung der Bevölkerung, der heimischen Wirtschaft, des Handwerks, des Handels, der Landwirtschaft, der Industrie und der freien Berufe mit geld- und finanzwirtschaftlichen Leistungen durch eine vereinte, örtlich verwurzelte Sparkasse zu festigen.

Gleichzeitig fördert die Sparkasse Amberg-Sulzbach nicht nur das wirtschaftliche Leben, sondern engagiert sich auch im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. „Die Nähe der Sparkasse zu ihren Kunden und ihre Verbundenheit mit der Region waren, sind und bleiben ihre Stärke“, heißt es auf der Website des Kreditinstituts. **DK**

200 Jahre Sparkasse Amberg-Sulzbach

Festakt mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Unter dem Motto „200 Jahre mehr als nur Knete“ feierte die Sparkasse Amberg-Sulzbach ihr Jubiläum. Ehrengast war Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. Er würdigte die Sparkassen als die Bank für den Mittelstand und hob die Bedeutung der Wirtschaft für das Land hervor: „Wenn der Wohlstand wackelt, wackelt die Demokratie schneller als wir denken“, betonte Söder.

Grundprinzip der Solidität

Nach seinen Worten stehen Sparkassen für das „Grundprinzip der Solidität“. Ihre regionale Verankerung sichere die Nähe zu Sparern und Unternehmen. Durch das soziale Engagement unterstützten Sparkassen die Entwicklung der Region. Die Anbindung an den ländlichen Raum sei dabei besonders entscheidend. Sparkassen seien geprägt von Mittelstand, Handwerk, Handel und Familienbetrieben. Wie man bezahlt, sei eine Form von Freiheit – und dazu gehöre auch Bargeld. „Es soll als Zahlungsmittel erhalten bleiben“, machte Söder deutlich.

„Wir stehen für Vertrauen, Stabilität, Gemeinschaft und eine bunte Geschichte“, erklärte Thomas Pickel, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Amberg-Sulzbach. Vorstandsmitglied Sonja Kalb ergänzte: „Unsere Sparkasse hat es sich seit

jeder zur Aufgabe gemacht, für die Menschen in der Region da zu sein – als verlässliche Partnerin, Förderin und Begleiterin. Gemeinsam haben wir es geschafft, aus regionalen Wurzeln eine starke Basis für Innovation und Fortschritt zu schaffen. Mit diesem Fundament blicken wir voller Zuversicht in die Zukunft und freuen uns darauf, unsere Heimat weiterhin aktiv mitzugestalten.“

Bewährtes Universalkreditinstitut

Seit 1825 hat sich die Sparkasse Amberg-Sulzbach behauptet und bewährt. Längst ist aus dem „Einmannbetrieb“ ein modernes und leistungsfähiges Finanzunternehmen entstanden. Die Geschäfte haben sich von der bloßen Entgegennahme von Spareinlagen zu denen eines weit gefächerten Universalkreditinstitutes erweitert.

Staatsminister Glauber:

Leitplanken für Erfolgs- und Vorzeigeprojekte

Frohe Kunde für die Kommunen: Wie Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber in München mitteilte, sollen die Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas) nahtlos fortgeführt werden. Damit ist es weiterhin möglich, die Kommunen bei den Pflichtaufgaben Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu unterstützen.

Die neuen Richtlinien „RZWas 2025“ sollen zum 1. April 2025 in Kraft treten und bis 31. Dezember 2028 gelten. Im Kern sollen Fördersystematik und Förderverfahren beibehalten werden. Geplant ist, als wesentliche Neuerungen beispielsweise einen neuen Fördergegenstand für die interkommunale Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Betriebsführung einzuführen, um die Zusammenarbeit der Kommunen auszubauen und zusätzlich die Härtefall-schwellen im Raum mit besonderem Handlungsbedarf (RmbH) zu verändern. Dadurch wird für die Zukunft eine Verkürzung der Wartezeiten bei der Auszahlung erreicht.

Daneben soll die Förderpauschale für Verbundleitungen und Verbundkanäle auf einheitlich 200 Euro pro Meter angehoben werden bei einer gleichzeitigen Deckelung auf maximal 50 Prozent der Ausführungskosten. Die Anpassungen in der RZWas sollen helfen, die Auszahlungen weiter zu

beschleunigen. Dazu soll ebenfalls beitragen, dass im Bayerischen Finanzausgleichsgesetz 2025 für die Härtefallförderung der Schwerpunkt zugunsten der Wasserversorgungsanlagen verändert werden soll. Dadurch können statt bisher 66 Millionen Euro im Jahr 2025 bis zu 99 Millionen Euro investiert werden. Der Nachtragshaushalt wird vom Bayerischen Landtag beschlossen.

Glauber bezeichnete die RZWas als „absolutes Erfolgsprojekt“. Die Förderung sei ein wesentlicher Baustein für zukunftssichere Trink- und Abwasseranlagen überall in Bayern. Insbesondere für Kommunen im Raum mit besonderem Handlungsbedarf würden klare Leitplanken für die Förderung benötigt.

Die Förderung wasserwirtschaftlicher Projekte nach den Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWas) ist die bedeutendste Förderrichtlinie im Bereich des Umweltministeriums. Jährlich werden an die Kom-

munen im Freistaat bis zu 180 Millionen Euro an Zuwendungen für den nichtstaatlichen Wasserbau und für Härtefälle bei der Sanierung kommunaler Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie für Pilot- und Sonderprogramme bewilligt.

Zuwendungen zu RZWas

Laut Glauber sprechen die Ergebnisse der zurückliegenden vier Förderjahre für sich: „So wurde die Sanierung von über 1.000 Kilometern Wasserleitung und rund 600 Kilometern Abwasserkanälen gefördert. Wir haben die Kommunen beim erstmaligen Bau von rund 400 Kilometern Verbundleitungen zur Sicherstellung der Wasserversorgung in Trockenjahren unterstützt. Durch die Härtefallförderung wurden Investitionen von über 1,9 Milliarden Euro angestoßen. Die neuen Förderrichtlinien sollen dieses hohe Niveau erhalten.“

Der Entwurf der RZWas 2025 wird derzeit bis Anfang Februar 2025 mit den Kommunalen Spitzenverbänden und Fachverbänden abgestimmt. Die bisherigen RZWas aus dem Jahr 2021 sind bis 31. März 2025 befristet.

Nach Angaben des Bayerischen

gen vorgestellt. Insbesondere Untersuchungen zu Fischwanderung mittels Radiotelemetrie, Ergebnisse der Illerstrategie, Populationsansatz und Habitatsgestaltung sowie Mortalitäts- und Sensorfisch-Untersuchungen an Wasserkraftanlagen. Die rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter Wissenschaftler, Vertreter von Fachbehörden, Wasserkraftbetreiber sowie Umwelt- und Naturschutzorganisationen, diskutierten über die praktischen Herausforderungen und Chancen bei der Umsetzung von Fischschutzmaßnahmen.

„Erneuerbare Energien haben herausragende Bedeutung. Um das überragende öffentliche Interesse an der erneuerbaren Energieerzeugung mit dem Gewässerschutz zu vereinen, ist der Austausch zwischen Forschung, Praxis und Behörden essenziell“, so Christian Leeb vom Bayerischen Umweltministerium, der dort für wasserwirtschaftliche Themen der Wasserkraft zuständig ist. □

Umweltministeriums fördert der Freistaat Bayern zudem am Klärwerk Augsburg den Bau einer vierten Reinigungsstufe zur Elimination von Spurenstoffen mit bis zu 19,8 Millionen Euro. Minister Glauber übergab hierzu in der Fuggerstadt den entsprechenden Förderbescheid. Um die Abwasserreinigung immer weiter zu verbessern, setzt Bayern Glauber zufolge auf die Erforschung und Einführung innovativer Techniken. Dafür arbeiten Freistaat und Kommunen Hand in Hand. Mit einem Förderprogramm würden besonders relevante Kläranlagen unterstützt. Durch den Bau einer vierten Reinigungsstufe werde das Augsburger Klärwerk weiterhin zu Deutschlands modernsten Kläranlagen gehören. „Sauberes Wasser ist jeden investierten Euro wert“, so der Minister.

Von den rund 2.300 Kläranlagen in Bayern sollen derzeit noch auf freiwilliger Basis etwa 90 strategisch ausgewählte Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe nachgerüstet werden. 13 Kläranlagen, darunter das Augsburger Klärwerk, wurden als besonders relevant identifiziert. Die etwa 90 Anlagen wurden nach fachlichen Gesichtspunkten anhand ihrer Ausbaugröße, des Abwasseranteils im Gewässer und einer möglichen Relevanz für Trinkwasser-einzugsgebiete ausgewählt. Nach Umsetzung der EU-Kommunalrichtlinie in deutsches Recht wird die vierte Reinigungsstufe für zahlreiche Kläranlagen verpflichtend werden.

Im Ergebnis können mit nur 4 Prozent der Kläranlagen 40 Prozent des bayerischen Abwassers weitestgehend gereinigt werden. Einen Zuwendungsbescheid für den Bau einer vierten Reinigungsstufe haben bereits die Städte Lindau, Erlangen, Schweinfurt und Ansbach erhalten. Die im Jahr 2017 in Weißenburg in Betrieb genommene Pilotanlage läuft mittlerweile im Regelbetrieb. Die Nachrüstung der größeren Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe passt zur bayerischen Strategie „Wasserzukunft Bayern 2050“.

Rund 1,8 Milliarden Kubikmeter Abwasser werden in Bayerns kommunalen Kläranlagen jährlich gereinigt. Die vierte Reinigungsstufe nutzt fortschrittliche Behandlungstechnologien, die mit breiter Wirkung verbliebene Spurenstoffe weitestgehend entfernen.

Der Bund hat bislang keine verpflichtenden Vorgaben für den Bau vierter Reinigungsstufen erlassen. Die Nachrüstung von Kläranlagen durch die Betreiber ist daher bislang eine freiwillige Investition für eine gute Gewässerqualität. **DK**

DWA-Forderungen an eine neue Bundesregierung

Forderungen im Zusammenhang mit der Klimafolgenanpassung und der Umsetzung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie bilden die Schwerpunkte eines Positionspapiers, mit dem sich die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall an eine neue Bundesregierung wendet. „Der Klimaschutz muss ambitioniert fortgesetzt werden. Die Wasserwirtschaft benötigt für den Schutz unserer zentralen Lebensgrundlagen und für die Klimafolgenanpassung unserer Siedlungsräume und Infrastrukturen Planungssicherheit und eine angemessene Finanzausstattung. Dabei gilt es, einfache Lösungen zu finden und Bürokratie abzubauen“, betont die DWA.

„Weil wir rechtzeitig für die Folgen einer global verzögerten Klimaschutzpolitik gerüstet sein müssen“, ist aus Sicht des Verbandes eine Gemeinschaftsaufgabe Klimafolgenanpassung im Grundgesetz wichtig, damit eine effektive Klimaanpassung von Bund, Ländern und Kommunen aus einem Guss mit der notwendigen Finanzausstattung gelingen kann.

Eine an den Klimawandel angepasste Überflutungsvorsorge bedürfe eines rechtlich verpflichtenden Starkregenrisikomanagements nach bundeseinheitlichen Bewertungsstandards, das in die Bauleitplanung eingebunden ist. Dies müsse in einem Hochwasserschutzgesetz III und in einer Anpassung des Baugesetzbuchs zum Ausdruck kommen, die rasch verabschiedet werden sollten.

Wasserbewusste Stadtentwicklung

„Die wasserbewusste Stadtentwicklung mit einer blau-grünen Infrastruktur muss als Leitbild einer modernen Stadtplanung flächendeckend umgesetzt und in Bauleitplanung und Raumordnung integriert werden“, heißt es weiter. „Die Vorsorge gegen Überflutungen, Dürre und Trockenheit erfordert einen besseren Wasserrückhalt in der Landschaft, die Regeneration des Landschaftswasserhaushalts mit Flächenentsiegelungen und auch eine ökologische Gewässerentwicklung. Zentral ist zudem die Verminderung von Nutzungskonflikten.“

Für einen zukunftsweisenden europäischen Gewässerschutz und zum Erreichen der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie seien anspruchsvolle Vorgaben erforderlich. Die EU-Kommunalabwasserrichtlinie müsse ohne deutsche Sonderwege bundeseinheitlich und fristgerecht in nationales Recht überführt werden. Die Überwachungsmethodik zur Einhaltung dieser Vorgaben gehöre jetzt einheitlich, damit eine bessere europarechtliche Vergleichbarkeit der Anforderungen hergestellt wird.

Eine erweiterte Herstellerverantwortung für Stoffe, die bei ih-

rer bestimmungsgemäßen Verwendung Probleme in Gewässern verursachen, sei nun rechtskonform praxistauglich und rechtzeitig umzusetzen, damit die Produzenten und Inverkehrbringer dieser Stoffe eigene Anstrengungen unternehmen, um diese Gewässereinträge zu vermeiden, macht die DWA deutlich.

Wasserwiederverwendung von gereinigtem und anschließend besonders aufbereitetem Abwasser solle nach der nationalen Wasserstrategie und auch nach der europäischen EU-Kommunalabwasserrichtlinie gefördert werden. Die EU-Wasserwiederverwendungsverordnung gelte bereits, nationale Anpassungen seien aber notwendig. „Die neue Bundesregierung muss dieses Instrument nun rechtlich zur Verfügung stellen, damit es dort, wo es ökologisch und hygienisch möglich ist, in Zeiten des Klimawandels in der Praxis eingesetzt werden kann.“

Nitratbelastung

Ein Problem für den Grundwasserschutz ist nach wie vor die Nitratbelastung. Um die Nitratreinträge weiter zu senken, plädiert der Verband für ein angepasstes Düngerecht mit einer Stoffstrombilanz und einem konsequenten Monitoring.

Mit sog. Reallaboren werde in der Wasserwirtschaft an einigen Orten wichtige Grundlagenforschung betrieben, die beispielhaft für praxistaugliche Innovationsförderung sein kann. Dies habe Vorbildcharakter und sollte von der Politik unterstützt werden. Experimentierklauseln sollten grundsätzlich eingeführt werden, um Neues ausprobieren zu können.

Um eine möglichst schlanke und einheitliche Berichterstattung zu ermöglichen, „müssen europäische Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten in einem deutschen Umsetzungs-gesetz gebündelt werden“, heißt es abschließend. „Die Wasserwirtschaft hat einen Leitfadens erarbeitet, der eine möglichst unbürokratische Umsetzung sicherstellt. Dieser sollte auf europäischer Ebene Anerkennung finden.“ **DK**

Workshop in Augsburg:

Ökologie und Wasserkraft an großen Gewässern

Wie lassen sich Ökologie und Wasserkraft an großen Gewässern vereinen? Das war das zentrale Thema des Workshops „Ökologie und Wasserkraft an großen Gewässern“, der Ende Februar bereits zum vierten Mal in Augsburg stattfand. Die Veranstaltungsreihe geht auf das Eckpunktepapier „Nachhaltige Wasserkraftnutzung an staatlichen Gewässern in Bayern“ zurück. Dieses ermöglicht eine Nutzung der Wasserkraft, die sowohl die Belange der Wasserwirtschaft und des Naturschutzes als auch die bayerische Klimaschutz- und Energiepolitik berücksichtigt.

Organisiert wurde die zweiteilige Fachtagung von LEW Wasserkraft, Uniper und Verbund, unterstützt vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz sowie vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie. Ziel der Veranstaltung war es, aktuelle Forschungsergebnisse zur Fischwanderung, zum Fischschutz und zu den Auswirkungen von Wasserkraftanlagen auf Fischpopulationen im Donaueinzugsgebiet zu präsentieren und zu diskutieren. Dadurch sollen ein gemeinsames Verständnis hinsichtlich einer effizienten Maßnahmenplanung und -umsetzung an großen Wasserkraftanlagen im

alpinen Raum entwickelt und mögliche Lösungsansätze aufgezeigt werden, um daraus strategische Empfehlungen abzuleiten.

Studien und Modellierungen

„Die Wasserkraft ist ein wichtiger Baustein der erneuerbaren Energieversorgung. Gleichzeitig gilt es, die ökologische Funktionsfähigkeit unserer Fließgewässer zu bewahren. Wissenschaftliche Erkenntnisse helfen dabei, geeignete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen“, erklärte Herfried Harreiter, Verbund Hydro Power.

In mehreren Vortragsblöcken und Arbeitsgruppen wurden aktuelle Studien und Modellierung-

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

TV BAYERN LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL BAYERN

Sonntag, 17:00 Uhr auf allen 14 Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen gibt es auch auf **RTL+**

www.tvbayernlive.de

Bayerns Neuzugänge in der Denkmalliste:

Vielgestaltiges Erbe

Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege hat die diesjährigen Neuzugänge in der Denkmalliste bekanntgegeben. Sie zeigen laut Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Matthias Pfeil, Leiter des BLFD, wie vielgestaltig das kulturelle Erbe des Freistaats ist. Insgesamt sind in der Denkmalliste mehr als 109.000 Bau- und Kunstdenkmäler verzeichnet.

Zu den „Neuankömmlingen“ zählt in der Landeshauptstadt München die ehemalige Nähmaschinenfabrik Strobel & Söhne auf der Schwanthalerhöhe. Das Fabrikgebäude ist laut BLFD ein eindrückliches und seltenes Beispiel der Nachkriegsmoderne im Industriebau in München. Es gibt Zeugnis von der Industriegeschichte Münchens an diesem Ort, insbesondere der über 70 Jahre währenden Nähmaschinenproduktion des Unternehmens.

Eine ehemalige Tankstelle in Garmisch-Partenkirchen erzählt von Aufschwung der 1950er Jahre und der aufkommenden Reiselust der wachsenden Autonations Deutschland. Mit ihrem eleganten Flugdach und der zeitypischen Pilzstütze vertritt sie die moderne, amerikanisch geprägte automobilen Architektursprache der 1950er Jahre. Damit ist sie ein Denkmal mit Seltenheitswert. Durch den guten Überlieferungszustand hat die Tankstelle mit Werkstatt und rückseitiger Garage für den Denkmalschutz hohe geschichtliche Bedeutung.

Ein wertvolles Zeugnis des evangelischen Kirchenbaus der Nachkriegszeit ist die ehemali-

ge evangelisch-lutherische Versöhnungskirche in Geretsried, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Der als Gemeindezentrum mit Hauskapelle entworfene Bau mit seinen verbundenen Raummodulen stellt bayernweit eine Besonderheit im Baubestand dar. Hinzu kommt, dass der Bau auch stadt- und ortsgeschichtlich stark in regionalem Kontext verortet werden kann. Der modulare, schnell zu errichtende und variable Entwurf steht in der Tradition der ersten Bunker- und Notkirchen, die nach dem Zweiten Weltkrieg für die 1950 auf dem Gelände zweier ehemaliger Munitionsfabriken konstituierte Stadt Geretsried entstanden waren.

Nordfriedhof in Landshut

Ostbayerische Neuzugänge in der Denkmalliste sind u.a. der Nordfriedhof der Stadt Landshut und das Feuerwehrgerätehaus in Vornbach (Landkreis Passau). Der Ende der 1960er Jahre angelegte Friedhof in der niederbayerischen Regierungshauptstadt ist bis heute nahezu unverändert erhalten. Als Vorbild diente den Planern die neue Aussegnungshalle mit Fried-

hofsverwaltung auf dem Münchner Waldfriedhof. Die Gesamtanlage zeigt sich in ihrer Schlichtheit und Würde bis ins Detail stringent durchgestaltet.

Feuerwehrgerätehaus in Vornbach

Das im Jahre 1893 erbaute Feuerwehrgerätehaus in Vornbach gilt als qualitativ gestaltetes Zeugnis des ländlichen Feuerwehrhausbaus im späten 19. Jahrhundert. Der Bauplatz befand sich auf dem Grundstück der ehemaligen Benediktinerabtei. Anlass für den Bau war die Gründung einer freiwilligen Feuerwehr in Vornbach im Jahre 1881. Damit fiel der Bau in eine Zeit zahlreicher Feuerwehrgründungen in Bayern in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das Gerätehaus mit seinem hohen, hölzernen Schlauchturm dokumentiert die ländliche Lebens- und Arbeitswelt und die Organisation dörflicher Gemeinschaft.

An der Stelle der heutigen Senfmühle in Frammersbach (Landkreis Main-Spessart) stand im späten Mittelalter ein Kupferhammer, der im Jahr 1686 durch einen Eisenhammer ersetzt wurde. Dieser wies sich im Zuge der Industrialisierung als unrentabel. Der damalige Eigentümer gründete daraufhin 1898 in der ungenutzten Mühle eine Fabrik zur Herstellung von Tafelsenf – mit großem Erfolg: Die Fabrik wurde zur be-

deutendsten Senffabrik im Königreich Bayern.

Das Kinderheim Marienheim in Rottendorf im Landkreis Würzburg wurde im Jahr 1925 auf Initiative des Orts Pfarrers Carl Schnabel errichtet und gilt als bedeutendes Zeugnis kirchlicher Sozialfürsorge zwischen den beiden Weltkriegen. Das Gebäude besitzt einen Saaltrakt mit integrierter Bühne für Veranstaltungen, mehrere Gruppenräume, eine Hauskapelle sowie eine ehemalige Schwesternwohnung. Der Stuck im Hauptsaal stellt spielende Kinder dar. Der kunstvoll gestaltete Garten ist von einer Mauer umfasst, die mit in Stein gearbeiteten Reliefs von Kindern geschmückt ist. Trotz Beschädigungen im Zweiten Weltkrieg und Modernisierungsmaßnahmen im Jahr 1952 sind wesentliche Elemente der ursprünglichen Gestaltung erhalten geblieben, darunter unter anderem die zentrale Haupteinfahrtstreppe, Deckenspiegel, eine Kassettendecke im Erdgeschoss und Teile der Ausstattung der Kapelle.

Hotelturm in Augsburg

Zehn Monate Bauzeit für den Rohbau, 35 Geschosse, 115 Meter Höhe: Der Hotelturm im Augsburger Wittelsbacher Park ist ein Bauwerk der Superlative. Schon zu seiner Entstehungszeit war er höchstes Turnhotel Europas, höchstes Wohngebäude Deutschlands und bis zum Jahr 2000 höchstes Hochhaus Bayerns. Noch heute ist er das höchste Gebäude im Raum Augsburg und – mit der Aufnahme in die Bayerische Denkmalliste im Dezember 2024 – das höchste bewohnte Baudenkmal im Freistaat. 1969 hatten die Architekten erste Pläne für das neue Gebäude vorgelegt, 1971 wurde das Bauvorhaben von der Augsburger Stadtverwaltung genehmigt und nur ein Jahr später war der Hotel- und Apartmentturm bezugsfertig.

Der Bergfriedhof in Lindenberg, Landkreis Lindau, wurde 1971 eröffnet und wird bis heute als städtischer Bestattungsort genutzt. Der Friedhof ist harmonisch in die Geländetopographie eingebettet, das hügelige und teilweise modellierte Terrain wird von geschwungenen Wegen durchzogen. Im Zentrum der Anlage befinden sich die Aussegnungshalle mit sichelförmigem Grundriss, ein markanter Glockenturm und eine Brunnenanlage, für deren Bau natürliche Materialien aus der Region verwendet wurden. Wesentlich für die Friedhofsanlage ist der bewusste Verzicht auf eine Einfassung der einzelnen Gräber. Städtebaulich prägt die Ansicht des exponierten Bergfriedhofs das Stadtbild von Lindenberg. Die Friedhofsanlage repräsentiert die für die 1960er und 1970er Jahre typische Verbindung von Landschaftsarchitektur und Baukunst.

Ehemalige Offizierssiedlung in Marktbergel

Als Zeugin der jüngeren Geschichte Mittelfrankens von Bedeutung ist die sogenannte Munitionssiedlung in Marktbergel im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim. Die ehemalige Offizierssiedlung mit sieben erhaltenen von ursprünglich acht Wohnhäusern war im Jahr 1936 auf Befehl der nationalsozialistischen Gewaltherrscher erbaut worden. Sie war Teil der im selben Jahr gebauten Lufthauptmunitionsanstalt 1/XIII Oberdachstetten, der größten Luftwaffen-Munitionsfabrik in Süddeutschland. Nachdem im April 1945 die US-Armee das gesamte Militärgelände kampflos eingenommen hatte, zogen US-amerikanische Offiziere in die Häuser ein. Die Amerikaner blieben bis ins Jahr 2006; seither stehen die Häuser leer. Durch ihre sachliche Architektursprache sind die Gebäude nicht nur geschichtlich, sondern auch baukünstlerisch bedeutsam.

Sportstätte in Hof

Die Sportstätte Grüne Au in Hof entstand im Jahr 1913. Um an die sportlichen Erfolge vor dem Krieg wieder anzuknüpfen, wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Fußballsport in Hof wieder aufgenommen und die Sportfläche Grüne Au reaktiviert. In den Jahren 1948 bis 1949 entstand die im Jahr 2024 neu in die Denkmalliste aufgenommene, 70 Meter lange Steh- und Sitzplatztribüne, eine Holzkonstruktion, die sich über einem Betonfundament erhebt und von einem Pultdach überspannt wird. Die unversehrt erhaltene Sitzplatztribüne ist der älteste Baukörper des Stadions und ein bedeutendes Zeugnis für den Wiederaufbau der oberfränkischen Stadt an der Saale.

Das Umspannwerk der Stadt Coburg wurde 1954 nach Entwürfen der Bayernwerk AG München errichtet. Die stark wachsenden Gemeinden im Coburger Raum und der stetig steigende Energiebedarf, bedingt durch die zunehmende Technisierung der Haushalte, machte eine Verstärkung des Stromnetzes notwendig. Die sachliche Gestaltung und die architektonische Klarheit sind typisch für das moderne Bauen in dieser Epoche. Trotz technischer Modernisierungen im Laufe der Jahre blieb das Umspannwerk mitsamt den Nebengebäuden in seiner ursprünglichen Form erhalten und ist somit ein Zeugnis des nach dem Zweiten Weltkrieg erforderlichen Ausbaus der Elektrifizierung.

DK



V.l.: Franz Xaver Peteranderl (Präsident Handwerkskammer für München und Oberbayern), Professor Heinrich Köster, Oberbürgermeister Christian Hümmer, Wissenschaftsminister Markus Blume, Frank Hämmerlein (Leiter IHK-Akademie Rosenheim-Traunstein) und Landrat Siegfried Walch.

Bild: Landratsamt Traunstein/Christoph Leonhardt

Traunstein:

Offizieller Baubeginn für neuen Campus Chiemgau

In Anwesenheit von Bayerns Wissenschaftsminister Markus Blume und Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber wurde der Bau für den neuen Campus Chiemgau offiziell gestartet. In den nächsten Jahren entsteht am Bahnhofsgelände in Traunstein für etwa 100 Millionen Euro ein einzigartiges Bildungszentrum. Nach der Fertigstellung soll dort Platz für bis zu 600 Studierende sein. Darüber hinaus sind eine Skybar und ein studentisches Café sowie Flächen für die Zusammenarbeit mit Unternehmen und Start-Ups vorgesehen.

Seit dem Start im Jahr 2020 ist der Campus Chiemgau am Stadtplatz in Traunstein im Forum Chiemgau untergebracht. Die Zahl der Studierenden ist in den vergangenen Jahren rasant gewachsen, derzeit sind circa 280 junge Leute an diesem Standort der Technischen Hochschule Rosenheim eingeschrieben. Damit ist man an der Kapazitätsgrenze angelangt. Der Campus Chiemgau ist ein gemeinsames Projekt des Landkreises Traunstein, der TH Rosenheim, der IHK Akademie Traunstein sowie der Handwerkskammer für München und Oberbayern.

„Wir investieren in die Zukunft unserer Heimat“

„Dass sich der Campus so dynamisch entwickelt, freut uns sehr“, sagte Traunsteins Landrat Siegfried Walch. „Das Besondere an diesem Campus ist, dass hier Wissenschaft und Praxis eng zusammenarbeiten – in gemeinsamen Projekten, mit einem klaren Fokus auf die Verzahnung von akademischer und beruflicher Bildung.“ Die 100 Millionen Euro, die der Landkreis Traunstein in die Hand nimmt, seien sehr gut angelegtes Geld. „Wir investieren hier in erster Linie nicht in Gebäude, sondern in die Zukunft unserer Heimat“, so Walch.

Der Freistaat Bayern unterstützt den Bau des Campus Chiemgau mit 30 Millionen Euro. „Das besondere Konzept mit akademischer und beruflicher Bildung unter einem Dach bringt verschiedene Welten zusammen. Dieser innovative Ansatz hat uns überzeugt“, erläuterte Blume das finanzielle Engagement der Staatsregierung. Er glaube fest

daran, dass sich die Investition auszahlen werde, so der Staatsminister. An die Adresse der TH Rosenheim gerichtet sagte er: „Diese dynamische Hochschule hat ein Händchen dafür, Standorte im ländlichen Raum zu entwickeln. Das hat sich sowohl in Burghausen wie auch in Mühldorf gezeigt, und in Traunstein wird es nicht anders sein.“

Studienangebot zu Digitalisierung und Innovation

Auch Hochschulpräsident Professor Heinrich Köster verwies in seinem Grußwort auf die erfolgreiche Entwicklung der Außenstandorte. Dabei habe es sich besonders bewährt, das Studienangebot auf ein bestimmtes Motto auszurichten. „In Burghausen dreht sich alles rund um Chemie und Wirtschaft, in Mühldorf am Inn steht der Mensch im Mittelpunkt. Hier in Traunstein bauen wir Studienangebote zu den Themen Digitalisierung und Innovation auf“, so Köster. Bemerkenswert sei, dass ein erheblicher Teil der Studierenden am Campus Chiemgau aus dem Ausland komme. „Wir sehen, dass das Leuchtturmprojekt in Traunstein weit über die Grenzen der Region hinausstrahlt.“

Die steigende Zahl der Studentinnen und Studenten in der Stadt sieht Oberbürgermeister Dr. Christian Hümmer mit Wohlwollen, wie er betonte. „Traunstein wird jünger, und das ist erfreulich. Mit dem Campus Chiemgau am Bahnhofsgelände entwickeln wir uns zudem städtebaulich sehr positiv. Wir sehen dem Tag der Eröffnung mit großer Freude entgegen“, unterstrich Hümmer.

□

Denkmalschutz in Bayern:

Wegweisende Neuerungen zu Modernisierung und Entbürokratisierung

„Mehr Vertrauen, weniger Vorschriften, schnellere Verfahren“: Auf diese Formel brachte Kunstminister Markus Blume im Münchner PresseClub die geplante Novellierung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes (BayDSchG). Nach der Reform des Bayerischen Denkmalschutzes im Jahr 2023 und der Öffnung der Denkmalpflege für die Nutzung regenerativen Energien soll 2025 ein weiterer Meilenstein für die Denkmalpflege folgen.

„Wir sind auf dem Weg zum modernsten Denkmalschutzgesetz Deutschlands. Bayern hat 2023 mit der Novellierung des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes als eines der ersten Länder Klimaschutz und Denkmalschutz mit großem Erfolg in der Praxis in Einklang gebracht. Im Bereich von Photovoltaik-Anlagen konnten wir in den letzten zwei Jahren 2,8 Millionen Euro Fördermittel bewilligen und in rund 500 Fällen beratend unterstützen. Das zeigt die Wirksamkeit und hohe Akzeptanz der Neuregelungen“, bilanzierte Blume.

„Diesen Erfolgskurs führen wir mit der nun geplanten Re-

form fort: Wir wollen modernisieren, entbürokratisieren und so die Denkmalpflege in der Praxis für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger weiter erleichtern. Dabei ist klar: Gerade im Bereich des Denkmalschutzes muss mit Umsicht vorgegangen werden – hier steht ein wirksamer Schutz unseres Kulturgutes an erster Stelle“, so der Kunstminister.

Konkret sollen insbesondere Regelungen, die sich in der Praxis nicht durchgesetzt haben, gestrichen und stattdessen auf in der Vollzugspraxis bewährte und flexiblere Verfahren zurückgegriffen werden. Die Verkürzung von Fristen und die Di-

gitalisierung von Verfahrensprozessen sollen zudem zu einer deutlichen Beschleunigung und Vereinfachung von denkmalrechtlichen Verfahren führen. Durch die Einführung eines Denkmalpflegewerks als bundesweit neues Instrument, der Festlegung eines Katalogs von erlaubnisfreien Maßnahmen sowie der Beschränkung der Erlaubnispflicht bei Einzelbaudenkmälern ohne Denkmalwert im Inneren sollen die denkmalrechtlichen Erlaubnisverfahren deutlich reduziert und somit die Vollzugspraxis Schritt für Schritt erleichtert werden.

Wie Generalkonservator Prof. Matthias Pfeil, Leiter des BLFD, betonte, „sind wir als Landesamt überzeugt, dass der Schutz unseres kulturellen Erbes am besten im Miteinander gelingt. Deshalb ist ein partnerschaftliches Verhältnis von Behörde und Bürgerinnen und Bürgern für uns ein Selbstverständnis.“ □

KINDERSPIEL!

Wir bauen Ihre KITA

Als Bauherr übertragen Sie uns die Realisierung Ihrer Hochbauprojekte wie Kindertagesstätte, Kindergarten und Schule.

Zukunft gemeinsam gestalten.

Bayern Grund



Kita / Schule



Bauamt auf Zeit



www.bayerngrund.de

Kommunale Sportstätten:

Hoher Investitionsbedarf

Um den aktuellen Zustand von Sporthallen, -plätzen und Bädern in Deutschland mit Blick auf Investitionsnotwendigkeiten zu beleuchten, hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Rahmen des KfW-Kommunalpanels im Herbst 2024 eine Sonderbefragung unter rund 900 Kämmereien durchgeführt. Die Ergebnisse unterstreichen zum einen, wie wichtig kommunale Sportstätten sind, zum anderen machen die Ergebnisse der Befragung deutlich, dass der Unterhalt von Sportstätten in vielen Kommunen schwierig ist.

Eine umfassende Erhebung aller existierenden Sportstätten in Deutschland gibt es bislang nur in wenigen Bereichen, wie beispielsweise für die Frei- und Hallenbäder. Generell lässt sich jedoch feststellen, dass viele Sportstätten in den westlichen Bundesländern im Zuge des breit angelegten Förderprogramms „Goldener Plan“ in den 1960er- und 1970er-Jahren errichtet wurden und mittlerweile einen erheblichen Sanierungsbedarf aufweisen. Darüber hinaus sind aufgrund veränderter Sportgewohnheiten auch neue Bedarfe entstanden, die traditionelle Sportstätten nicht oder allenfalls bedingt erfüllen.

Deutliche Preissteigerungen

Dabei ist es keineswegs so, dass die Kommunen überhaupt nicht in ihre Sportstätten investieren würden. Auf Basis der Daten des KfW-Kommunalpanels lassen sich für das Jahr 2024 geplante Investitionen im Bereich der Sportinfrastruktur auf rund 3,9 Mrd. Euro hochrechnen, was einem Anteil von 8,6 Prozent an den gesamten Investitionen für 2024 entspricht. Dies stellt einen leichten nominalen Anstieg dar. Aufgrund der zum Teil drastischen Preissteigerungen im Baugewerbe im selben Zeitraum ist real jedoch von einem Rückgang der Investitionen auszugehen.

In der letzten Befragung bezifferten die Gemeinden den wahrgenommenen Investitionsrückstand über alle Aufgabenbereiche hinweg für das Jahr 2023 auf rund 186,1 Mrd. Euro, was im Vergleich zum Vorjahr einem eher hohen Anstieg um 12,4 Prozent entsprach. Auf den Bereich Sport entfiel ein Anteil von rund 12,12 Mrd. Euro. Dabei gaben 13 Prozent der Kommunen einen gravierenden Rückstand im Bereich Sportstätten an. Weitere 40 Prozent bezeichneten ihn als „nennenswert“.

Konkret verfügten im Jahr 2024 94 Prozent der teilnehmenden Kommunen über Sporthallen, knapp gefolgt von Sportplätzen, die in 92 Prozent aller Kommunen vorhanden sind. Etwas mehr als die Hälfte der teilnehmenden Kommunen verfügt über Freibäder und 46 Prozent über Hallenbäder. Sonstige Sportstätten, wie Reithallen und Bolzplätze, sind in etwa 21 sowie Eissporthallen in 8 Prozent

der teilnehmenden Kommunen vorhanden. Diese Anteile unterscheiden sich nur wenig zwischen westlichen und östlichen Bundesländern. Lediglich der Anteil der Kommunen, in denen es ein Hallenbad gibt, ist im Osten mit ca. 34 Prozent deutlich geringer als im Westen (49 Prozent).

Investitionsrückstand

In der Befragung gaben 59 Prozent der Kommunen an, dass der Investitionsrückstand bei Sporthallen „gravierend“ oder „nennenswert“ sei, bei Hallenbädern sagten dies 62 Prozent, bei Eissporthallen 53 Prozent. Die Ergebnisse zeigen, dass die Rückstände aufgrund der Gebäudesubstanz besonders schwerwiegend bei gedeckten Sportstätten sind. Hierbei geht es vor allem um den energetischen Zustand der Gebäude und Gebäudehüllen sowie marode sanitäre und technische Anlagen.

In mehr als 40 Prozent der Kommunen können wegen des schlechten baulichen Zustands der Sportstätten bereits jetzt einzelne Sportangebote gelegentlich nicht stattfinden. 36 Prozent der Kommunen befürchten, das Sportangebot zukünftig reduzieren zu müssen. Die befürchtete Reduzierung ist im Bereich Sportstätten aber moderater als in anderen freiwilligen Aufgabenbereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge: So geben zum Beispiel 41 Prozent der Kommunen an, angesichts der finanziellen Lage in den nächsten Jahren kulturelle Angebote herunterfahren zu müssen.

Anlagen müssen geschlossen werden

Besonders augenfällig wird der schlechte Zustand einzelner Sportstätten, wenn man die Kommunen danach fragt, wie hoch der Anteil der Anlagen ist, der in den kommenden drei Jahren geschlossen werden muss, sofern keine umfassende Sanierung durchgeführt wird. Hier geben die teilnehmenden Kommunen an, im Durchschnitt 16 Prozent der Freibäder, 15 Prozent der Eissporthallen und 14 Prozent der Hallenbäder schließen zu müssen.

Um den Investitionsrückstand aufzulösen, der von vielen der

antwortenden Kommunen im Bereich Sportstätten berichtet wird, wurde in der Befragung nach der Relevanz möglicher Lösungsansätze gefragt, die auch über die kommunale Ebene hinausgehen. Trotz einer Vielfalt der zur Auswahl gestellten Ansätze herrscht aus kommunaler Sicht große Einigkeit bezüglich der Frage, was auf landes- und bundespolitischer Ebene passieren müsse. Rund 76 Prozent aller teilnehmenden Kommunen sehen die Lösung vor allem in einer besseren Grundfinanzierung von Kommunen, gefolgt von einer Entbürokratisierung von Förderprogrammen (55 Prozent). Auch ein geringerer Eigenmittelanteil (31 Prozent) und eine Aufstockung von Förderprogrammen (29 Prozent) erfahren

Neue Ausgabe LandInForm:

Eine Fläche mehrfach nutzen

Der Flächenbedarf für die Erzeugung erneuerbarer Energie steigt. Aber auch für Wohnraum, Verkehr, Retentions- oder Naturräume. Ein Lösungsansatz ist, dass eine Fläche mehrere Funktionen erfüllt. In der neuen Ausgabe der LandInForm der „Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume – für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU“ (DVS) werden Beispiele und Herausforderungen gezeigt. Dabei geht es unter anderem um die Idee, Photovoltaik-Anlagen mit Landwirtschaft oder der Wiedervernässung von Mooren zu verbinden und um Ansätze für mehr Klima- und Diversitätsschutz.

Bernhard Osterburg, Thünen-Institut, beschreibt in der Einführung, welche Flächen in Deutschland für welche Zwecke genutzt werden und welche Trends es bei Flächenbedarfen gibt. Prof. Stefan Siedentop, Technische Universität Dortmund, erläutert, dass die Mehrfachnutzung von Flächen kein Allheilmittel sei und es weiterhin darum gehen müsse, Flächen zu schützen. Prof. Sabine Schlacke, Universität Greifswald, geht im Interview auf das noch fehlende Bewusstsein von Planenden auf der kommunalen Ebene ein, um von Anfang an mehrere Funktionen mitzudenken – und dass es dafür zudem an einem gesetzlichen Leitbild fehle.

Photovoltaik auf landwirtschaftlichen Flächen und Mooren

Der Beitrag „Was kann Agri-PV“ erklärt das Konzept, Photovoltaik-Anlagen mit landwirtschaftlicher Nutzung zu kombinieren, und dass sich insbesondere bei Sonderkulturen wie Obst-, Wein- und Gemüseanbau Synergien ergeben. Einem größeren Ausbau von Agri-PV stehen derzeit jedoch noch planerische Hürden im Weg. Vorgestellt wird unter anderem das Projekt „Mykovoltaik“, welches den Anbau von Trüffeln auf Haselnusswurzeln in Kombination mit PV-Anlagen erforscht.

in knapp einer von drei Kommunen Zustimmung.

Deutlich geringer fällt die Zustimmung der Kommunen zu Maßnahmen aus, die auf die Fortbildung von Mitarbeitenden innerhalb der Kommunen abzielen – lediglich 0,3 Prozent erachten dies als relevant – oder auf die Erstellung einer Ebenen übergreifenden Strategie (1,7 Prozent). Diese Rangordnung unterstreicht, dass der Erhalt und Bau von Sportstätten in der kommunalen Wahrnehmung primär als Finanzierungsherausforderung wahrgenommen werden. Bestehende Förderprogramme werden zwar registriert, aber ob ihrer bürokratischen Anforderungen und finanziellen Ausstattung als verbesserungswürdig erachtet. **DK**

Landesbausparkassen fordern:

Selbstnutzer nicht weiter diskriminieren

Die aktuelle Förderprogramme helfen nicht beim Erwerb von Wohneigentum, weil sie von energetischen Mehrkosten aufgezehrt werden. Das ist beim Mietwohnungsbau anders, wie eine neue Studie von empirica zeigt.

Berlin – Die nächste Bundesregierung muss zu einer Wohnungsbauförderung zurückfinden, die potenziellen Wohneigentümern wieder eine faire Chance auf den Erwerb eigener vier Wände gibt. Diese Schlussfolgerung ziehen die Landesbausparkassen aus der empirica-Studie „Mieter oder Eigentümer – wer wird stärker gefördert?“, die auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt wurde. Die Untersuchung kommt zu dem ernüchternden Ergebnis, dass staatliche Hilfen aktuell im Wesentlichen dem Mietwohnungsbau zugutekommen. Die für potenzielle Selbstnutzer vorgesehenen KfW-Förderprogramme hingegen verfehlen weitgehend ihre Wirkung, da sie nicht beim eigentlichen Erwerb helfen, sondern lediglich einen Teil der Mehrkosten ausgleichen, die durch übergesetzliche Energieeffizienz-Vorgaben an das Gebäude entstehen.

Die Studie basiert auf einer Gegenüberstellung von bereinigten Barwerten der steuerlichen Förderung für Vermieter einerseits und der aktuellen Zinsvergünstigungen für unterschiedliche KfW-Förderkredite andererseits. Es zeigt sich: Während eine neue Mietwohnung mit mindestens 18.000 Euro subventioniert wird, unterstützt der Staat den eigentlichen Erwerb von Wohneigentum zur Selbstnutzung bei gutwilliger Interpretation allenfalls mit rund 100 Euro. Anders war es seinerzeit beim Baukindergeld: Unter denselben Annahmen ergab sich hier ein Förderbarwert auf Augenhöhe von rund 19.000 Euro.

Substanzielle Eigentumsförderung ohne Wenn und Aber

„Angesichts der schwächelnden Wohneigentumsbildung sollte die künftige Bundesregierung hier dringend gegensteuern“, fordert Axel Guthmann, Verbandsdirektor der Landesbausparkassen und Auftraggeber der Studie. „Es braucht endlich wieder eine substanzielle Eigentumsförderung ohne Wenn und Aber.“ Sinnvoll wäre aus Sicht von Guthmann zudem ein Erlass oder eine Ermäßigung der Grunderwerbsteuer zumindest für Ersterwerbende, besser noch für alle Käufe zur Selbstnutzung. „Kaum etwas hilft so effektiv über die Eigenkapitalhürde hinweg – und durch die sinkende Kreditbelastung zugleich auch über die Einkommenshürde.“

Auch Studienautor Reiner Braun, Vorstandsvorsitzender des Berliner Forschungsinstituts empirica, hält es für wohnungspolitisch geboten, die aktuelle Diskriminierung der Wohneigentumsbildung auszugleichen: „Fast jeder neue Eigentümer macht am Ende der Umzugskette eine günstigere Mietwohnung frei“, argumentiert Braun. Unterstützung beim Erwerb bräuchten vor allem Familien, weil der Markt für sie keine passenden Mietwohnungen bereithalte. „Und über die Vorteile von Wohneigentum beim Aufbau von Vermögen sollte man gar nicht mehr reden müssen. Der Vorsprung von Selbstnutzern gegenüber Mietern betrug zuletzt – bei gleichem Einkommen – kurz vor dem Ruhestand gut das Fünffache. Das macht sich auch in der Altersvorsorge bezahlt.“

Was man auch nicht vergessen dürfe: Die Förderung des Mietwohnungsbaus schade angehenden Eigentümern sogar, weil sie die Baupreise treibe. „Dafür bedarf es unbedingt einer Kompensation“, sind sich Braun und Guthmann einig.

Zusammenfassung der wesentlichen Studienergebnisse: <https://presse.lbs.de/pressreleases/foerderung-des-wohneigentums-unter-dem-strich-nur-wenig-wert-3369907>. □

Hintergrund

Die „Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume – für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU“ (DVS) ist in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) angesiedelt. Ihre Aufgaben sind Wissenstransfer und Unterstützung: Die DVS

vernetzt Menschen, die auf dem Land leben, arbeiten oder sich für die ländliche Entwicklung einsetzen. In ihren Medien informiert die DVS über Neuigkeiten und Wissenswertes, bei Veranstaltungen vertieft sie einzelne Themen. Finanziert wird die DVS aus Mitteln der Europäischen Union. □

DER ANTRIEB DER BAUMASCHINENBRANCHE?

bauma 2025
besuchen



bauma

7.-13. April 2025
München

HERZBLUT.



Bayerns Tourismus setzt auf Nachhaltigkeit

Ministerin Kaniber: „Wir bewahren unsere Heimat und schaffen unvergessliche Erlebnisse“

München – Bayerns Tourismus punktet mit Nachhaltigkeit. Er verbindet Erholung mit dem Schutz von Natur und Kultur. Dies belegen die aktuellen Auszeichnungen für besonders nachhaltige Tourismusprojekte: Der Haßberge Tourismus e.V. und die Firma PDC Tourism erhielten für ihr Engagement das Goldene Pedal des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs Bayern. Zudem ehrte jüngst der Allgemeine Deutschen Automobil-Clubs (ADAC) das Wanderdorf Friedenfels, Bayerns erstes zertifiziertes Naturerlebnisdorf, mit seinem Tourismuspreis. geehrt. Die Preisträger stehen für kreative Ideen, authentische Erlebnisse und nachhaltige Konzepte. Sie sind damit Vorbilder für zukunftsfähigen Qualitätstourismus im Freistaat.

Bayerns Tourismusministerin Michaela Kaniber betont: „Der Bayerntourismus verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz: er kommt Gästen, Beschäftigten und Einheimischen zugute, bewahrt eine lebenswerte Heimat und ist natur- und sozialverträglich. Kurzum: er ist nachhaltig.“ Sie fährt fort: „Lebensqualität und Akzeptanz für den Tourismus gehören untrennbar zusammen. Unser Ziel ist es, einen Tourismus zu gestalten, der die Heimat bewahrt und von dem sowohl die Gäste als auch die Einheimischen profitieren. Nachhaltigkeit ist dabei der zentrale Baustein. Nur wenn Tourismus im Einklang mit Mensch und Natur steht, bleibt er langfristig erfolgreich.“

Mehr als Naturschutz

Nachhaltiger Tourismus bedeutet nach Ansicht der Ministerin mehr als Naturschutz: Er um-

fasse auch Besucherlenkung, klimafreundliche Mobilität, Inklusion sowie die Unterstützung von heimischen Betrieben mit authentischen Gastgebern sowie regionalen Produkten. Diese Aufgaben übernehmen verstärkt die regionalen Tourismusorganisationen, die mit innovativen Konzepten die Zukunft der Reiseziele aktiv gestalten. Die Bayerische Tourismusmarketing GmbH (Bay-TM) stellt dafür speziell entwickelte Werkzeuge bereit, damit jede Region eine eigene nachhaltige Strategie entwickeln kann.

Dem Bayerischen Tourismusministerium kommt dabei eine entscheidende Rolle in der Gestaltung regionaler Lebens- und Erlebnisräume zu: „Bayern ist ein wunderbares Genussland, das mit seiner lebendigen Kultur und seiner kulinarischen Tradition unvergessliche Reiseerlebnisse bietet. Wir sind die Heimat für ehrlichen Genuss mit überraschender

Vielfalt. Wir wollen das Bewusstsein für die Schönheit und den Wert der bayerischen Landschaft weiter schärfen. Ein Urlaub in Bayern soll nicht nur für unvergessliche Erlebnisse stehen, sondern auch zum Erhalt der Natur und der Tradition beitragen“, erklärt die Ministerin. Nach Ansicht Kanibers verdeutlicht das diesjährige Schwerpunktthema der Bayerischen Tourismusmarketing GmbH „So schmeckt Bayern!“ eindrucksvoll, wie eng Landwirtschaft und Tourismus miteinander verknüpft sind.

Veranstaltungshinweis

Ein weiteres Highlight, bei dem nachhaltiger Tourismus in Bayern auch eine Rolle spielt, ist die Genusskonferenz „Kulinarik und Tourismus – Lebensqualität und Wertschätzung für den ländlichen Raum“ am 20. März in Bamberg. Experten und Akteure aus Tourismus, Kulinarik und Landwirtschaft tauschen sich darüber aus, welche Synergien sich zwischen den Branchen ergeben. Zudem diskutieren sie, welche Trends und Innovationen sich im Bereich Kulinarik und Tourismus abzeichnen und wie die Lebensqualität stärken und zur Wertschöpfung in Bayern beitragen können.

<https://www.genussakademie.bayern.de/genusskonferenz> □

Landkreis Regen:

„Tourismus und Gastronomie sind sehr wichtig“

Landrat Dr. Ronny Raith diskutierte in Bodenmais mit Gastronomen und Hoteliers

Bodenmais – Tourismus und Gastronomie sind tragende Säulen der Wirtschaft im Landkreis Regen. „Gastronomen und Vermieter leisten einen entscheidenden Beitrag zur regionalen Wertschöpfung“, betonte Landrat Dr. Ronny Raith bei einem Treffen mit Branchenvertretern im Hotel Adam in Bodenmais. Gemeinsam mit Monika Schweizer, der Kreisvorsitzenden des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga), lud er Hoteliers und Gastronomen ein, um ihre Anliegen direkt zu besprechen.

In einem gut gefüllten Nebenraum stand ein offener Austausch im Mittelpunkt. „Was erwarten Sie vom Landkreis? Welche touristischen Schwerpunkte sollten wir setzen? Wie können wir Sie konkret unterstützen?“, leitete Raith die Diskussion ein.

Raith erfuhr, dass im Landkreis Regen Kontrollen vermeintlich häufiger stattfinden als in anderen Tourismusregionen. „Es ist unsinnig, einen Badeweiler zu prüfen, bevor die Ergebnisse der letzten Probe vorliegen“, erklärte ein Hotelier. Der vorgeschriebene Zeitraum sei so knapp, dass er bei der zweiten Kontrolle noch keinen Befund von der ersten habe. Andere Hoteliers berichteten von ähnlichen Problemen. Raith versprach, diese mit den Verantwortlichen im Landratsamt zu besprechen. „Wir müssen die gesetzlichen Vorgaben einhalten“, betonte er. Wo es möglich sei, werde man die Zeiträume anpassen.

Mehr Radwege gewünscht

Die Teilnehmer wünschten sich mehr Radwege und Angebote für Radfahrer. „Das ist eine wichtige Zielgruppe“, betonte auch Schweizer. Landkreistouristikerin Elisabeth Unnasch erklärte, dass ein Radwegkonzept in Arbeit sei. „Wir haben das Problem erkannt und arbeiten an Verbesserungen“, sagte sie. Raith versprach, dieses Anliegen an die Bürgermeister weiterzugeben, da viele Entscheidungen in deren Zuständigkeitsbereich fallen.

Der langsame Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der

Mobilfunknetze, beschäftigt die Dehoga-Mitglieder ebenfalls. Auch über den Tourismusverband Ostbayern (TVO) wurde gesprochen. Einige Vermieter lobten den TVO, während andere wenig Unterstützung beklagten. Besonders der Wellnessbereich werde gut beworben, klassische Wander- und Erholungsurlaube jedoch zu wenig.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass die Destination „Bayerischer Wald“ stärker beworben werden sollte. Den Bayerischen Wald kennen die Menschen in ganz Deutschland, während Ostbayern ein diffuser Begriff bleibt. Sorge bereiten die kleineren Betriebe. „Wir brauchen die Pensionen und Privatvermieter“, stellten die Gastronomen fest. Ohne sie fehlen auch Einnahmen in den Geschäften der Orte. Wenn weitere Geschäfte schließen, wird die Region für Urlaubsgäste weniger attraktiv, befürchteten viele Teilnehmer.

Problem Fachkräftemangel

Ein weiteres Problem ist der Mangel an Mitarbeitern. „Ohne ausländisches Personal geht es nicht mehr“, waren sich alle einig. Man könne nicht nur auf Zuwanderung aus EU-Ländern setzen, sondern brauche Menschen aus allen Nationen. Sprachprobleme seien oft ein Hindernis. Raith wurde gebeten, e-Learning-Plattformen und Sprachkurse zu organisieren.

Zuletzt sprachen die Teilnehmer über touristische Leuchtturmprojekte. Hoteliers und Gastwirte wünschen sich mehr

staatliche Unterstützung. Raith betonte, dass er nicht nur Vorschläge anhören, sondern auch Projekte unterstützen würde. Für Errichtung und Betrieb seien Privatunternehmer gefragt, er und die Wirtschaftsförderung könnten jedoch beratend helfen.

Mehrwertsteuer

Raith versprach, Anliegen wie den vergünstigten Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie an die Bundespolitik weiterzutragen. Die Bürgermeister werde er ermuntern, mehr über den Einsatz der Kurtaxen und Tourismusabgaben zu informieren.

Regelmäßiger Austausch vereinbart

Abschließend wurde vereinbart, dass man sich künftig regelmäßig zwei Mal pro Jahr zum Austausch treffen will. □

Tourismusverband Franken erneut ausgezeichnet

Der Tourismusverband Franken zählt erneut zu den besten deutschen Tourismusorganisationen. Bei der ITB Berlin wurde der Verband mit dem „Touristik PR und Medien Award“ ausgezeichnet und belegt Platz 9 im weltweiten Ranking der besten Verkehrsbüros. Bereits 2024 gelang der Sprung in die Top 10, nun konnte die Platzierung bestätigt werden.

Unterstützung für Medien

Der Tourismusverband Franken bietet Journalisten und Bloggern eine Vielzahl an Serviceleistungen: Neben regelmäßigen Pressemitteilungen und dem monatlichen Pressedienst „Der FrankenReporter“ mit aktuellen News aus den 16 fränkischen Feriendestinationen, organisiert der Verband Presse- und Bloggerreisen, Redaktionsgespräche und Pressekonferenzen. Zudem steht mit dem jährlich erscheinenden Recherche-Handbuch und dem Me-

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Ich vertrete den Landkreis Regensburg mit rund 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die in 41 Gemeinden leben.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
Ich bin seit 2014 hauptamtlich als Landrätin im Einsatz. 2020 wurde ich mit knapp 70 Prozent der Stimmen wiedergewählt und setze mich seither weiterhin mit vollem Engagement für die Menschen in meiner Region ein.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Nach meinem Abitur habe ich eine Ausbildung zur Bankkauffrau absolviert, anschließend Be-



© Cornelia Lehmann (ZDF), Sendung Markus Lanz 2024

Tanja Schweiger

Landrätin, Landkreis Regensburg

triebswirtschaft studiert und weiter in der Bank gearbeitet. Von 2008 bis 2014 war ich Abgeordnete der Freien Wähler im Bayerischen Landtag.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Politik war für mich lange kein Thema. Erst durch ein Gespräch mit einem Kommunalpolitiker, der von meinem Wissen und meinem Interesse an regionalen Themen begeistert war, begann ich mich intensiver mit der Kommunalpolitik auseinanderzusetzen. Besonders die Verkehrspolitik in Regensburg hat mich von Anfang an beschäftigt. Nach mehreren Gesprächen kam dann die überraschende Frage, ob ich nicht für die Freien Wähler als Landrätin kandidieren wolle. Ich habe mir Zeit genommen, darüber nachzudenken, mit Freunden und Familie gesprochen. Als ich von allen Seiten nur positives Feedback bekam, war mir klar: Ich probiere es. Denn wegducken gilt nicht, wenn man die Chance auf eine derart exponierte Position bekommt.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich habe mir vor allem Zeit genommen, um mir über die Tragweite dieser Entscheidung klar zu werden. Statt vorschnell abzusagen, habe ich mich intensiv mit politischen Themen befasst, mich eingelesen und Gespräche mit erfahrenen Kommunalpolitikern geführt. Vor allem mein Umfeld hat mich bestärkt und mir das Vertrauen gegeben, diesen Schritt zu wagen.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

2014 war ein herausforderndes Jahr, denn die Flüchtlingskrise begann kurz nach meinem Amtsantritt. Plötzlich mussten innerhalb kürzester Zeit Unterkünfte, Integrationskonzepte und Verwaltungsstrukturen angepasst werden. Gleichzeitig war im Landkreis ein akuter Wohnraumangel spürbar, weshalb es dringend notwendig war, neue Baugebiete auszuweisen. Die Verkehrssituation in Regensburg war ebenfalls ein großes Thema, mit dem ich mich von Anfang an intensiv auseinandergesetzt habe.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Derzeit gibt es zahlreiche Themen, die mich und unser Amt intensiv fordern. Die Integration von Geflüchteten ist nach wie vor eine wichtige Aufgabe, insbesondere im Hinblick auf Arbeitsmarktchancen und gesellschaftliche Teilhabe. Die Digitalisierung der Verwaltung spielt ebenfalls eine große Rolle, um Bürgerinnen und Bür-

gern einen besseren Service zu bieten. Besonders am Herzen liegt mir die Förderung des Ehrenamts, denn ohne die vielen engagierten Menschen in unserer Region wäre vieles nicht möglich. Ein weiteres großes Zukunftsthema ist die Energiewende. Mit einer eigens gegründeten Genossenschaft setzen wir verstärkt auf erneuerbare Energien wie Wind- und Solarenergie, wobei wir die Gemeinden aktiv einbinden.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

In den kommenden Jahren wird es darum gehen, bürokratische Hürden weiter abzubauen, damit Menschen schneller in Arbeit kommen und Unternehmen mehr Planungssicherheit haben. Der Breitbandausbau bleibt eine zentrale Aufgabe, denn eine starke digitale Infrastruktur ist essenziell für den Wirtschaftsstandort. Zudem möchte ich weiterhin bürgerschaftliches Engagement stärken, denn die Vereine und Initiativen in unserer Region sind ein wichtiger Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Mein wichtigster Rat ist: Einfach machen! Traut euch, Verantwortung zu übernehmen und euch aktiv in die Politik einzubringen. Kommunalpolitik bedeutet, ganz konkret das Lebensumfeld der Menschen zu gestalten – und genau hier kann man wirklich etwas bewegen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Mir ist es wichtig, Entscheidungen nicht im stillen Kämmerlein zu treffen, sondern den Dialog zu suchen. Ich tausche mich regelmäßig mit Bürgerinnen und Bürgern aus, sei es in persönlichen Gesprächen oder über Umfragen. Auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Gemeinden sind wertvolle Ansprechpartner. Mein Ziel ist es, möglichst viele Perspektiven einzubeziehen, bevor ich eine Entscheidung treffe.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird die Kommunalpolitik grundlegend verändern. In unserer Verwaltung nutzen wir bereits digitale Lösungen wie einen Chatbot, der Bürgeranfragen beantwortet. Dennoch gibt es noch viel Potenzial, insbesondere bei der Vernetzung mit Landes- und Bundesbehörden. Digitalisierung darf aber nicht zu unpersönlich werden – ein guter Mix aus digitalen Angeboten und persönlichem Kontakt ist für mich der richtige Weg.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Mein Motto ist: „Nicht wegducken, sondern Verantwortung übernehmen.“ Das gilt sowohl für meine Arbeit als Landrätin als auch für das Leben im Allgemeinen. Ich bin überzeugt, dass wir nur dann etwas verändern können, wenn wir uns aktiv einbringen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ich möchte als eine Landrätin in Erinnerung bleiben, die zugehört, zugepackt und wirklich etwas bewegt hat. Mir geht es darum, den Landkreis Regensburg weiterzuentwickeln, sodass die Menschen hier gerne leben, arbeiten und sich engagieren. Wenn man in ein paar Jahren sagt: „Die hat’s angepackt, hatte uns alle im Blick und für die Region viel Gutes bewirkt“, dann wäre das für mich die schönste Anerkennung. □

dienportal <https://medienservice.frankentourismus.de/> eine umfangreiche Informationsquelle für Medienschaffende zur Verfügung.

Neben den besten Verkehrsbüros wurden beim Award auch herausragende Reisejournalisten, Blogs und PR-Agenturen geehrt. □



V.l.: Landrat Thomas Bold (Vorsitzender Tourismusverband Franken), Angelika Schäffer (Geschäftsführerin) und Jörg Hentschel (Referent der Geschäftsführung) bei der Preisübergabe. Bild: Tourismusverband Franken

Bezirk Niederbayern:

Standards müssen auf den Prüfstand

Diskussion über Finanzierungsengpässe, Personalmangel und Reformbedarf in der Behindertenhilfe

Freyung. Vor wenigen Monaten übernahm Julia Lorenz die Leitung der Caritasschule St. Elisabeth in Freyung. Beim Antrittsbesuch von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich standen neben der positiven Entwicklung der Schule auch die wachsenden Herausforderungen im Sozialbereich im Mittelpunkt. Mit Vertretern des Förderzentrums sowie des Kreis-Caritasverbandes Freyung-Grafenau als Träger diskutierte er über einige zentrale Herausforderungen der Behindertenhilfe, wie etwa den akuten Personalmangel, die steigenden Sozialausgaben sowie mögliche Reformansätze im Bereich der Schulbegleitung und beim inklusiven Wohnen. Heinrich forderte dabei eine Überprüfung bestehender Standards sowie effizientere Lösungen, um das deutsche Sozialsystem langfristig tragfähig und finanzierbar zu halten.

Die Caritasschule St. Elisabeth ist ein auf den Bereich der geistigen Entwicklung spezialisier- tes Förderzentrum in der Trä- gerschaft des Kreis-Caritasver- bandes Freyung-Grafenau e.V. Ihr angegliedert sind eine schul- vorbereitende Einrichtung (SVE) und eine heilpädagogische Tages- stätte. Wie Schulleiterin Julia Lo- renz erläuterte, setzt das pädä- gogische Konzept der Einrichtung auf eine individuelle Förderung in kleinen Klassen sowie eine en- ge, diagnosegeleitete Zusammen- arbeit zwischen Lehrkräften, El- tern und weiteren pädagogi- schen Fachkräften. Derzeit besu- chen 84 Kinder und Jugendliche das Förderzentrum: 75 Schüler mit geistiger Behinderung wer- den in insgesamt sieben Klassen mit je maximal zwölf Kindern un- terrichtet; acht Kinder besuchen mit der schulvorbereitenden Ein-

richtung (SVE) den Kindergarten für Kinder mit besonderem För- derbedarf.

Julia Lorenz trat als Schulleite- rin erst vor wenigen Monaten die Nachfolge von Ansvr Sobotzick an und war zuvor rund 30 Jahre lang als Konrektorin sowie zuletzt auch als Interimsleitung tätig. Mit den umfangreichen Baumaßnah- men sowie der Corona-Pandemie liegen spannende und fordernde Jahre hinter der sonderpädagogi- schen Einrichtung. Man habe da- bei zu jedem Zeitpunkt das Wohl- wollen der Regierung von Nieder- bayern sowie des Kreis-Caritas- verbandes als Träger gespürt und fühle sich als Förderzentrum auch gesellschaftlich wertgeschätzt, be- tonnte Lorenz. Dank umfangreicher Investitionen sei die Einrichtung heute sowohl baulich als auch pädagogisch auf einem sehr guten Stand, wie Florian Kasparak, ge- schäftsführender Vorstand des Kreis-Caritasverbandes, betonte.

sich der Bezirkstagspräsident be- sorgt.

Abschied von der „Lebenslüge“

Die Bayerischen Bezirke er- arbeiten daher Vorschläge, um mit weniger Personal- und gerin- gerem Mitteleinsatz bestmögli- che Betreuung zu ermöglichen. Um die Effizienz und Bezahlbar- keit des Systems zu verbessern, müssten Standards in allen Be- reichen auf den Prüfstand, un- terstrich Heinrich. Die Gesell- schaft müsse sich von der „Le- benslüge“ verabschieden, dass der Staat jedem in jeder Situati- on helfen und die Probleme lösen könne. Der Sozialstaat sollte sei- ne Leistungen stattdessen kraft- voll auf diejenigen konzentrieren, die tatsächlich auf Hilfe angewie- sen sind.

Gemeinsam mit den Vertre- tern von Schule und Träger disku- tierte der Bezirkstagspräsident u. a. Einsparpotenziale im Bereich der Schulbegleitung. Diese am- bulante Form der Eingliederungs- hilfe soll jungen Menschen die gleichberechtigte Teilhabe am Unterricht und damit Inklusion ermöglichen. Im Rahmen einer – v. a. an den Regelschulen verbreit- eten – Individualbetreuung wer- den jedoch große personelle Ka- pazitäten gebunden und zugleich erhebliche finanzielle Mittel auf- gewendet. Heinrich sprach sich daher für Pool-Lösungen aus, um das System effizienter und kos- tengünstiger zu gestalten und berief sich hierbei auch auf wis- senschaftliche Erkenntnisse. Ge- mäß einer aktuellen Studie sei die Schulbegleitung grundsätz- lich ein sehr effektives Instru- ment, sie werde aber inflationär eingesetzt, was dazu führe, dass in manchen Klassen teils mehr als eine Hand voll erwachsene Be- gleiter Platz nehmen. Dies sei ob- jektiv betrachtet jedoch in den wenigsten Fällen tatsächlich not- wendig und sinnvoll.

Auch Schulleiterin Julia Lorenz gab zu bedenken, dass die perso- nellen Bedarfe der Schulbeglei-

Zunahme der Sozialabgaben und des Personalmangels

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich betonte zu Beginn des fachlichen Austauschs, dass die Behindertenhilfe zunehmend mit finanziellen und personellen Eng- pässen konfrontiert ist. Die So- zialausgaben haben in den ver- gangenen Jahren ebenso deut- lich zugenommen wie der Perso- nalmangel. In Kombination mit einer schwächelnden Wirtschaft und rückläufigen Steuereinnah- men sei ohne ein konsequentes Gegensteuern der Fortbestand des Systems gefährdet, zeigte



Bild: Diana Sonntag, LRA Donau-Ries

Landkreis Donau-Ries:

1000 Schulen für unsere Welt

Albrecht-Ernst-Gymnasium Oettingen unterstützt Schulbauprojekt im Senegal

Oettingen. Das Albrecht-Ernst-Gymnasium (AEG) Oettingen enga- giert sich für bessere Bildungschancen weltweit: Schulleiter Chri- stian Heinz überreichte kürzlich im Landratsamt eine Spende in Höhe von 3.300 Euro für ein Schulbauprojekt in Fallok, Senegal.

Das Projekt ist Teil der von Landrat Stefan Röble ins Leben gerufenen Initiative „1000 Schu- len für unsere Welt“ und wird in Zusammenarbeit mit dem Verein Menschenfreude e.V. sowie mit einer Förderung der Bayerischen Staatskanzlei umgesetzt.

Verwendung

Die Spende fließt in die Re- novierung eines Schulgebäudes vor Ort, um den Kindern in Fal- lok bessere Lernbedingungen zu

ermöglichen.

Landrat Stefan Röble würdigte das Engagement der Schule: „Es ist beeindruckend, mit wie viel Einsatz sich die Schülerinnen und Schüler sowie das gesamte AEG Oettingen für dieses Projekt en- gagieren. Solche Initiativen zei- gen, dass wir gemeinsam Großes bewirken können und dass Bil- dung keine Grenzen kennt.“ Auch in der Vergangenheit unterstütz- te das AEG Oettingen bereits Bil- dungsprojekte im Globalen Sü- den, insbesondere in Haiti. □

Gz PINOS WELT



In der letzten Ausgabe der Gemeindezeitung war zu le- sen, dass der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen jetzt eine Katzenschutzverordnung erlas- sen hat, um so genannte Frei- gängerkatzen zu registrieren und zu kastrieren.

Wobei in meinen Ohren das Wort Freigängerkatze etwas seltsam klingt. Menschen spre- chen von Freigängern, wenn sie Knackis meinen, die wegen guter Sozialprogno- se tagsüber die Strafanstalt verlassen dürfen. Ein Katzenszuhause ist aber in der Regel kein Knast, eine liebevolle Halterfamilie sind keine Gefange- nenwächter, sondern eher Servicepersonal, und keine Katze fragt um Erlaubnis, wenn sie streu- nen gehen will.

Und dann die Sache mit dem Kastrieren: Das hört sich natürlich auch nicht gut an. Im Hinblick auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit und auf ein erfülltes Geschlechtsleben sogar echt

Faxen und Tollpatschigkeiten die Leute zum Lachen. Hunde führen blinde Menschen durch die Großstadt, Therapiepferde unterstützen seelisch aus dem Gleichgewicht geratene Teen- ager und Hasen sind offenbar ein großer Gewinn für demenz- kranke Senioren.

Es ist also nur gerechtfertigt, dass Tiere hochgeschätzt wer- den und man ihnen und ihren

natürlichen Bedürfnissen gerecht werden will. Aber es ist wohl ein Zeichen unserer Zeit, dass das Pendel immer wieder in extreme Richtungen ausschlägt.

Wenn vor Weihnachten von Aktivisten ge- gen das Angebot von Gänsen vor einschlägi- gen Metzgereien demonstriert oder zu Ascher- mittwoch zum Boykott von Fischläden aufge- rufen wird, dann ist das zunächst mal skurril. Aber wenn dort gebrüllt wird, dass Gerd der Ganter oder Flori die Forelle noch leben wollten, dann ist das grotesk: Wenn man ihr Fleisch nicht ver- kaufen könnte, würden weder Gerd noch Flori das Licht der Welt erblickt haben.

Oder die Diskussionen um Halteformen in der Landwirtschaft: Bauern wissen seit der Sess- haftwerdung des Menschen um die Wichtig- keit und die Bedürfnisse der Tiere. Sicher, es gab immer wieder Menschen, die Tiere absichtlich, aus Spaß oder Profitgier quälten. Gibt es viel- leicht auch heute noch. Aber ein normaler Land- wirt sieht im Tier einen Produktionsfaktor, den er ebenso pfleglich und schonend behandelt, wie der Handwerker sein Werkzeug und der Unter- nehmer seine Maschinen.

Deshalb ist zu hoffen, dass bei einer künftigen Bundesregierung die Landwirtschaftspolitik den Weg des Veganismus und des Bauernbashing wieder verlässt und die Regeln für die Nutztier- haltung sach- und fachgerecht statt ideologisch aufstellt. Denn auch das würde zu einer Rück- kehr zu Maß, Mitte und Vernunft in der Politik gehören: Tiere müssen nach ihren Bedürfnissen gehalten werden und nicht nach den Maßstä- ben die lebensfremde Tierschutzaktivisten auf- stellen.

Tiere brauchen natürlich Schutz, aber bitte vernünftig. Denn Mark Twain hat Recht: „Tiere sind die besten Freunde des Menschen. Sie stel- len keine Fragen und kritisieren nicht“.

Ihr Pino

tung von der Behinderungsart sowie den individuellen Bedürf- nissen der Kinder und Jugendli- chen abhängen. Im Bereich der Förderschulen hätten Schullei- tung und Lehrkräfte die Möglic- keit einzuwirken und im Dialog mit den Eltern einen sinnvollen Betreuungsschlüssel festzulegen. Dies sei auch an Regelschulen vertretbar, so Lorenz. Bezirks- tagspräsident Heinrich stellte da- her den Rechtsanspruch auf indi- viduelle Schulbegleitung in Frage. Das Recht auf Schulbegleitung solle unbedingt erhalten bleiben, allerdings soll nicht mehr jedem Schüler ein individueller Betreuer zur Seite gestellt werden.

Im Bereich der Wohnheime für Menschen mit Behinderung schlagen die Entwicklungen des demographischen Wandels sowie des Fachkräftemangels zuneh- mend durch. Wegen des flächen- deckenden und weiter zuneh- menden Personalmangels könn- en die ohnehin knappen Wohn- heimplätze oftmals nicht mehr belegt werden, berichtete Träger- vertreter Florian Kasparak. Man müsse daher die Frage stellen, ob eine Absenkung der Fachkraft- quoten und eine Erhöhung der Maximalgröße der Wohnheime der Eingliederungshilfe nicht un- umgänglich sei, um die bestehen- den Bedarfe weiter bedienen zu können. Problematisch sei hier- bei, dass die Einrichtungen oft- mals auf Zuschüsse von der „Ak- tion Mensch“ angewiesen sind und diese nur Wohnheime mit ei- ner vergleichsweise kleinen Be- legungszahl fördern. Heinrich nahm diese Anregung auf und verwies abschließend auf die Intenti- on der Bezirke, das Sozialsystem pragmatisch optimieren zu wol- len, um einen absehbaren Kahl- schlag zu verhindern. □



Matthias Wiechert (Sozialpsychiatrischer Dienst des SkF e.V.) und Alexandra Hölzlein (Gesundheitsamt Bamberg) vor den Bildschirmen in einem Bamberger Stadtbus.

Bild: Landratsamt Bamberg / Hölzlein

„Klärwerk-Clip“ in Bamberger Stadtbussen

Programm für mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Das Jugendalter und das junge Erwachsenenalter sind Lebenspha- sen, die von tiefgreifenden körperlichen, emotionalen und sozialen Veränderungen geprägt sind. Diese Umbrüche können Jugendliche anfällig für psychische Herausforderungen machen, die oft in Form von Stress, Angst, Depressionen oder anderen psychischen Erkrank- ungen auftreten.

2020 initiierte die Stadt Bam- berg in der Corona-Krise einen Fach-Austausch über die psychi- sche Gesundheit von Kindern, wodurch das Kooperationspro- gramm von Stadt und Landkreis Bamberg sowie der Gesundheits- region+ „Klärwerk – wenn alles scheiße ist“ geschaffen wurde. Hierbei werden Kinder, Jugend- liche, junge Erwachsene, Fami- lien und Fachkräfte bei Fragen und Krisen mit Informationen und Hilfsangeboten versorgt. Mit der Internetseite www.klaerwerk-bamberg.de der Gesund-

heitsregion Plus Bamberg wird die Suche nach Unterstützungs- möglichkeiten erheblich vereinfacht.

Ganz neu läuft seit Februar ein Clip in den Stadtbussen, der sich mit dem Thema psychische Krisen auseinandersetzt und auf die Website von „Klärwerk“ ver- weist.

Jugendliche der offenen Ju- gendarbeit Bamberg haben ge- meinsam mit Mitarbeiterinnen von iSo e.V. den Film entwickelt und „Klärwerk“ zur Verfügung gestellt. □



Die 10. Klasse des Gymnasiums Feuchtwangen mit Lehrkräften, Bezirkstagspräsident Peter Daniel Forster (Mitte), Bezirksrat Herbert Lindörfer (links daneben) und Gregor Köstler von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (rechts daneben) im Saal Mittelfranken des Bezirksratshauses.

Bild: Felix Beuter/Bezirk Mittelfranken

Feuchtwanger Gymnasium erkundet den Bezirk Mittelfranken

ANSBACH – Eine 10. Klasse des Gymnasiums Feuchtwangen besuchte im Rahmen des kürzlich gestarteten Pilotprojekts „Lern- und Handlungsort Bezirk“ das Bezirksrathaus in Ansbach.

Ziel des Projekts ist es, Schülern einen Besuch im Bezirksrathaus zu ermöglichen und dadurch Schülerinnen und Schülern Struktur und Aufgaben der bayerischen Bezirke an einem authentischen Ort näherzubringen.

Der Tag begann für die Zehntklässler mit einem Bezirksquiz im Sitzungssaal. Gregor Köstler von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit informierte die Klasse nachfolgend über Aufbau und Aufgaben der sieben bayerischen Bezirke.

Lernen von den Praktikern

Im Anschluss konnten die Schülerinnen und Schüler direkt mit Bezirkstagspräsident Peter Daniel Forster und mit Bezirksrat Herbert Lindörfer, der zudem Dritter Bürgermeister der Stadt Feuchtwangen ist, ins

Gespräch gehen. Danach stellte Ausbildungsleiter Johannes Heyer die vielfältigen Berufs- und Karrieremöglichkeiten beim Bezirk Mittelfranken vor. Zum Abschluss des Schultages gab es noch eine Führung über das angrenzende Gelände des Bezirksklinikums Ansbach durch den kaufmännischen Leiter Benjamin Fischer. Dabei wurde auch das hauseigene Museum besucht, das interessante Einblicke in die noch junge Geschichte psychiatrischer Behandlungen bietet – ein weiteres Highlight für die Schülerinnen und Schüler.

Ziel: Bayernweites standardisiertes Angebot

Das Pilotprojekt „Lern- und Handlungsort Bezirk“ wird vom Bezirk Mittelfranken in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, dem Bayerischen Bezirkstag und dem Bezirk Unterfranken durchgeführt. Anfang Februar lernte bereits eine 9. Klasse des Nürnberger Jenaplan-Gymnasiums den Bezirk Mittelfranken im Rahmen des Pilotprojekts kennen. Die Erkenntnisse aus den beiden Veranstaltungen werden nun für geplante Besuche in Unterfrankens Bezirksrathaus in Würzburg weiter ausgearbeitet. Ziel ist es, ein Konzept zu erstellen, das als standardisiertes Angebot bayernweit Verwendung finden kann.

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Die Gemeinde Colmburg im Landkreis Ansbach hat einen neuen Bürgermeister. Einziger Kandidat für die Nachfolge des erkrankten Wilhelm Kieslinger (CSU/FWC) war sein bisheriger Stellvertreter Gerhard Wachmeier (CSU/Freie Wählerschaft Colmburg und Umgebung). Wachmeier konnte sich über 96,3 Prozent der Stimmen freuen, die Wahlbeteiligung lag knapp über 50 Prozent.

Christoph Gasteiger (CSU) ist neues Gemeindeoberhaupt in Moorenweis. Der 47-Jährige setzte sich mit 71,3 Prozent der Stimmen gegen seine Mitbewerberin Monika Trauner (Gemeinschaft) durch. Sie erhielt 28,7 Prozent der Stimmen. Wahlbeteiligung: 66,3 Prozent.

Wolfgang Bock (CSU) heißt der neue Rathauschef der Gemeinde Georgenberg. Er bekam 52,4 Prozent der Stimmen. Auf seinen Gegenkandidaten Andreas Götz von der Bürgerliste Georgenberg entfielen 47,6 Prozent. Wahlbeteiligung: 83,9 Prozent.

Mit gerade einmal 50,8 Prozent behielt Ralf Herbst (SPD) bei der Stichwahl gegen den parteilosen Thomas Böhrer (49,2 Prozent) die Oberhand und ist somit neuer Bürgermeister in Großostheim. Der 38-Jährige folgt auf Herbert Jakob, der aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus seinem Amt ausgeschieden war. Wahlbeteiligung: 72,6 Prozent.

Elisabeth Stammer (Gemeinsame Liste) wird mit 59,8 Prozent der Stimmen neues Gemeindeoberhaupt von Gebatsel. Sie setzte sich gegen Jakob Braun (WUG) durch, für den 40,2

Prozent votierten. Wahlbeteiligung: 82,3 Prozent.

Die Schwarzacher Bürgermeisterwahl endete mit einem für eine Urwahl überraschenden Ergebnis: Michael Wilfahrt erhielt auf Anhieb 62,5 Prozent der Stimmen und leitet somit fortan die Geschicke des oberpfälzischen Marktes. Insgesamt wurden 62 verschiedene Namen auf die Stimmzettel geschrieben.

Nach fünfjähriger Unterbrechung hat die CSU den Oberbürgermeister-Stuhl im Ingolstädter Rathaus zurückerobert. Bei der Stichwahl siegte Michael Kern deutlich gegen den SPD-Bewerber Christian De Lapuente. Der Unternehmensjurist Kern kam auf 64,2 Prozent der Stimmen, während sich der Gewerkschaftsfunktionär De Lapuente, der auch von Grünen, Linken, ÖDP und UWG unterstützt wurde, mit 35,8 Prozent begnügen musste. Die vorgezogene Neuwahl wurde notwendig, weil Amtsinhaber Christian Scharpf (SPD) als Wirtschaftsreferent in München tätig sein wird. Die Wahlbeteiligung betrug 59,5 Prozent. **DK**

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer **ZUSATZVERSORGUNG**

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung



Energiedienstleistung



Fahnen/Arbeitsbekleidung



Glasfaser / Glasfaserausbau



Glasfaser / Glasfaserausbau



Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:



0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und Datenschutz



www.Mein-Datenschutzberater.de

Kommunalberatung



Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektiven Winterdienst

BUCHER municipal

Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

- Nachrüstbar im laufenden Betrieb**
- Montage vor Ort durch modulare Bauweise**
- Keim- und schadstoffübertragungsfrei**
- Werkseigener Kundendienst**
- Systemverantwortung durch Gesamtplanung**

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de



Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de